

Bundesanstalt für



Agrarwirtschaft

740 S

ÖSTERREICH
und seine
NACHBARLÄNDER

Ergebnisse eines Fachtreffens zum Thema
"OSTÖFFNUNG UND LANDWIRTSCHAFT"

veranstaltet von der
Bundesanstalt für Agrarwirtschaft

Agrarpolitische Arbeitsbeihilfe - Nr. 1

Wien im Juni 1997

An dieser Fachveranstaltung, die am 24. Juni 1996 im Festsaal des Bundesseminars für das landwirtschaftliche Bildungswesen abgehalten werden konnte, nahmen als Vortragende teil:

**Die Direktoren der wissenschaftlichen Partnerinstitute
der Bundesanstalt für Agrarwirtschaft**

Dipl. Ing. Slavko Gliha, Slowenisches Landwirtschaftliches Institut, Ljubljana
Doz. Dr. Viera Izakova, Forschungsinstitut für Agrar- und Ernährungswirtschaft
Bratislava,

Dr. Josef Kraus, Forschungsinstitut für Agrarökonomik, Praha

Dr. Gyula Varga, Forschungsinstitut für Agrarökonomik und Informatik, Budapest

sowie als Österreich-Berichterstatter

Min.-Rat Dipl. Ing. Dr. Gerhard Poschacher, Leiter der Gruppe II B des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Wien

Fachliche Leitung und Moderation

Dr. Franz Greif, Bundesanstalt für Agrarwirtschaft, Wien

Impressum:

Herausgeber und für den Inhalt dieses Heftes verantwortlich: HR Dr. Franz Greif

Verleger und Druck: Bundesanstalt für Agrarwirtschaft

Alle: Schweizertalstraße 36, 1133 - Wien, Tel. 877-3651 (Fax: Durchwahl 59)

Die Agrarpolitischen Arbeitsbehelfe informieren nach Bedarf in unregelmäßiger Reihenfolge mit ad hoc erstellten Veranstaltungberichten, Zwischenergebnissen von Projekten und sonstigen Informationen über das Gesamtspektrum von Agrarökonomie, Agrarpolitik, Regionalforschung und Regionalpolitik für den ländlichen Raum.

Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort des Herausgebers</i>	5
<i>Franz Greif: „Ostöffnung und Landwirtschaft“ im Blickwinkel Österreichs</i> Eine Einleitung	7
<i>Josef Kraus: Gegenwartprobleme der tschechischen Landwirtschaft</i>	11
<i>Viera Izakova: Zustand und Perspektiven der slowakischen Landwirtschaft</i>	19
<i>Gyula Varga: Die ungarische Landwirtschaft und ihr Weg in die Europäische Union</i>	25
<i>Slavko Gliha: Agrarwirtschaft und Agrarpolitik in Slowenien heute</i>	41
<i>Gerhard Poschacher: Perspektiven der österreichischen Agrarpolitik</i>	51
<i>Franz Greif: Schlußbetrachtung</i>	57

Anhang

<i>Tabellen</i>	67 - 72
<i>Karten</i>	73 - 80
<i>Literatur</i>	81
<i>Die Autoren</i>	85

VORWORT DES HERAUSGEBERS

Im Hinblick auf die Herausforderung der „Osterweiterung“ der Europäischen Union ist die Agrarpolitik Österreichs mehr als die mancher anderer Staaten aufgerufen, Stellung zu beziehen. Dies ist umso wichtiger, als die vier Nachbarstaaten unseres Landes mit ziemlicher Sicherheit zu den ersten der künftig beitretenden Länder gehören, und daher - wenigstens, was die in Aussicht genommene erste Erweiterungsrunde betrifft - wohl kein anderes Mitgliedsland der EU in gleicher Weise und in gleichem Ausmaß in dieses kontinentalpolitische Geschehen involviert sein wird, wie Österreich.

Die Bundesanstalt für Agrarwirtschaft hat sachlich-wissenschaftliche Probleme der „östlichen“ Nachbarschaftsbeziehungen Österreichs schon vor Jahren aufgegriffen und dazu auch Publikationen bereitgestellt. Nunmehr sind aber die Fragen auf eine stärker sachpolitisch orientierte Ebene aufgestiegen, sodaß einerseits stärkere fachliche Koordination gefragt ist, andererseits aber auch strategische Überlegungen zur Osterweiterung immer dringender benötigt werden.

Auswirkungen geänderter Agrarpolitiken sind derzeit wohl weltweit in Diskussion; die kommenden WTO-Verhandlungen, die Reform der GAP und die Zukunft der Strukturpolitik der Gemeinschaft werfen ihre Schatten voraus. Auf die österreichische Landwirtschaft werden aber ebenso die agrarpolitischen Entwicklungen und so manche noch zu erwartenden Haltungsänderungen in unseren unmittelbaren Nachbarländern Einfluß haben. Auch gilt es, die Auswirkungen der mit zehn mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL) abgeschlossenen Assoziierungsverträge richtig einzuschätzen. So sind weiterhin einige wichtige Fragen offen, deren Beantwortung im Vordergrund steht und um die sich die Bundesanstalt für Agrarwirtschaft in Zukunft verstärkt annehmen wird:

- Wie geht der Strukturwandel in den MOEL voran und wie müssen die Ergebnisse dieser Entwicklungen eingeschätzt werden?
- Wie wird sich die Nachfragesituation in den MOEL entwickeln, bzw. können sich dabei nicht auch respektable Chancen für den Absatz unserer Erzeugnisse ergeben? Oder werden einige unserer Nachbarn bereits in absehbarer Zeit Agrargüter in Massen überproduzieren, die vehement auch auf unsere Märkte drängen werden?
- In den meisten der MOEL bilden allerdings - zumindest derzeit noch - die Agrarpreisschere, weitverbreitete Arbeitslosigkeit, große regionale Einkommensdisparitäten, zum Teil auch Abwanderung und Entvölkerung die Kernpunkte der realpolitischen Diskussion, die Anlaß und Chancen genug geben, auch für Österreich, Vorbeitrittsmaßnahmen und vorbereitende Schritte und Strategien in unseren Nachbarländern aktiv zu unterstützen.

Dank der Mitwirkung der Partnerinstitute, die die Bundesanstalt in Praha, Bratislava, Budapest und Ljubljana besitzt, können zur derzeitigen Lage der Landwirtschaft in unseren östlichen Anrainerstaaten, die sich nach einigen turbulenten Jahren doch wenigstens in dieser Teilregion des Kontinents einigermaßen konsolidiert hat, vier authentische Sachverhaltsdarstellungen vorgelegt werden. Sie geben die grundsätzlichen Orientierungslinien der dortigen Agrarpolitik wieder und mögen als ein zeitgemäßer agrarpolitischer Arbeitsbehelf dienen, auf dem in weiterer Folge durch Aktualisierungen und Vertiefungen aufgebaut werden soll.

Ein einigermaßen umfassender statistischer Grunddatenvergleich soll dazu dienen, die Stellung Österreichs zu verdeutlichen und unsere agrarpolitischen Aufgaben „statistisch“ sichtbar zu machen. Viele der im Tabellenanhang aufgezeigten Sachverhalte machen sachliche

Vertiefungen wünschenswert, die zu einem späteren Zeitpunkt auch in bestimmtem Umfang von der Bundesanstalt für Agrarwirtschaft erarbeitet werden sollen.

Die Möglichkeit der Publikation dieser Beiträge möchte die Bundesanstalt nun dazu nutzen, um ein neues Kommunikationsinstrument herauszubringen, das unter der Bezeichnung

„Agrarpolitische Arbeitsbehalte“

in loser Folge aktuelle Informationen jeweils zu sach- oder auch tagespolitisch im Mittelpunkt stehenden Themen bringen wird. Diese Arbeitsbehalte sollen vor allem dazu dienen, kurzfristig erforderliche Berichterstattung möglichst rasch und unkompliziert zu leisten. Sie wird daher weniger Ansprüche auf thematische Vollständigkeit und methodische Unangreifbarkeit erheben, dafür aber versuchen, praktischen Bedürfnissen des in die Agrarpolitik eingebundenen Personenkreises entgegenzukommen.

Diesem ersten Heft der „Agrarpolitischen Arbeitsbehalte“ werden in einer knappen Auswahl kartographische Auswertungen des statistischen Materials beigelegt, welche Klaus Wagner unter Verwendung des Zeichenprogramms „Regiograph“ besorgte. Bei Bedarf (z.B. für Vortrags- und Präsentationszwecke) ist es möglich, die Graphiken auch in transparenter Form „geplottet“ zur Verfügung zu stellen, aus technischen Gründen allerdings nur in eingeschränktem Umfang.

Bei der Erarbeitung des Grunddatenbestandes (im Anhang) waren in dankenswerter Weise besonders behilflich: Eva Dykova (Praha), Zdenek Stastny (Bratislava), Marta Stauder (Budapest) und Tomaz Cunder (Ljubljana).

Wien, im Juli 1997

Franz Greif

Franz GREIF (Wien)

„OSTÖFFNUNG UND LANDWIRTSCHAFT“ IM BLICKWINKEL ÖSTERREICHS

Eine Einleitung

Inhalt:

1. Agrarpolitische Probleme in östlicher Nachbarschaft
2. Die Haltung der Europäischen Union
3. Die Haltung Deutschlands und Österreichs

Im Rahmen des internationalen Fachseminars der Bundesanstalt für Agrarwirtschaft im Sommer 1996 wurde der erste Veranstaltungsteil Kurzberichten über die jeweils aktuelle Situation der agrarwirtschaftlichen und agrarpolitischen Entwicklung in unseren vier „östlichen“ Nachbarländern gewidmet. Dies war mit großem Erfolg möglich, weil alle Forschungspartner der Bundesanstalt intensiv in die laufenden Beratungen und auch in die Entscheidungsvorbereitung zur Agrarpolitik ihrer Länder eingebunden sind.

Es soll den inhaltlichen Darlegungen der Referenten nicht vorgegriffen werden, doch bedarf es einer knappen einleitenden Erörterung von drei Gesichtspunkten, die einen allgemeinen Rahmen um das gewählte Thema bilden; es ist dies neben den generellen agrarpolitischen Problemen der ostmitteleuropäischen Länder, die ja auch die Probleme unserer Nachbarländer sind, ganz besonders auch die Haltung des wirtschaftspolitisch konsolidierten „gemeinsamen“ Europas und schließlich - was auch für unsere Nachbarn unmittelbar spürbar ist und vor allem im Zuge der kommenden Beitrittsverhandlungen noch wesentlich stärker spürbar sein wird - die Haltung der am stärksten von der Osterweiterung betroffenen Mitgliedsländer der EU, nämlich Deutschlands und Österreichs.

1 Agrarpolitische Probleme in östlicher Nachbarschaft

Die Größe und Härte der Probleme in Wirtschaft und Gesellschaft - und darunter wohl zu einem guten Teil auch des Agrarsektors - haben der Realpolitik in Ostmitteleuropa durch Jahre hindurch größte Anstrengungen abverlangt. Dabei ist in manchen Ländern gelungen, stabile Verhältnisse im politischen, rechtlichen und sozialen System zu schaffen, in anderen nur zum Teil oder ansatzweise. Auch die jeweiligen Agrarsektoren sind teils privatisiert worden, teils aber auch noch von „alten“ Strukturen beherrscht, deren Auflösung ganz gewiß nicht einfach ist.

Tatsachen sind jedenfalls,

- daß der Produktionsrückgang in Landwirtschaft und Industrie in manchen Ländern oder Regionen weit über einen Vorgang des „Gesundschumpfens“ der früher sicherlich weit überzogenen „sozialistisch en“ Dimensionen hinausging;
- daß in der Landwirtschaft die Preis-Kostenschere nach wie vor, und in manchen Ländern noch weit geöffnet ist, wenn auch die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse - vor allem in den letzten beiden Jahren - doch deutlich besser geworden sind;

- daß die Ausgaben für Ernährung (ohne Genußmittel) auch in den Nachbarländern Österreichs nach wie vor zwischen 30 und 40 Prozent der Masseneinkommen liegen und so die ohnehin sehr schwache Kaufkraft der Bevölkerung sehr stark einschränken.

Das Spektrum von Hindernissen, die der Privatisierung und Umstrukturierung entgegenstanden (und noch entgegenstehen), ist sehr breit und wenn wir jene noch einmal erörtern, die *Vladimir PANKOW* schon 1993 formuliert hat, dann sehen wir durchaus beachtliche Fortschritte bei der Bewältigung dieser Probleme, in erster Linie in unseren Nachbarländern, in manchen Bereichen (oder in manchen Ländern) aber ein nur sehr langsam weichendes Beharrungsvermögen überkommener Strukturen und wohl auch eines noch keineswegs überwundenen parteipolitischen Nepotismus.

So ist belegbar,

- daß die Erfahrung im Umgang mit Privateigentum (verständlicherweise) noch gering ist und alte Vorurteile gegenüber privatem Besitz weiterhin bestehen;
- daß überall dort, wo die Privatisierung bisher nur halbherzig oder vielleicht noch gar nicht in Angriff genommen wurde, die größten organisatorischen und technischen Schwierigkeiten erst noch bevorstehen;
- wie in vielen Gremien die Eroberung leitender Positionen durch Angehörige der ehemaligen Partei- und Staatsnomenklatura zur Bildung von „neuen“ Seilschaften geführt hat, die in Wirklichkeit die alten sind, die aber zumindest interessenspolitisch höchst bedeutsam sein können und manchmal - wie etwa in der Slowakischen Republik oder in Bulgarien, hier immerhin bis zur Wahl im Oktober 1996 - auch staatspolitische Wirkungen entfalten konnten; oder wie durch den Einsatz von Geldmitteln auch Parteien den Besitzer (sprich: den Parteivorsitzenden) gewechselt haben, wie z.B. in Lettland;
- daß nach wie vor auch ein spürbarer Mangel an rechtlichen Voraussetzungen besteht, der in manchen Ländern das Privateigentum behindert, in anderen wiederum das Genossenschaftseigentum verbietet, die Kreditbesicherung mit Hypotheken untersagt und Interessenten von vielen wichtigen wirtschaftlichen Tätigkeiten abhält oder deren Organisation erschwert;
- wie andererseits die Verbesserung der früheren schwachen ökonomischen Stellung breiter Schichten der arbeitenden Bevölkerung, die sich ersatzweise für schlechte Einkommensverhältnisse sozusagen am Rande und in Nischen des Systems schadlos halten konnten, unterschiedlichen Veränderungen unterliegt; für die einen haben sie wirtschaftliche Sicherstellung unter den herrschenden neuen Bedingungen gebracht, für viele andere aber einen Wegfall von Verdienstmöglichkeiten, der die Menschen umso schwerer belastet, da ihnen Arbeitslosigkeit und Untätigkeit jahrzehntelang völlig unbekannt waren;
- schließlich haben auch politischer Wirrwarr und erbitterte Kämpfe verschiedener politischer Strömungen auf staatlicher und regionaler Ebene etwas nachgelassen und es ist eine Konsolidierung der Kräfteverhältnisse eingetreten, wiewohl noch keineswegs überall mit demokratischen Vorzeichen.

Obwohl alle diese Fragen von größter Wichtigkeit sind, besteht nicht die Absicht oder Möglichkeit, sie alle hier zu erörtern. Sie betreffen auch die österreichischen Nachbarstaaten z.T. relativ eingeschränkt. Was uns beschäftigen soll, sind die aktuellen agrarwirtschaftlichen Verhältnisse und die agrarpolitischen Zielsetzungen für die nächste Zeit, wie sie in unseren Nachbarländern bestehen. Und wenn wir unsere vier Nachbarstaaten betrachten, so gibt es in jedem sehr charakteristische politische Gegebenheiten und auch markante Unterschiede

in den Zielsetzungen, die insgesamt ein interessantes Spektrum zeigen, das mit einigen wenigen Schlagworten skizziert werden kann:

- Tschechische Republik:** Betonung der Selbstversorgung bei Ansätzen zur Produktionsbeschränkungen bei Überschüssen, mit Überlegungen zu Quotensystemen, Förderung durch Investitionshilfen, produktionsunabhängige Beiträge zur Kulturlandschaftserhaltung, Dorfentwicklung, Systematik der Regionalpolitik für den ländlichen Raum.
- Slowakische Republik:** Vorrang der direkten Produzenten- und Agrareinkommensstützung, insbesondere im Kampf gegen Verluste der Landwirtschaft in benachteiligten Gebieten, Konsolidierung von Großstrukturen, möglichst auch zur Begrenzung der Arbeitslosigkeit auf dem Lande.
- Ungarn:** Innovationsschub auf dem Agrarsektor durch Privatisierung und Restitution ehemaliger Eigentümer, offensive Produktionspolitik als Grundlage für eine Agraraußenhandels-offensive mit Hauptgewicht auf Exportförderung und Erstattungen.
- Slowenien:** Forcierte Anpassung der agrarstrukturellen und agrarpolitischen Verhältnisse an Bedingungen analog zur Europäischen Union.

2 Die Haltung der Europäischen Union

Das Weißbuch der Europäischen Kommission hat als politisches Papier die Auswirkungen einer prospektiven Osterweiterung zu erfassen gesucht und nach der Sachlage der bestehenden Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) beurteilt. Danach gab es in ganz Europa eine intensive Diskussion um die zur Debatte stehenden drei Szenarien:

- Vorgangsweise nach dem Status quo, also Beibehaltung der GAP nach dem Ergebnis der Reform von 1992;
- radikale Reform der GAP, Abschaffung aller Maßnahmen zur Angebotsregelung wie Preiskategorien, Quoten, etc. und Verringerung des Einkommensausgleichs (bzw. der Direktzahlungen), eventuell mit einer Forcierung von Ausgleichsmaßnahmen für Umweltleistungen;
- Weiterentwicklung der GAP 1992 in Richtung weiterer Wettbewerbsverstärkung bei gleichzeitiger Aufstockung umwelt- und sozialpolitischer Ausgleichs, sowie eine integrierte Politik für den ländlichen Raum (derzeit favorisiert seitens der EU-Agrarkommission). All das kann ebenfalls eine sehr radikale Reform der GAP beinhalten.

3 Die Haltung Deutschlands und Österreichs

Von den von einer Ostöffnung stärker betroffenen Mitgliedsländern der Europäischen Union sind zweifellos die „nächsten Nachbarn“ Deutschland und Österreich in einer besonderen Position. Wie deren Haltung gegenüber den Fragen und möglichen Folgen einer Ostöffnung

im Zusammenhang mit der jeweiligen Agrarpolitik aussieht, kann folgendermaßen zusammengefaßt werden:

Der Deutsche Bauernverband hat das Weißbuch der Europäischen Kommission als ungeeignet bezeichnet, um eine Lösung herbeizuführen. Er geht vielmehr davon aus, daß durch eine Osterweiterung die Einigungsbereitschaft der 15 EU-Mitgliedsländer bzw. ihre „Einigungsqualität“ beeinflußt werden könnte, daß diese aber vom europapolitischen Standpunkt aus nicht gefährdet werden darf. Er fordert daher (in Auswahl):

- lange Übergangsfristen, und zwar mindestens zehn Jahre, die zur Herstellung gesellschaftspolitisch kompatibler Verhältnisse (Demokratie, Eigentumsordnung, Wirtschaftsregime, Verwaltung) nötig sein dürften;
- Umstrukturierung der gewerblichen Wirtschaft mit dem Schwerpunkt der Schaffung von Arbeitsplätzen oder, wenn dies nicht gelingt, „Kontrolle der Armutswanderung“;
- solidarische Lastenverteilung bei einer Osterweiterung;
- eine grundlegende Erneuerung des mittelosteuropäischen Agrarsektors; dazu gehören eine umfassende Klärung der Eigentumsverhältnisse, die effektive Liberalisierung des Bodenmarktes, die Errichtung von Landwirtschaftsbanken, der konsequente Ausbau der ländlichen Infrastruktur und vor allem eine sofortige Beseitigung aller Monopole.

In ähnlicher Weise haben sich auch einzelne österreichische Politiker zur Osterweiterung geäußert, zuletzt nach der Verabschiedung des Kommissionspapiers „Agenda 2000“ am 15. Juli dieses Jahres. Doch möchte Österreich, so konnte schon 1996 Aussendungen des Agrarressorts entnommen werden, die Landwirtschaft nicht als den großen Stolperstein für die Osterweiterung der EU sehen. Unser Land sieht vor allem in der Weiterentwicklung einer multifunktionalen Landwirtschaft eine Garantie für die Kompatibilität der Gemeinsamen Agrarpolitik mit den Landwirtschaftssystemen mittelost- und osteuropäischer Länder, und zwar insbesondere:

- durch eine weitere „Ökologisierung“ der Landwirtschaft in Europa; es könnte auch überlegt werden, ob eine einstweilen auf unseren Staat bezogene Bezeichnung als „Ökoland Österreich“ nicht sogar zum Begriff „Ökoland Europa“ erweiterbar wäre;
- durch die weitere und durchaus auch stärkere Abgeltung „nicht handelbarer“ Leistungen der Landwirtschaft, die sie als Inhaber und Hersteller der ländlichen Kulturlandschaft erbringt;
- vor allem aber durch die Lösung der sozialen Schwierigkeiten und Gefahren in der reformierten Osthälfte Europas, welche politisch wohl eindeutig den Vorrang vor allen anderen besitzen.

Alle drei Punkte sind von herausragender Bedeutung; der letzte aber betrifft wohl unzweifelhaft das heutige Kernproblem in diesem Raum.

Josef KRAUS (Praha)

GEGENWARTSPROBLEME DER TSCHECHISCHEN LANDWIRTSCHAFT

Inhalt:

1. Ergebnisse des bisherigen Transformationsprozesses
 - 1.1 Strukturwandlungen in der tschechischen Landwirtschaft
 - 1.2 Die Wirtschaftsreform im Agrarsektor
2. Aktuelle Probleme der tschechischen Landwirtschaft
 - 2.1 Erneuerung und Modernisierung der technischen Basis
 - 2.2 Nutzflächenerhaltung und Bodenschutz
 - 2.3 Probleme des ländlichen Raumes
3. Die tschechische Landwirtschaft in nächster Zukunft

1 Ergebnisse des bisherigen Transformationsprozesses

Der Transformationsprozeß der tschechischen Landwirtschaft zur Marktwirtschaft wurde im wesentlichen im Jahre 1995 beendet. Er verlief in zwei Hauptrichtungen und betraf einerseits die Strukturverhältnisse und andererseits die ökonomischen Bedingungen. Da heute bereits zahlreiche der im Laufe dieser bedeutenden Wandlungen gewonnenen Erkenntnisse verallgemeinert werden können, will ich versuchen, sie in kurzgefaßter Form darzulegen.

Was die Besitzstruktur anbelangt, so hat sich in den Jahren 1991 bis 1995 in der tschechischen Landwirtschaft eine völlig neue Gliederung der „Haupt-Unternehmungsformen“ herausgebildet, und zwar nach:

- Unternehmen physischer Personen
- Eigentümergenossenschaften
- Handelsgenossenschaften (GmbHs, Aktiengesellschaften und dergleichen).

Auf der ökonomischen Ebene verlief in dieser Zeit der grundlegende Anpassungsprozeß der tschechischen Landwirtschaft an die Bedingungen der Marktwirtschaft.

1.1 Strukturwandlungen in der tschechischen Landwirtschaft

Welches Ausmaß die Strukturwandlungen in der tschechischen Landwirtschaft erreichten, bezeugt ein Vergleich der Zahl der Unternehmen und ihrer Wirtschaftsflächen in den Jahren 1989, also in der „Endphase des totalitären Regimes“, mit den Verhältnissen von 1995.

1989 wirtschafteten 3.205 Privatlandwirte auf einer Fläche von insgesamt 13.000 ha, 1.024 LPGs auf 2,6 Mill. und 174 Staatsgüter auf 1,1 Mill. ha. Im Laufe des Privatisierungs- und Transformationsprozesses ist zunächst die Zahl der landwirtschaftlichen Genossenschaften gestiegen, während ihre durchschnittlichen Wirtschaftsflächen kleiner wurden. Der gleiche Vorgang verlief im Jahre 1991 auch bei den Staatsgütern vor deren Privatisierung. Im Jahr

1993 zeigte sich als ein erstes Ergebnis der Transformation der Genossenschaften (sowie der Privatisierung der Staatsgüter), daß eine relativ große Zahl landwirtschaftlicher Handelsgesellschaften entstanden war - es waren immerhin 1.270 Betriebe.

Wesentlich dynamischer haben sich dagegen die Einzelbauern (Betriebe physischer Personen) samt ihren Flächen entwickelt. Im Laufe des Jahres 1995 hat sich schließlich folgende landwirtschaftliche Unternehmerstruktur etabliert:

Tabelle 1

Rechtsform der Landwirtschaftsbetriebe und ihre Flächen				
Rechtsform	Landwirtschaftliche Betriebe	Durchschnittsgröße der Nutzflächen	Bedeutung der Rechtsformen nach der zugehörigen landwirtschaftlichen Gesamtfläche	
	Anzahl	ha	ha	Prozent
Physische Personen	24.183	34,2	826.115	23,3
Handelsgesellschaften	1.463	680,0	995.682	28,1
Genossenschaften	1.151	1447,2	1.665.727	46,9
Staatsgüter	80	660,0	52.797	0,2
Sonstige Rechtsreform	27	272,7	7.363	1,5
Insgesamt	26.904	131,6	3.547.664	100,0

Quelle: Tschechischer Agrarzensus 1995

1.2 Die Wirtschaftsreform im Agrarsektor

Das Schlüsselproblem der gesamten Agrarreform in der Tschechischen Republik war die Liberalisierung des Agrar- und Nahrungsmittelmarktes. Die Preisliberalisierung bei landwirtschaftlichen Produkten und Nahrungsmitteln hat bei einer ganzen Reihe von Haupterzeugnissen, vor allem bei Milch, Rindfleisch und Getreide hohe Überschüsse aufgedeckt. Die Anpassung an die Marktbedingungen hatte vor allem eine Senkung der Rindviehbestände (insbesondere bei der Zahl der Kühe) zur Folge und erforderte umfangreiche Interventionskäufe von Getreide für den Export und in die Zentrallager. Auf die in hohem Maße durch die steigenden Preise nichtlandwirtschaftlicher Güter (vor allem der Produktionsmittel, Dienstleistungen und Mieten) forcierte Überproduktion in der Landwirtschaft folgte bald ein Rückgang der agrarischen Brutto- und Marktproduktion. Den stärksten Rückgang erfuhr die Bruttoproduktion in den Jahren 1989 bis 1993, und zwar um 21,4 % von 108,6 auf 84,3 Mrd. CZK. In den folgenden Jahren konnte der Rückgang der Bruttoproduktion generell zum Stillstand gebracht werden, im Jahre 1995 ist sie sogar, vor allem infolge der wachsenden pflanzlichen Produktion und bei festen Preisen, auf 90,5 Mrd. CZK angestiegen.

Was das Jahr 1995 anbelangt, so kann festgestellt werden, daß bei relativ geringen Importen - sie bewegten sich in einer Größenordnung zwischen zwei und vier Prozent - bei den einzelnen Kommoditäten das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf dem inländischen Markt ausgewogen war. Wichtig - wenn auch problematisch - ist, daß sich der Preisanstieg bei landwirtschaftlichen Produkten im Durchschnitt zwischen 3 und 6 % pro Jahr bewegte, also niedriger war als das Wachstum der Inflation. Die Entwicklung der an die Landwirte gezahlten Preise wurde damit zum Antiinflationfaktor. Auf der anderen Seite haben jedoch die Preise der industriellen Inputs und Dienstleistungen für die Landwirtschaft bis 1993 einen steilen Anstieg verzeichnet; die Indexveränderung bewegte sich von 100 (1989) auf 242 (1993). In den Jahren 1994 und 1995 aber war das Preiswachstum massiver und

lag zwischen 4 und 7 Prozent. Insgesamt hatte diese Preisdisparität - und Hand in Hand mit ihr der Rückgang der Bruttoproduktion - einen starken negativen Einfluß auf die Landwirtschaft, sodaß ihr wirtschaftliches Ergebnis bis einschließlich 1994 im Bereich der roten Zahlen lag.

Die Entwicklung der Agrarproduktion und die Beziehungen zwischen Angebot und Nachfrage auf dem inländischen Agrarmarkt haben den Agraraußenhandel relativ stark beeinflusst, und dieser Einfluß besteht auch weiterhin. Im Rahmen der passiven Außenhandelsbilanz von (1995) einem Minus von insgesamt 102 Mrd. CZK stellt die passive Agrarbilanz bei einer absoluten Höhe von 12,6 Mrd. CZK einen Anteil von über 10%. Dieses Defizit rekrutiert sich überwiegend aus dem Import nichtkompetitiver Produkte (Südfrüchte, Tabak, Tee, Kakao) um 11,1 Mrd. CZK, der Rest von 1,5 Mrd. Kronen wurde durch den Exportrückgang bei tierischen Produkten verursacht.

Die einigermaßen dramatische Entwicklung der tschechischen Landwirtschaft wird auch aus den ökonomischen Ergebnissen dieses Sektors in den letzten Jahren sichtbar. Besonders kritisch war die Situation in den Jahren 1992 und 1993. Erfreulich ist aber, daß das Jahr 1995 bereits eine Wende zur positiven Entwicklung in der „Posttransformations-Periode“ erkennen läßt.

Die ökonomische Stellung der Landwirtschaft in der Tschechischen Republik im letzten halben Jahrzehnt belegen folgende Kennziffern:

Tabelle 2

Wirtschaftsindikatoren für den Agrarsektor der Tschechischen Republik				
	1992	1993	1994	1995
Wirtschaftsergebnis des Agrarsektors gegenüber den jeweiligen Vorjahren, in Mrd. CZK	-12,9	-9,7	-4,1	+0,4
Anteil der Landwirtschaft am BIP, in %	(5,0)	(4,0)	3,1	3,0
Anteil der Landwirtschaft an der Zahl der Arbeitskräfte, in %	(8,0)	(6,0)	5,1	4,6
Anteil der Landwirtschaft an Investitionen, in %	-, -	-, -	-, -	5,6
Anteil der Landwirtschaft am Kreditvolumen, in %	-, -	-, -	-, -	3,7

Von starkem Einfluß auf den Privatisierungs- und Transformationsprozeß war die Entwicklung der in diesem Sektor tätigen Arbeitskräfte. Seit dem Jahr 1989 ist ihre Zahl von 533.058 (10,9%) auf 225.740 Personen (4,6%) im Jahr 1995, also um weit mehr als die Hälfte auf nur noch 42,3% gesunken. Bei einem langsameren Rückgang des Anteils der Landwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt hat diese Entwicklung als einer der Hauptfaktoren des Wachstums der Arbeitsproduktivität gewirkt, deren Tempo die Entwicklung der Arbeitsproduktivität in der Industrie übertraf. Die im Vergleich zur Industrie niedrigeren Wirtschaftsergebnisse der Landwirtschaft hatten jedoch einen negativen Einfluß auf das Niveau der Entlohnung der Landwirte. Der durchschnittliche Monatslohn hat in der Landwirtschaft im Jahre 1995 einen Betrag von nur 6.883 CZK, in der gesamten Volkswirtschaft dagegen von 8.171 CZK erreicht. Diese Disparität der Löhne und Gehälter ist im regionalen Vergleich natürlich noch wesentlich stärker differenziert.

Von der besonderen volkswirtschaftlichen Bedeutung der Agrar- und Nahrungsgüterwirtschaft zeugt der in den letzten drei Jahren auf einem Niveau von etwa 30 Prozent der Masseinkommen stabilisierte Lebensmittel- und Getränkeverbrauch. Auch der Anteil des Agraraußenhandels am gesamten Außenhandelsumsatz in der Höhe von 7,2 % (davon am Import 7,5 % und am Export 6,8 %) ist nicht unerheblich. Aus der mit international vergleichbarer Methodik erarbeiteten landwirtschaftlichen Gesamtrechnung ist ersichtlich, daß die in Marktpreisen ausgedrückte Bruttowertschöpfung im Jahre 1995 im Vergleich zum Jahr 1993 um 24,5 % und gegenüber 1994 um 15,6 % höher war. Im Falle der Nettowertschöpfung betragen diese Zuwächse sogar 35,2 bzw. 18,2 Prozent.

2 Aktuelle Probleme der tschechischen Landwirtschaft

In der kommenden Etappe wird unsere „gegenwärtige“ Landwirtschaft - im Vergleich zur mehr oder weniger abgeschlossenen Transformationsperiode - vor qualitativ recht unterschiedliche Probleme und Aufgaben gestellt sein. Handlungsbedarf wird vor allem bei den Zielen der Erneuerung und Modernisierung, der Nutzflächenerhaltung einschließlich des Bodenschutzes sowie bei der Adaptierung einer Entwicklungspolitik für den ländlichen Raum bestehen.

2.1 Erneuerung und Modernisierung der technischen Basis

Es handelt sich dabei nicht so sehr um die Erneuerung von Gebäuden und Anlagen; deren Abnutzung bewegt sich „nur“ im Bereich zwischen 30 bis 40 %, und bei ihrer Rekonstruktion ist die Möglichkeit der finanziellen Anbindung an die Einführung von neuen Produktionsprogrammen entscheidend und auch gegeben. Das Hauptproblem ist jedoch die Modernisierung des Maschinenparks und der betrieblichen Technologie, die in höchstem Maße abgenutzt sind. Die Lösung dieses Problems erfordert Investitionen in der Höhe von ungefähr 40 bis 50 Mrd. CZK, die nicht aus dem eigenen Vermögen der Landwirtschaftsbetriebe gedeckt werden können. Das Hauptinstrument, von welchem wir in etwa drei bis vier Jahren eine Lösung dieser Aufgaben erhoffen, bildet eine vom Staatlichen Garantiefonds PGRLF gebotene Kreditgarantie mit „Dotierung“ der Zinsen mittels Zuschüssen.

2.2 Nutzflächenerhaltung und Bodenschutz

Dieses Problem hat generell mehrere Seiten. Wohl geht es in erster Linie zweifellos um die Eliminierung schädlicher Einflüsse auf den Boden, und zwar vordringlich in den fruchtbaren Agrargebieten, um die Aufrechterhaltung und wenn möglich auch Verbesserung der dortigen Produktionsbedingungen zu gewährleisten. Dazu kommt weiters die Notwendigkeit eines wirksameren Schutzes für landwirtschaftliche Grundstücke gegen ihren „Verbrauch“ für (in vielen Fällen eher unwichtige) Bauzwecke. Damit hängt auch die Erneuerung der zur Herstellung eines optimalen Wasserregimes getätigten Investitionen sowie die Beseitigung des Risikos brachliegender Flächen zusammen. In diesem Zusammenhang wird auch die Gründung eines „Bodenpflegefonds“ erwogen, dessen Finanzierungsgrundlage die aus Verwaltungsstrafverfahren für Bodenverunreinigungen eingenommenen Strafgelder bilden sollen. Dazu kommen noch ein Teil der Erträge aus dem Verkauf von staatlichem Bodenbesitz so-

wie Abgaben für die Verwendung von Boden für Bau- und andere Zwecke, die vom Preis für Bauparzellen abgeleitet werden¹.

Der zweite Aspekt betrifft Böden in Gebieten mit suboptimalen Naturbedingungen. Die Bewirtschaftung dieser Flächen soll vor allem durch Staatsprogramme beeinflusst bzw. gefördert werden, wie z.B. Programme zur Extensivierung der Produktion, zur Flächenstilllegung und dauerhaften Flächenpflege, die Förderung von Umweltinvestitionen und nicht zuletzt die Kompensierung wirtschaftlicher Nachteile von Agrarbetrieben in Natur- und Landschaftsschutzgebieten.

2.3 Probleme des ländlichen Raumes

Es handelt sich hier um ländliche Gebiete, aus denen infolge geringer Konzentration von Industrie, Handel und weiterer nichtlandwirtschaftlicher Zweige die bisherigen, oft sehr bedeutenden unternehmerischen Aktivitäten verschwinden. Als Hauptbeschäftigung bleibt oft ausschließlich landwirtschaftliche Arbeit übrig. Auch Dienstleistungen wie der öffentliche Verkehr, Versorgungsbetriebe, Gesundheitseinrichtungen und andere mehr verlassen nach und nach solche Regionen.

Hier läßt sich eine Lösung eventuell finden, wenn Landwirte bei der Entfaltung anderer Tätigkeiten unterstützt werden, sei es bei Vermietungen, in Betrieben mit Verköstigung von Gästen und anderen Personen, bei einfachen Transportdiensten und vielen anderen Arbeiten. Die Förderung kleiner, den örtlichen Bedingungen angepaßter Unternehmen ist gut denkbar. Diesbezügliche Unterstützungen sollten der Staatsfonds (PGRLF) und die Böh-misch-Mährische Entwicklungs- und Garantiebank (CMRZB) gemeinsam gewährleisten, in Verbindung mit zweckgebundenen staatlichen Dotationen, insbesondere auf sozialem Gebiet.

Außerordentliche Bedeutung im Rahmen dieser Unterstützung haben vor allem jene kommunalen Institutionen, die für den Ausbau oder die Erneuerung der ländlichen Infrastruktur zuständig sind. Die tschechischen Gemeinden sollen für Zwecke der Infrastruktur einen bedeutenden Anteil an den Steuern, vor allem an der Einkommenssteuer, zugewiesen erhalten.

3 Die tschechische Landwirtschaft in nächster Zukunft

Als grundlegender Entwicklungsvorgang in der tschechischen Landwirtschaft kann bis zum Jahre 2000 und unmittelbar nach diesem Zeitpunkt reell erwartet werden, daß sich der Sektor in seiner innerbetrieblichen Organisation und Leitung schneller stabilisiert, und daß sich die Wirtschaftsergebnisse der neuen Unternehmen schrittweise bessern werden. Die inneren Strukturveränderungen werden sich bei den neuen, privaten Unternehmungsformen positiv äußern, weil sie eine Stärkung des Managerprinzips der Leitung ermöglichen. Im Falle bäuerlicher Einzelbetriebe werden sie Unternehmen mit höherer Produktionskonzentration begünstigen.

¹ Also eine Art „Bodenwertzuwachssteuer“

Was unsere Produktionsstruktur betrifft, so wird das Wachstum der pflanzlichen Produktion schneller sein, als das der tierischen Erzeugung. Eine weitere (leichte) Senkung der Milchkuhbestände bei stärkerem Wachstum der Ammenkuhhaltung, eine Stagnation der Getreideflächen bei höherer Produktion von Ölpflanzen (insbesondere Raps) sowie auch nachwachsender Rohstoffe wird vorausgesetzt. Als „wahre Ressourcenbasis“ der Agrarproduktion werden - bei wachsender Produktionsintensität und Arbeitsproduktivität - die von Natur aus begünstigten Produktionsgebiete fungieren.

In den benachteiligten Regionen wird mit einer Erweiterung der Mastrinderhaltung, der Aufforstung eines Teils der landwirtschaftlichen Nutzfläche, eventuell auch mit ihrer Weiterverwendung für nichtlandwirtschaftliche Zwecke gerechnet. Das Ausmaß der langfristig stillgelegten Flächen wird wachsen, der Umfang kurzfristig brachliegenden Landes (entsprechend etwa den „set-aside“-Bestimmungen der GAP) wird von den Exportmöglichkeiten abhängen. Es wird außerdem ein weiterer massiver Rückgang der Arbeitskräftezahlen im Agrarsektor erwartet.

Die Wirtschaftspolitik unseres Staates geht im Agrarsektor davon aus, daß die Sicherheit der Lebensmittelversorgung auf die im Land verfügbaren Produktionsressourcen gegründet sein muß und diese daher allein zur Befriedigung der inländischen Nachfrage kurz- und langfristig aufrechterhalten bleiben müssen. Der Einfluß des Staates auf die Einkommenslage der Bauern und den Absatz wird regional zu differenzieren sein. In den begünstigten Produktionsgebieten wird sich der Einfluß des Staatsfonds für Marktregulierung (SFTR) beim Einsatz marktkonformer Instrumente (Interventionsaufkäufe, Export der Überschüsse) wohl weiter durchsetzen.

Die Erneuerung und Modernisierung der Agrartechnik und -technologie und die Verbesserung des genetischen Leistungspotentials der Nutztiere wird seitens des Unterstützungs- und Garantiefonds der Land- und Forstwirtschaft im Rahmen der Gewährung von Krediten nachdrücklich gefordert werden. In den benachteiligten Regionen wird der Fonds seine Einflußnahme in Richtung Aufforstung, Vergrünlandung, Intensivierung der Landschaftspflege und insgesamt zur Stärkung einer mehrfach orientierten Einkommensdisposition der Landwirte mit bestimmten zweckgebundenen Dotationen weiter verfolgen. Darüber hinaus wird auch zur Förderung nichtlandwirtschaftlicher Aktivitäten mit einer Begünstigung von Krediten bzw. mit der Dotierung der Zinsen zu rechnen sein.

Der Export vor allem „traditioneller“ Agrarprodukte wird einen massiven Anstieg verzeichnen, er wird jedoch durch die Verpflichtungen der WTO gegenüber bei den Exportsubventionen limitiert bleiben.

Eine strategische Frage der tschechischen Landwirtschaft stellt die Vorbereitung auf den Beitritt zur Europäischen Union dar. Nach der Meinung zahlreicher ausländischer und inländischer Fachleute wird sich der wahrscheinliche Beitrittstermin zur EU um das Jahr 2005 bewegen. Es herrscht allgemein Übereinstimmung, daß das tschechische Rechtssystem parallel zu den Integrationsbemühungen möglichst schnell harmonisiert werden muß. Meinungsverschiedenheiten bestehen jedenfalls dahingehend, ob wir uns langsamer oder schneller dem in der EU bestehenden Mechanismus der Agrarmarktregulierung anpassen sollen.

Die meisten Überlegungen weisen in die Richtung, daß bis zum Jahr 2000 der in der Tschechischen Republik geltende Mechanismus der Marktregulierung (wie bekannt auf wesentlich niedrigerem Niveau als in der EU) im Grunde weiterbestehen sollte. Der Anpassungsprozeß wird sich also auf den zum Zeitpunkt des Beitritts der Tschechischen Republik zur Europäischen Union voraussichtlich bestehenden (oder für diesen Zeitpunkt zu erwartenden) GAP-Regelungsmechanismus hin zu orientieren haben.

Viera IZAKOVA (Bratislava)

ZUSTAND UND PERSPEKTIVEN DER SLOWAKISCHEN LANDWIRTSCHAFT

Inhalt:

1. Langsame agrarökonomische Stabilisierung
2. Hauptproblem Investitionsrückstände
3. Ziele der Förderpolitik
4. Zukunftsaussichten

Der Transformationsprozeß im Agrar- und Lebensmittelsektor, der 1990 im Rahmen der Gesamtwirtschaftsreform angefangen hat, ist sehr kompliziert, wirtschaftlich aufwendig und in der gegenwärtigen Periode auf seine Abschlußphase ausgerichtet. Die Agrarpolitik, die wir 1993 verabschiedet haben, wurde so gestaltet, daß sie den Zusammenbruch, den die Reform seit 1991 verursacht hatte, stoppen sollte.

1 Langsame agrarökonomische Stabilisierung

Die Datenreihen der grundlegenden Produktionskennzahlen belegen, daß es 1995 trotz den weniger günstigen Witterungsverhältnissen zum ersten Mal zu keinem weiteren Produktionsverfall gekommen ist. Die landwirtschaftliche Gesamtproduktion wurde gegenüber 1994 endlich wieder um 3 % gesteigert. Es ist immerhin zu einer Stabilisierung der Rindviehbestände gekommen, die um 1,2 % anstiegen, und auch die Schweinebestände vergrößerten sich um 1,1 %. In recht bedeutendem Umfang, nämlich um 14,4 %, hat sich der Verkauf von Schlachtgeflügel erhöht. Die Gesamterträge in der Landwirtschaft sind um 5,1 % gestiegen, aber die wirtschaftliche Stabilisierung wird doch sehr langsam und sehr mühsam erzielt.

Das Wirtschaftsergebnis der Landwirtschaft bewegt sich weiterhin in der Verlustzone, wobei der Gesamtverlust aus Agrarproduktion nur mäßig von 3,5 Mrd. (1994) auf 2,8 Mrd. (1995) gesunken ist. Die Anzahl der verlustbringenden landwirtschaftlichen Betriebe konnte um 7,3 % verringert werden; die Mehrzahl dieser Unternehmen (54 %) hat überhaupt keinen Gewinn erwirtschaftet und ist nicht imstande gewesen, die Rentabilität des eingesetzten Kapitals auch nur irgendwie zu steigern. Eine Gruppe von knapp 10 % aller slowakischen Landwirtschaftsbetriebe erzielen Verluste von über 5.000 SKK je ha ihrer landwirtschaftlich genutzten Fläche.

Die Verringerung der Verluste aus landwirtschaftlicher Produktion - insgesamt doch langsamer als vorausgesagt - war hauptsächlich eine Folge der Preiseinflüsse, da sich nach einem vorübergehend günstigen Jahr die Preisschere wieder geöffnet hat. Der Preisindex für Industrieprodukte lag 1995 bei 109, während er für landwirtschaftlichen Produkte nur 103,3 erreichte. Weiters hat sich an dieser Entwicklung auch das teilweise niedrige Produktionsniveau im Pflanzenbau, besonders das im Getreidebau ausgewirkt; die Folgen der ungünsti-

gen Witterungsverhältnisse, die daran mitbeteiligt waren, konnten aufgrund der chronischen Leistungsschwäche des Versicherungsfonds nur unzureichend kompensiert werden.

Es ist nun notwendig, sich dessen bewußt zu werden, daß eine einseitige und übereilte Erhöhung der Ankaufpreise zu einer anschließenden Preiserhöhung bei Lebensmitteln führen muß, was eine Wiederholung des „falschen Schrittes“ der Preisberichtigung der Jahre 1990 und 1991 bedeuten würde. Bei den fortdauernd geringen Einkommen, wie sie der Großteil der Bevölkerung nur zur Verfügung hat, würde dies zur Verstärkung der bekannten Absatzbarrieren führen. Aus dieser Sicht ist es unbedingt erforderlich, daß die Preisgestaltung im Bereich der gesamten Produktionslinien dauerhaft und im Umfang auch angemessen ist und auch im Einklang mit dem tatsächlichen Wachstum der Realeinkommen der Bevölkerung steht.

Entscheidende Bedeutung, sowohl für die wirtschaftliche Stabilität der Land- und Forstwirtschaft, als auch für eine regional ausgewogene Entwicklung in diesem Sektor, werden auch weiterhin die Subventionen haben. Sie haben 1995 eine Kostensenkung (oder Rentabilitätsverbesserung) um 10 Prozentpunkte erbracht. Dadurch haben sich die (auf Flächeneinheiten bezogenen) Verluste der Betriebe um fast 70 % verringert, was ihre derzeit wohl entscheidende Bedeutung für die Erhaltung eines angemessenen Einkommens der landwirtschaftlichen Betriebe sichtbar macht.

2 Hauptproblem Investitionsrückstände

Ein Negativum bleibt weiterhin der Mangel an Finanzkapital für Betriebs- und Investitionszwecke. Die prekäre Lage wird auch dadurch gekennzeichnet, daß die Verbindlichkeiten der Landwirte gegenüber den Zulieferorganisationen größer geworden sind, was zeigt, daß sich die Liquidität der landwirtschaftlichen Betriebe weiterhin verschlechtert. Infolge der mehr oder weniger andauernden Zahlungsunfähigkeit übersteigen die Verbindlichkeiten in der Landwirtschaft die Forderungen der Produzenten um das Dreifache. Dies wiederum verursacht im Investitionsbereich arge Erneuerungsrückstände, vorzugsweise bei der technischen Ausstattung. Dies belegt auch die Tatsache, daß zwar der Anteil der Landwirtschaft an den Gesamtinvestitionen nur 4 % beträgt, ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt aber über 7 % liegt. Der Finanzbedarf für Maschineninvestitionen für die einfache Reproduktion - bei einem kalkulatorischen Erneuerungsintervall von 8 Jahren - beträgt 4,5 - 4,8 Mrd. SKK; für die erweiterte Reproduktion - bei dem Erneuerungsintervall von 5 Jahren - würden etwa 7,5 Mrd. SKK benötigt. Gegenwärtig werden insgesamt 4,5 - 5 Mrd. SKK jährlich in die Erneuerung investiert.

In einer Zeit der gesperrten Geldflüsse in der Landwirtschaft wird das Problem der „faktischen“ Unzugänglichkeit finanzieller Mittel aus Kreditressourcen als sehr ernst empfunden. Dies gilt so lange, als die Unternehmertätigkeit auf Grund und Boden ein solches Risiko bleibt, wie sie derzeit bei uns ist, und so lange die Zinssätze derart unverschämt hoch bleiben. Das gegenwärtige Kreditvolumen erfüllt nicht einmal den Finanzierungs- und Kreditbedarf, der nur für eine laufende Erneuerung der Produktionsmittel benötigt würde. Die Last des „alten Kreditblocks“ in Höhe von 4,8 Mrd. SKK bleibt obendrein auch weiterhin bestehen.

Aus den genannten Gründen will das Ministerium für Bodenkultur die Förderungspolitik in der Landwirtschaft ab 1997 dergestalt ändern, daß ein Zufluß von Betriebs- und Investi-

onsmitteln in die Landwirtschaft wieder möglich wird. Dies soll durch eine Verlagerung der Subventionen in den Förderungsfonds erzielt werden, aus welchem Zinsen bonifiziert und Kreditgarantien gewährt werden können.

3 Ziele der Förderpolitik

In der Förderungspolitik wird auch weiterhin, trotz der Haushaltseinschränkungen, ein beträchtlicher Teil der finanziellen Mittel zur Kompensation der Einkommensverluste jener Landwirte gewidmet werden müssen, die unter ungünstigen Produktionsbedingungen wirtschaften. Die Fortsetzung einer solcherart regional orientierten Politik ist unumgänglich und geht mit den Regelungen der Europäischen Union konform. Sie erfordert allerdings noch eine methodische und sachliche Konkretisierung (und evtl. auch Verschärfung) der Kriterien, die für die Gewährung von Kompensationszahlungen gelten, weiters auch ihre Harmonisierung mit den EU-Kriterien, eine konsequente Kontrolle, und letztlich auch Sanktionen für den Fall der Nichteinhaltung von Förderungsbedingungen.

Diese Förderungen sollen den landwirtschaftlichen Unternehmen in benachteiligten Gebieten hauptsächlich deswegen gewährt werden, weil die Landwirtschaft nicht nur Produzentin von Lebensmitteln und Rohstoffen ist, sondern auch bedeutende Mitgestalterin des Landschaftscharakters; das heißt, daß sie wichtige nichtproduktive Funktionen erfüllt, die für die Gesamtgesellschaft und für die Umwelt von großer Bedeutung sind. Aus wirtschaftlicher Sicht sind diese Funktionen in den Erlösen für Landwirtschaftsprodukte nicht enthalten, auch wenn ihr materielles Ergebnis in die Kategorie der „öffentlichen Güter“ Eingang findet.

Was die Politik der Agrarmarktförderung anbelangt, so sind wir in diesem Bereich bisher eher zurückhaltend gewesen, und wir haben uns mit dem Ziel, ernsthafteren Preisschwankungen vorzubeugen, nur auf die notwendigsten Interventionsankäufe beschränkt. Auch ist der Schutz der slowakischen Landwirtschaft im Vergleich mit der EU und den USA gering (25 % bzw. 50 %), und die Einhaltung der GATT-Abkommen macht uns keine Probleme.

Ein ernsthaftes Problem sind jedoch die Marktanteilsverluste unserer Produzenten auf dem inländischen Markt, und aus diesem Grund möchten wir uns auch auf die Wiederbelebung der inländischen Nachfrage und des heimischen Lebensmittelkonsums hin orientieren. Wir überlegen daher, auch für ausgewählte Absatzorganisationen Kredite für Vorratshaltung zugänglich zu machen, und zwar im Wege des Förderungsfonds.

Es ist auch gelungen, die Steuerbelastung der Landwirtschaft wesentlich zu senken. Dazu wird besonders auch das Gesetz über die Rückerstattung der „Steuer für kohlenwasserstoffhaltige Kraftstoffe“ (Mineralölsteuer) in der Landwirtschaft seinen Beitrag leisten; die Rückflüsse werden jährlich etwa eine Milliarde SKK betragen. Trotzdem wird man sich in der kommenden Periode auch um die Herabsetzung der Mehrwertsteuer bei Düngemitteln und eventuell auch bei anderen Agrarchemikalien bemühen müssen; auch ein Gesetzesentwurf über die zweckmäßige Verwendung der Verbrauchssteuern aus Wein für Investitionen im Weinbau wird eingebracht werden.

Was die Strukturveränderungen anbelangt, so sind ihr Umfang und Rahmen durch die Erneuerung der Eigentümerrechte an Grund und Boden und sonstigem Landwirtschaftsvermögen gegeben. Sie bilden ja eine der Hauptsäulen der Transformation der slowakischen

Landwirtschaft. Nach 1994 begann auf der Basis der ehemaligen Genossenschaften die Bildung einer sehr markanten, aber heterogenen Unternehmerstruktur. Zum Glück bleiben große Landwirtschaftsunternehmen erhalten und werden auch neu gegründet, und wir nehmen an, daß es auch in einem längeren Zeithorizont so bleiben wird. Wir sehen dies als einen Vorteil an, sofern diese größtmäßig begünstigten Unternehmerkomplexe wirklich imstande sind, eine effiziente Produktion zu betreiben. Aber es ist daneben auch die Zahl der Handelsgesellschaften stark im Steigen begriffen; sie entstehen aus den ehemaligen Genossenschaften und Staatsgütern, und auch die Zahl der größeren Bauern nimmt zu.

Durch die Änderung der Eigentümerstruktur und durch die Produktionsentwicklung sind die Investitionen in das materielle Vermögen um 20 % gestiegen. Zur Verwirklichung der Investitionsvorhaben wurden vorrangig eigene Finanzressourcen (73 %) und weniger Subventionen aus dem Staatshaushalt (10,7 %) oder Kredite (9,9 %) aufgewendet. Im Investitionsgeschehen wurden Maschinen und Ausstattungen am stärksten berücksichtigt. Die bisher getätigten Investitionen reichen jedoch, wie schon gesagt, für eine echte Erneuerung der bis zu 70 % so gut wie verschlissenen Landwirtschaftstechnik längst nicht aus.

4 Zukunftsaussichten

Die Perspektiven der slowakischen Landwirtschaft sind im Rahmen der derzeitigen globalen Integrationsprozesse, die einen offenen Markt und freien Wettbewerb im europäischen bzw. im Weltmaßstab anpeilen, zu sehen bzw. zu beurteilen. Die Lage des slowakischen Agrarsektors wird dabei durch den noch laufenden und bislang unvollendeten Transformationsprozeß der Landwirtschaft hin zu einer vollgültigen Marktwirtschaft noch kompliziert. Dies bedeutet konkret, daß der Agrarsektor auch weiterhin zu den komplizierten Wirtschaftszweigen der Slowakei gehören wird, und zwar mit Aussichten auf einen eher langsameren Anpassungsprozeß an die Marktwirtschaft.

Im Rahmen des Integrationsprozesses in die Europäische Union stellt die Landwirtschaft auch einen der faktisch problematischsten und politisch empfindlichsten Zweige unserer Volkswirtschaft dar. Wenn wir wirklich im Laufe der nächsten zehn Jahre Mitglied in einem „Marktraum Europa“ werden wollen, dann ist es erforderlich, sich darauf entsprechend vorzubereiten und sich den Verhältnissen in den EU-Mitgliedsländern anzupassen, das System und das Niveau der Förderungen nicht ausgenommen. Derzeit aber erhält die slowakische Landwirtschaft eine niedrigere Förderung, als sie dem Agrarsektor in der EU (z.B. bezogen auf die Flächeneinheit) gewährt wird.

Der Hauptgrundsatz im Anpassungsprozeß und bei der Integration sollte die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit jener unserer Produkte sein, bei welchen echte Marktchancen bestehen. In einem freien Marktraum ohne Handelsbarrieren wird nur der bestehen, der billiger produziert und zugleich auch die modernen Vermarktungs- und Handelsmethoden beherrscht. Aus dieser Sicht betrachtet haben wir noch viel zu verbessern, besonders in der Tierproduktion, wo wir unter dem Einfluß des niedrigen Zuchtniveaus und der niedrigen Nutzparameter auch im Rahmen der CEFTA-Länder nicht wirklich wettbewerbsfähig sind und dies auch deutlich zu spüren bekommen. In dieser Hinsicht ist die Lage in der Rinderwirtschaft kritisch, besonders bei den Milchkühen, aber auch in der Schweinemast. Im Bereich der Pflanzenprodukten sind - ceteris paribus - die Marktchancen für Kartoffeln, Zuckerrüben, Trauben, Gemüse und Obst kritisch. Diese Produkte werden auf unserem eigenen

Markt heute schon durch offensichtlich wettbewerbsfähigere Produkte aus der Europäischen Union verdrängt. Der Grund dafür sind nicht zuletzt wohl auch die Handelsmethoden. Es fehlt in der Slowakischen Republik ein gut organisierter Großhandel, denn während die ehemaligen sozialistischen Handelsstrukturen zerfallen sind, entstehen die neuen nur sehr, sehr langsam. Eine ähnliche Schwachstelle ist auch unser Marketing, sowohl im Inland, als auch im Ausland.

Die relativ besten Chancen haben (derzeit wenigstens) Getreide, Ölsaaten, Hülsenfrüchte, Geflügelfleisch und Eier. In den kommenden Jahren wird daher ein entscheidender Kampf um die Verbesserungen in der Rindvieh- und Schweinehaltung zu führen sein, sowohl was den Produktionsumfang und die Produktivität anbelangt, als auch bei der Steigerung der Erträge und zur Lukrierung von Gewinnen.

Gyula VARGA (Budapest)

DIE UNGARISCHE LANDWIRTSCHAFT UND IHR WEG IN DIE EUROPÄISCHE UNION

Inhalt:

1. Die Besonderheiten der Ausgangslage
2. Die Entwicklung nach der politischen Wende
3. Die Umwandlung der Landwirtschaft
4. Die wirtschaftliche Entwicklung
5. Die Europäische Union, die Assoziierung und der Agraraußenhandel
6. Ziele und Fragen der Agrarpolitik in der Vorbereitungsphase
 - 6.1 Was ist die Rolle der ungarischen Landwirtschaft jetzt und nach dem Beitritt
 - 6.2 Können und sollen wir die Gemeinsame Agrarpolitik schon jetzt übernehmen?
 - 6.3 Stehen unsere Ziele im Widerspruch zu den Extensivierungs- und Umweltschutzprogrammen der EU?
 - 6.4 Inwieweit entspricht unsere Betriebs- und Unternehmensstruktur den EU-Normen?
 - 6.5 Wo liegen die „wunden Punkte“ für unsere EU-Annäherung?
 - 6.6 Was die Ungarn nicht verstehen können
7. Schlußfolgerungen

1 Die Besonderheiten der Ausgangslage

Die ungarische Agrarwirtschaft hatte - noch viel stärker als die Gesamtwirtschaft Ungarns - eine besondere und zwar eindeutig eine vorteilhafte Ausgangslage für die Reformperiode:

- Die ungarische Landwirtschaft war schon seit längerer Zeit Vorreiter und Versuchsfeld der Wirtschaftsreformen.
- Privateigentum spielte in Ungarn immer eine wichtige Rolle, und die Eigentumsverhältnisse waren hier im allgemeinen immer sehr vielseitig. Das Staatseigentum war eigentlich gar nicht bedeutend.²
- Die Elemente der Planwirtschaft waren in der Landwirtschaft eindeutig schwach, oder besser: „weniger stark“, als in den anderen Bereichen der Wirtschaft und erst recht im Vergleich mit anderen Ländern Ost-Mitteleuropas. Der Markt spielte im Agrarbereich eine ständig wachsende Rolle und Begriffe wie Gewinn, Verlust, Bankrott, Risiko usw. waren schon lange Zeit bekannt.
- Die ungarische Agrarwirtschaft war stark exportorientiert, und zwar nicht nur nach Osten, sondern wir waren auch auf dem EG-Markt nicht weniger "zu Hause", als heute.
- Die ungarische Agrarwirtschaft war - trotz der gedrückten Weltmarktpreise - ziemlich wettbewerbsfähig; die gesamte Unterstützung lag zwischen etwa 12 und 20 % PSE.

² Das soll wohl heißen, daß die Ungarn es verstanden, aus dem politisch ja nicht abschaffbaren „Kollektiveigentum“ mehr oder weniger überall auch individuell erreichbare Gewinne zu erwirtschaften

Die von der Politik ständig eingegrenzten Reformversuche waren aber in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre immer weniger in der Lage, die wachsenden Probleme zu lösen. Die Krise der Agrarwirtschaft war für Fachleute schon ab 1987/88 leicht zu erkennen, und die Absatzmöglichkeiten wurden sowohl im Westen als auch im Osten immer begrenzter.

Für uns wurden zwei Alternativen klar erkennbar:

- Wollen wir die positiven Elemente der früheren Zeit bewahren und die von allen Fachleuten verlangten Reformen, welche seit längerer Zeit von der Politik verlangsamt und gebremst wurden, radikal weiterführen und endlich frei durchführen?
- Oder gibt es eigentlich nichts zu bewahren, lehnen wir also die gesamte Vergangenheit ab, und führen wir - wenigstens formell - anstelle von Reformen eine radikale Wende, eine Revolution herbei und mit ihr eine völlig neue Agrarpolitik ein?

2 Die Entwicklung nach der politischen Wende

Die Antwort wurde praktisch von der Parteipolitik allein gegeben, und die neuen Mächtigen haben sich für die zweite Alternative entschieden. Die ungarischen Fachleute wurden nicht gefragt und auch die zumeist sehr schlecht informierten ausländischen Berater haben nur über Privatisierung und Liberalisierung gesprochen. Unsere speziellen Gegebenheiten, die früheren Reformbewegungen und ihre mehr oder weniger positiven Folgen wurden kaum in Betracht gezogen. Das einzige Ziel war, die ungarische Landwirtschaft nach einem primitiv dargestellten, fast nur die Kleinbetriebe in den Vordergrund stellenden "westeuropäischen Leitbild" umzugestalten.

3 Die Umwandlung der Landwirtschaft

Nach zweijähriger Diskussionsphase, in welcher alle Reformbewegungen und die mit dem Eigentum zusammenhängenden unternehmerischen Entscheidungen „eingefroren“ waren, haben die neue Regierung und das Parlament zwei wichtige Gesetze für die Landwirtschaft verabschiedet:

- Das Gesetz über die Entschädigung;
- Das Gesetz über die Genossenschaften (sowie über die obligatorische Umwandlung und Eigentumsverteilung der landwirtschaftlichen Genossenschaften).

Im Hintergrund standen fast ausschließlich ideologische Überlegungen, die genauso einseitig waren, wie die seinerzeitigen - mit umgekehrten Vorzeichen - während der Zwangskollektivierung. Man glaubte, und zumindest erklärten es die führenden Parteien so, daß die neu geschaffenen Bodeneigentümer Privatbauern sein wollten, daß sie mit großem Schwung ein neues und effizienteres System von Betrieben aufbauen werden, daß sie viel billiger als die gehaßten Großbetriebe produzieren werden, daß die Leute, die in der Industrie überflüssig sind, wieder in der Landwirtschaft (!) werden arbeiten können, usw.

Diese Gedanken wurden in erster Linie wohl von der populistischen "Kleinlandwirtepartei" sehr stark betont, praktisch aber von der gesamten damaligen Koalition - abgesehen von einer unverständlich schwachen und mutlosen Kritik der Opposition - übernommen oder akzeptiert.

4 Die wirtschaftliche Entwicklung

Die Fakten zeigen aber ein völlig anderes, teilweise sogar recht trauriges Bild, als es den verkündeten Zielen der Umwandlung entsprochen hätte:

- Die Entschädigung hatte einige grundsätzliche Veränderungen beim Bodeneigentum zur Folge. Diese Veränderungen waren aber weder geplant, noch sind sie positiv zu beurteilen. Obwohl diese Vorgänge schon 1993 hätten beendet sein sollen, sind sie auch heute noch nicht abgeschlossen, und man kennt auch noch nicht alle Folgen genau. Es ist aber eindeutig klar, daß - insgesamt betrachtet - wiederum eine unerträgliche Zersplitterung des Bodeneigentums zum Vorschein kommen wird; Schätzungen zufolge dürfte der Boden bis zu 80 % nicht den in der Landwirtschaft arbeitenden Eigentümern gehören, sondern zu einem Großteil Rentnern und Stadtbewohnern, und zudem auch ziemlich vielen Spekulanten. Kurzfristig gesehen sind aber diese Folgen noch nicht das Schlimmste, sondern vielmehr die allgemeine Unsicherheit, die Tatsache, daß die neugeschaffenen Eigentümer über ihren Bodenbesitz (noch immer) nicht entscheiden können.
- Allen objektiven wirtschaftlichen Schwierigkeiten und dem gegen die Genossenschaften geführten ideologischen Kampf zum Trotz haben die meisten Kollektivbetriebe diese schwere Zeit - wenn auch mit großen Verlusten - überlebt. Wegen Bankrotts und Zahlungsunfähigkeit wurden 13 % der LPGs aufgelöst, aus freiwilligem Entschluß der Mitglieder nur 1,3 %. Die Zahl der Genossenschaften beträgt derzeit etwa 2.000 (gegenüber 1.300 vor der Reform), ihre Durchschnittsgröße ist auf etwa die Hälfte geschrumpft.
- Die Staatsgüter sind zu etwa 50 bis 60 % privatisiert. Etwa ein Viertel bleibt auch weiterhin langfristig ganz oder teilweise im Staatseigentum. Diese Großbetriebe werden auch in Zukunft eine positive Rolle spielen, besonders in der „vertikalen Integration“.
- In den meisten Zweigen der Lebensmittelindustrie hat ausländisches Kapital eine wichtige, oft auch bestimmende, wenn nicht gar die alleinige Rolle erlangt. Die Privatisierung war in diesem Bereich viel erfolgreicher, als in der Landwirtschaft.
- Der Produktionsanteil der privatbäuerlichen Betriebe betrug im Jahr 1989 gegen 38 %; er stieg bis 1994 auf etwa 50 %, der Zuwachs ist also relativ bescheiden. Die Lage für die neuen Unternehmen war und ist ganz einfach ungünstig und sie sind schlecht vorbereitet. Von den Bauern haben nur wenige (etwa 5 bis 6 %) die Kollektivbetriebe freiwillig verlassen. Die Zahl der hauptberuflichen landwirtschaftlichen Familien betrug Ende 1994 etwa 51.000, mit rund 25 % aller Vollbeschäftigten in der Landwirtschaft. Bestimmendes Element sind jetzt im Privatsektor wiederum die Nebenerwerbsbetriebe, genauso wie sie es früher waren.
- Die Zahl der agrarischen Privatbetriebe erreichte im Jahr 1994 über 1,2 Millionen, das waren immerhin etwa 16 % weniger (!) als noch drei Jahre vorher. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche dieser Besitzkategorie betrug nicht ganz 1,2 ha pro Betrieb.
- Die Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft erreichte im Jahr 1993 nicht einmal ein Drittel der Zahl von 1989. Die meisten Arbeitslosen Ungarns leben in den Dörfern.
- Der Produktionsumfang der Landwirtschaft sank von einem „Index 100“ (1989) auf 95 (1990), 89 (1991) und 71 (1992). Nach einem Tiefststand von 66 (1993) gelang bisher noch in keinem der agrarischen Hauptsektoren ein Anstieg über 68 oder 70 Indexprozent (1994 und 1995).

Im Hintergrund dieser Entwicklung stehen mehrere wichtige Sachverhalte:

- Einmal ein enormer Rückgang der Aufwendungen; gegenüber 1989 wurden z.B. im Jahr 1993 eingesetzt: 79 % weniger Düngemittel, 39 % weniger Pflanzenschutzmittel, und es wurden 67 % weniger Investitionen getätigt.
- Dann der Rückgang der Tierbestände um 37 bis 41 % (je nach Tierart), die niedrigeren Erträge (die mit der „historischen“ Ertragslage vor 20 bis 25 Jahren vergleichbar waren) und eine allgemeine Verschlechterung der Arbeitsmoral und der persönlichen Leistungsbereitschaft, was letztendlich auch die Sinnhaftigkeit der dringend erwünschten Eigentumsreformen sehr in Frage stellt. Ungenutzte Kapazitäten und eine sinkende Produktivität machen die Produktion teurer, und sie können früher oder später zu (relativem) Warenmangel und sinkender Wettbewerbsfähigkeit führen - und das alles gegen einen zunehmend kräftiger werdenden Importdruck.

Bei dem Abbau der Produktion darf man aber auch die äußeren Bedingungen nicht vergessen. Ungarn hat die sehr wichtigen östlichen Absatzmärkte teilweise aufgegeben bzw. verloren, doch unser zusammenschrumpfender eigener ungarischer Binnenmarkt hat wohl die weitaus größten Folgewirkungen verursacht. Wir haben aber leider kaum etwas unternommen, um diese ungünstigen Entwicklungen zu bremsen, und wir haben auch nicht viel unternehmen können. Die Agrarschere hat sich zwischen 1989 und 1993 um rund die Hälfte weiter geöffnet und unsere Produzenten haben eine außerordentliche Liquiditätskrise erlebt. Erst ab 1995 hat sich die Lage einigermaßen verbessert.

Der radikale Abbau der Agrarunterstützungen war besonders schädlich und einer der entscheidenden Faktoren der ganzen Entwicklung. Neben den leeren Staatskassen spielte bei dieser Entscheidung wohl auch die naive (oder bequeme) Auffassung eine Rolle, daß alle Probleme vom freien Markt schnell gelöst werden würden und daß staatliche Regelungen mit der Marktwirtschaft nicht in Einklang gebracht werden könnten. Auch die westlichen Berater haben uns diese "Heilmittel" stark empfohlen.

Positiv hat sich ausgewirkt, daß teilweise schon vor längerer Zeit marktwirtschaftliche Institutionen eingerichtet worden waren, wie z.B. die Gesetze über Joint Ventures (1972), die Regelung von Bankrotverfahren, die Gründung der Kapitalgesellschaften (1987 bis 1989), und daß auch die Warenbörse funktionierte.

Zusammenfassend können wir sagen, daß die ungarische Landwirtschaft heute unter härteren Bedingungen - sozusagen „mit gemischten Voraussetzungen“, die leider oft schlechter sind, als vorher - um ihre Erneuerung kämpft. Die gute Startlage blieb zum Teil unausgenutzt, und auch die großen Hoffnungen sind verfliegen. Wir wollen aber unsere günstigen natürlichen und betrieblichen Bedingungen auch in der Zukunft entsprechend nutzen und mit einer modernen Landwirtschaft die Mitgliedschaft in der Europäischen Union (EU) anstreben. Was wir mit der Assoziierung in den letzten Jahren erreicht haben, wird im folgenden zur Sprache kommen.

5 Die Europäische Union, die Assoziierung und der Agraraußenhandel

Zur Zeit der politischen Wende herrschte in Ungarn eine große, aber kaum rational begründbare Hoffnung, daß wir schnell in die Europäische Gemeinschaft kommen könnten. Nach der ersten Euphorie kam aber schnell die Ernüchterung, die besonders durch die schwierigen Assoziierungsverhandlungen und die im Grunde eigentlich sehr bescheidenen Ergebnisse, die daraus folgten, unterstrichen wurde. Wir haben uns besonders für die Landwirtschaft mehr erwartet. Jetzt sind wir aber in der dritten Phase, wo wir die früher negierten Folgen anerkennen müssen. Denn anstatt unseren Marktanteil bei Ausfuhren in die EU zu erhöhen, haben wir uns einen starken Importdruck eingehandelt.

Der Protektionismus der EU und die oft gar nicht korrekten Einfuhrbeschränkungen machen uns das Leben schwer. Der einst so bedeutende ungarische Exportüberschuß ist nicht allein als Folge der verringerten Produktion, sondern auch angesichts der aggressiv unterstützten Warenströme aus den EU-Ländern zusammengeschmolzen. Mit den derzeitigen EU-Subventionen können wir nicht konkurrieren. Diese Feststellung trifft nicht nur auf den gemeinsamen europäischen Markt zu, sondern immer mehr auch auf unsere ehemaligen Ostmärkte Rußland, die Ukraine und auf die CEFTA-Länder³.

6 Ziele und Fragen der Agrarpolitik in der Vorbereitungsphase

Über die Beitrittsfragen sind auch bei uns lebhafte Diskussionen in Gang gekommen. Die allgemeine Auffassung ist dabei aber nunmehr völlig realistisch: Die EU ist weder der Himmel, noch die Hölle für die ungarische Agrarwirtschaft! Allerdings gibt es sehr viele offene und noch ungeklärte Fragen, mit denen wir uns beschäftigen müssen. Und wir müssen eine möglichst klare Vorbereitungsstrategie haben. Im folgenden möchte ich einen kurzen Überblick über die wichtigeren der noch zu entscheidenden Fragen geben.

6.1 Was ist die Rolle der ungarischen Agrarwirtschaft jetzt und nach dem Beitritt?

Die Daten zeigen folgendes:

Der Beschäftigtenanteil der Landwirtschaft liegt in Ungarn bei etwa 9 %, der Anteil am GDP⁴ bei etwa 6 bis 7 %. Auf eine vollbeschäftigte Arbeitskraft entfallen etwa 22 ha an landwirtschaftlich genutzter Fläche (bzw. 13 ha, wenn man alle Arbeitskräfte als Relation heranzieht). Die korrespondierenden Werte für die Bundesrepublik Deutschland betragen etwa 4 % bzw. 2 % und etwa 28 ha bzw. 9 ha.

So gibt es also beim Arbeitskräftebesatz auf der Fläche kaum größere Unterschiede, aber die sozialökonomischen Kennziffern erreichen in Deutschland nur etwa die Hälfte unserer Werte - und das mit einem gewichtigen Unterschied: Bei uns stellt eine Arbeitskrafteinheit einen größeren Anteil am Bruttoinlandsprodukt her, als in der Bundesrepublik. Allein dieser Unterschied zeigt, daß die Landwirtschaft in Ungarn eine relativ wichtigere Rolle in der Ge-

³ Abkürzung für „Central European Free Trade Association“. Die Veränderungen des Agraraußenhandels zeigen die Zahlen der Tabelle im Anhang zu diesem Beitrag (S. 35)

⁴ Gross Domestic Product

samtwirtschaft spielt und dabei beweisbare komparative Vorteile hat. Wenn wir diese Vorteile nicht ausnützen können, dann verzichten wir auf einen überdurchschnittlich leistungsfähigen Wirtschaftsbereich, und die guten agrarischen Böden sind ja in Wahrheit unsere allergrößten Naturschätze.

Wichtig ist auch, daß der Agrarsektor im Außenhandel eine bestimmende Rolle spielt. Sein Anteil an den ungarischen Exporten beträgt zwischen 20 und 22 %, an den Importen etwa 6 bis 7 %; unser Nettoexportüberschuß erreicht rund 2 Milliarden US-Dollar. Ohne diese Summe wäre das ungarische Außenhandelsdefizit doppelt so hoch wie jetzt, und wir würden unsere Zahlungsfähigkeit sofort verlieren.

In der Beschäftigung hat die Landwirtschaft ihre früher so wichtige Rolle freilich längst verloren, doch die Nebenerwerbsmöglichkeiten mit ihren ergänzenden Einkommen sind für die ländliche Bevölkerung auch weiterhin von großer Wichtigkeit.

6.2 Können und sollen wir die Gemeinsame Agrarpolitik schon jetzt übernehmen?

Die Antwort auf diese Frage ist ein klares Nein! Wir haben kein Geld für die dabei vorgesehenen Unterstützungen, und wir dürften uns in diesem Fall auch keine Produktionsausweitung erlauben. Und wenn die Frage gestellt wird, warum wir eigentlich ein Wachstum unserer landwirtschaftlichen Erzeugung für so wichtig halten, dann lautet die Antwort folgendermaßen:

- Nach dem Rückgang der Agrarproduktion um 40 Prozent sind die Kapazitäten, besonders die Produktivität der Böden, sehr schlecht ausgenutzt, weshalb Rentabilität und Wettbewerbsfähigkeit wesentlich schlechter sind, als früher. Die Erträge sind um 10 bis 20 Jahre zurückgefallen, eine Qualitätsverbesserung hat es nicht gegeben.
- Seit sechs bis acht Jahren gibt es kaum mehr nennenswerte Investition im Landwirtschaftssektor, und wir müssen gerade jetzt und besonders rasch die Maschinenbestände auswechseln und eine umfassende Modernisierung durchführen. Mit stagnierender Produktion ist diese Aufgabe ganz einfach nicht finanzierbar.
- Ohne ein landwirtschaftliches Wirtschaftswachstum können wir auch keine der nötigen strukturellen Verbesserungen bei den Betriebsstätten oder den Produktionsbedingungen erreichen. Aber es ist auf diesem Gebiet auch eine entscheidende Auffassungsänderung zu beobachten. Wir wollen nämlich mit dem Wachstum in erster Linie komplementäre und nicht so sehr konkurrierende Produktionsbereiche entwickeln. Auch rechnen wir mit einer umfangreichen Aufforstungstätigkeit und mit einer zunehmend umweltschonender werdenden Bodennutzung.
- Und schließlich: Wir können im ländlichen Raum ohne der Erweiterung der Agrarwirtschaft ganz einfach keine neuen Arbeitsplätze schaffen.

Um auf die oben gestellte Frage besser antworten zu können, müssen wir aber auch von uns aus die EU-Agrarpolitik untersuchen und bewerten. Meiner Meinung nach dient diese Agrarpolitik nicht wirklich den Interessen einer freien Marktwirtschaft, sondern sie hat doch viele Ähnlichkeiten mit einer starren Planwirtschaft, von der wir (zum Teil wenigstens) schon vor Jahrzehnten Abschied genommen haben. Auch die Unsicherheit der EU-Agrarpolitik ist ein Problem, denn wir können die zukünftigen Bedingungen, an die wir uns letztendlich anpassen werden müssen, nicht so einfach ausrechnen.

6.3 Stehen unsere Ziele im Widerspruch zu den Extensivierungs- und Umweltschutzprogrammen der EU?

Auch diese Frage möchte ich mit "Nein" beantworten. Die Intensität der Bodenproduktion ist in Ungarn sehr stark zurückgegangen, obwohl auch früher schon die Gesamtmenge der Stall- und Mineraldüngung weit hinter dem westeuropäischen Niveau lag. Unser jetziges Problem ist eigentlich die Bodenausbeutung, und zwar als Begleiterscheinung der ungenügenden Düngung. Auch wenn wir den Düngereinsatz je Fläche verdoppeln oder verdreifachen könnten, würden wir nur etwa die Hälfte des westeuropäischen Niveaus erreichen. Es ist für uns also ein Vorteil - und darüber müßten wir eigentlich auch hier viel mehr sprechen - daß die Umweltbelastung durch intensive Landwirtschaft bei uns (wenigstens derzeit) viel kleiner ist als international üblich, und auch darüber, daß unsere Chancen, gesündere Lebensmittel herzustellen, langfristig sehr gut sind.

Andere wichtige Themen bilden die Erosionsprobleme, die nicht ausreichende Kalkdüngung sowie die ebenfalls noch nicht gelösten Güllewirtschaftsfragen. Diese meist wohl eher lokalen Probleme brauchen nicht nur Geld, um sie lösen zu können, sondern sie verlangen von uns auch eine andere Denkweise. Die Regierung versucht, den Produzenten einen Anreiz in diese Richtung zu geben, bis jetzt allerdings mit sehr mäßigen Erfolgen. Bei der Umweltverschmutzung bedeutet bei uns die kommunale Entsorgung (Abfall, Abwasser) besonders wegen der weithin fehlenden Kanalisation eine große Gefahr. Man muß hier auch darauf hinweisen, daß großbetriebliche Tierhaltung generell in einer besseren Lage ist, als Kleinbetriebe, denn dieses Problem ist dort entweder schon gelöst, oder es kann doch leichter gelöst werden.

6.4 Inwieweit entspricht unsere Betriebs- und Unternehmensstruktur den EU-Normen?

Diese Frage stand vor drei oder vier Jahren noch an der Spitze der Diskussionen. Die früheren Agrarverantwortlichen haben sehr gerne damit argumentiert, daß die Großbetriebe nicht genügend effizient und „sowieso EU-fremde“ Erscheinungen seien. Dann aber haben die strukturelle Entwicklung in Ostdeutschland, die Meinungsbildung aufgrund von Darlegungen international anerkannter Fachleute und auch die Stellungnahmen innerhalb von Gremien der EU selbst (z.B. in Madrid über die Notwendigkeit der neutralen Behandlung der verschiedenen Betriebsformen und Betriebsgrößen) eine relative Beruhigung gebracht. Der Boden ist in der Landwirtschaft heute zu rund 90 % Privateigentum, bei den Wäldern liegt dieser Anteil bei etwa 50 %. Die Verarbeitungsindustrie wurde so weit privatisiert, daß der Anteil des Staatseigentums im Jahr 1995 bereits unter 18 % lag, und voraussichtlich noch 1996 werden wir die Privatisierung praktisch beenden. Die ausländische Beteiligung erreicht in der gesamten Verarbeitungsindustrie fast 50 %, in der Pflanzenöl- und Brauereiindustrie etwa 70 %, bei Süßwaren, alkoholfreien Getränken und Tabak sogar mehr als 95 %. Und weil die meisten der beteiligten Firmen in der EU zu Hause sind, könnte man sagen, daß auch wir teilweise schon als Mitglied der Union gelten können. Wir rechnen zumindest damit, daß unsere multinationalen Firmen bei den Beitrittsverhandlungen doch einen Vorteil für Ungarn bedeuten werden.

6.5 Wo liegen die „wunden Punkte“ für unsere EU-Annäherung?

Freilich kennt das sozialwirtschaftliche System Ungarns einige sehr empfindliche Bereiche, die einer Erfüllung von EU-Normen massiv hinderlich sein können. Wir haben ein ziemlich

mangelndes Informationssystem, weil sich die früheren organisatorischen und wirtschaftlichen Bedingungen der Datenerfassung und -verarbeitung verschlechtert statt verbessert haben. Die Aufgabe ist klar, und wir werden mit einer angemessenen PHARE-Hilfe (die wir wohl auch nicht überschätzen dürfen) und mit entsprechenden eigenen Anstrengungen dieses Problem hoffentlich lösen. Aber die Zeit ist schon sehr knapp!

Ein paar hochempfindliche Punkte - für die eine Lösung einstweilen noch nicht gefunden wurde - bilden die Schattenwirtschaft und die Schwarzarbeit. Nach der politischen Wende hat sich leider die Auffassung verbreitet, daß Freiheit angeblich mit unregulierten Markt- und Lebensverhältnissen identisch sei. Und die jetzigen Probleme sind freilich sehr bunt und weitreichend. So wollen z.B. die neuen Privatbetriebe keine Steuern zahlen und auch keine betrieblichen Informationen liefern, obwohl gerade sie besonders leidenschaftlich nach einer wirksameren Marktregulierung und Marktintervention verlangen. Sie schließen keine privaten oder betrieblichen Versicherungen ab, gehen keine Warenlieferkontrakte ein, sie zahlen kein Geld in einen Rentenfonds und so weiter. Wenn sie aber keine Steuerzahler sind, dann ist es auch unmöglich, daß ihnen im Rahmen des Finanzverwaltungssystems Steuerbegünstigungen zugute kommen, weil sie in diesem Fall für ein solches Lenkungselement nicht erreichbar sind.

Auf der anderen Seite müssen die juristischen Personen unter den Unternehmen eine regelmäßige und überprüfbare Buchhaltung führen, regelmäßig ihre Steuern zahlen, und sie können auch Grund und Boden nur mit einem registrierten Kontrakt pachten und nicht "direkt aus der Tasche zahlen". Und weil auch die Bodeneigentümer keine Steuern zahlen wollen, ist für die Unternehmen der offizielle Pachtzins fast doppelt so hoch, wie für Private.

Was ziehen wir daraus als Fazit? Alle diese Probleme zu lösen wird sich ohne Zweifel noch als politisch-ideologische Schwerarbeit herausstellen.

6.6 Was die Ungarn nicht verstehen können

- Die Ungarn verstehen nicht, warum man im Zusammenhang mit einem zukünftigen Beitritt mittel- und osteuropäischer Reformstaaten zur Europäischen Union so oft von der „Angst der EU-Bauern“ hört!?
- Die Ungarn verstehen nicht, warum gerade die Landwirtschaftssektoren der doch um ein Vielfaches reicheren und fortgeschrittenen Länder einen Schutz vor uns brauchen!?
- Die Ungarn verstehen nicht, warum nach den EU-Vorschlägen nur die jetzigen Mitgliedsländer der Union eine Kompensation bekommen würden!?
- Und wir Ungarn verstehen nicht, wie wir bis zu einem eventuellen Beitritt unsere Landwirtschaft „auf das EU-Niveau“ bringen können oder sollen - wie es ja als Voraussetzung formuliert wurde - wenn nicht nur der EU-Binnenmarktschutz unverletzbar ist, sondern wenn wir auch auf den Ostmärkten mit den stark unterstützten EU-Exporten konkurrieren müssen, und wenn obendrein noch auf unseren eigenen Märkten die sagenhaft verbilligten Waren aus der Gemeinschaft die heimischen Produkte verdrängen!?

7 Schlußfolgerungen

Die Entwicklungen der letzten Jahren haben gewisse Fortschritte gebracht, aber dazu noch mehr ungelöste Probleme.

Was können und sollen wir in den nächsten Jahren am besten machen? Es gibt keinen Zweifel darüber, daß die negativen Tendenzen, wie sie jetzt vorherrschen, nicht nur für die ungarische Landwirtschaft, sondern auch für die Gesamtwirtschaft unseres Staates unerträglich geworden sind. Wenn unsere Agrarwirtschaft nicht wesentlich mehr produziert, als gerade zur Befriedigung der inneren Nachfrage, dann wird der Außenhandel und mit ihm das finanzielle Gleichgewicht zusammenbrechen und wir können auch unsere brennende Beschäftigungsfrage nicht lösen. Ohne eine - teilweise sicherlich radikal umzustrukturierende - Exportorientierung würden wir gerade den relativ guten und wettbewerbsfähigen Teil unserer Nationalwirtschaft verlieren, bzw. auf unsere wichtigsten komparativen Vorteile verzichten.

Wir müssen also unsere „reformierte“ Produktion wieder aufwärts entwickeln und auch unseren Binnenmarkt stärker schützen, als es heute der Fall ist. Die große Frage ist, ob wir für den Wiederaufbau der zerstörten Agrarwirtschaft das nötige Kapital herbeischaffen können, und ob wir mit den wachsenden EU-Unterstützungen werden Schritt halten können. Ich bin der Meinung, daß wir diese Aufgaben ohne konkrete Investitionshilfen und ohne eine klare Selbstbeschränkung der EU-Mitgliedsländer bei deren Außenhandelsgewohnheiten und bei der Exportsubventionierung nicht werden lösen können.

Wir sind auch der Meinung, daß die Visegrad-Länder (oder die CEFTA-Länder) viel stärker als bisher zusammenarbeiten müssen. Wir haben noch große Reserven in der Arbeitsteilung und in der gemeinsamen Entwicklung unseres Außenhandels. Dies gilt auch für die Zusammenarbeit mit Rumänien und Bulgarien, dann aber auch mit Kroatien, Serbien, der Ukraine und noch weiteren Ländern. Die wachsende Zusammenarbeit mit den erwähnten Ländern ist jedenfalls eine sehr positive Erscheinung.

Wir stehen jetzt schon mitten in den ersten konkreten Aufgaben zur Vorbereitung des EU-Beitritts. Die Fragebogen, die wir von der Europäischen Kommission bekommen haben, verlangten von uns eine objektive Untersuchung unserer eigenen Möglichkeiten und Aufgaben. Wir rechnen mit sehr schweren aber korrekten Beitrittsverhandlungen, zugleich aber auch mit zweckdienlicher fachlicher Unterstützung seitens der österreichischen und deutschen Kollegen.

TABELLEN UND GRAPHIKEN zum Beitrag G. Varga

Tabelle 1

Bodenverteilung im Rahmen der "Entschädigung" ab 1991				
	Zahl der betroffenen Personen	Zahl der Versteigerungen	Zahl der Bodenstücke	Durchschnittsgröße, ha
Eigentumsübertragung an ehemalige Grundbesitzer	1,040.000	25.000	592.000	1,8
Eigentumsübertragung an Landlose	1,600.000	1.300	3,000.000	1,7
Insgesamt	2,640.000	26.300	3,592.000	1,8

Tabelle 2

Unternehmen juristischer Personen in der Landwirtschaft 1991 bis 1994				
	1991	1992	1993	1994
Staatsbetriebe	200	154	91	36
GmbHs	1.383	1.628	2.434	3.140
AGs	44	45	109	171
Genossenschaften	1.501	1.630	1.971	2.048
Sonstige	66	36	34	152
Zusammen	3.194	3.493	4.639	5.547

Tabelle 3

Privatbetriebe nach der Betriebsfläche 1994				
Betriebsgröße in ha	Betriebe		Bodenfläche*)	
	Anzahl	v. H	Hektar	v. H.
unter 2,5	1,099.683	91,5	427.375	30,9
2,5 bis 10	80.323	6,7	381.505	27,6
10 bis 30	16.336	1,4	261.929	18,9
30 bis 100	4.086	0,3	198.860	14,4
über 100	587	0,1	113.536	8,2
Zusammen	1,201.015	100,0	1,383.205	100,0

*) Die gesamte landwirtschaftliche Nutzfläche Ungarns beträgt 6,122.000 ha. Der Anteil der Privatbetriebe ist nach diesen Angaben etwa 22,6 %. Quelle: T. Dögei Imre: Föld-informacio. Figyelő 4/1995. Az élelmiszergazdaság 1994. Evi fejlődése. KSH, Budapest 1995.

Tabelle 4

Die Entwicklung der Agrarproduktion 1980 bis 1994 (in kg pro Kopf)				
	1980	1990	1993	1994
Getreide	1.308	1.212	828	1.141
- davon Weizen	568	598	293	475
- davon Mais	623	434	393	464
Kartoffel	130	118	103	92
Gemüse	184	196	130	138
Obst	154	139	123	102
Wein	53	53	35	36
Schachttiere*)	192	213	142	137
- davon Rinder	31	24	19	14
- davon Schweine	110	124	81	73
- davon Schafe	4	3	3	2
- davon Geflügel	43	57	43	44
Milch (Liter)	231	267	196	183
Eier (Stück)	409	451	409	378

*) Ausgedrückt in Lebendgewicht

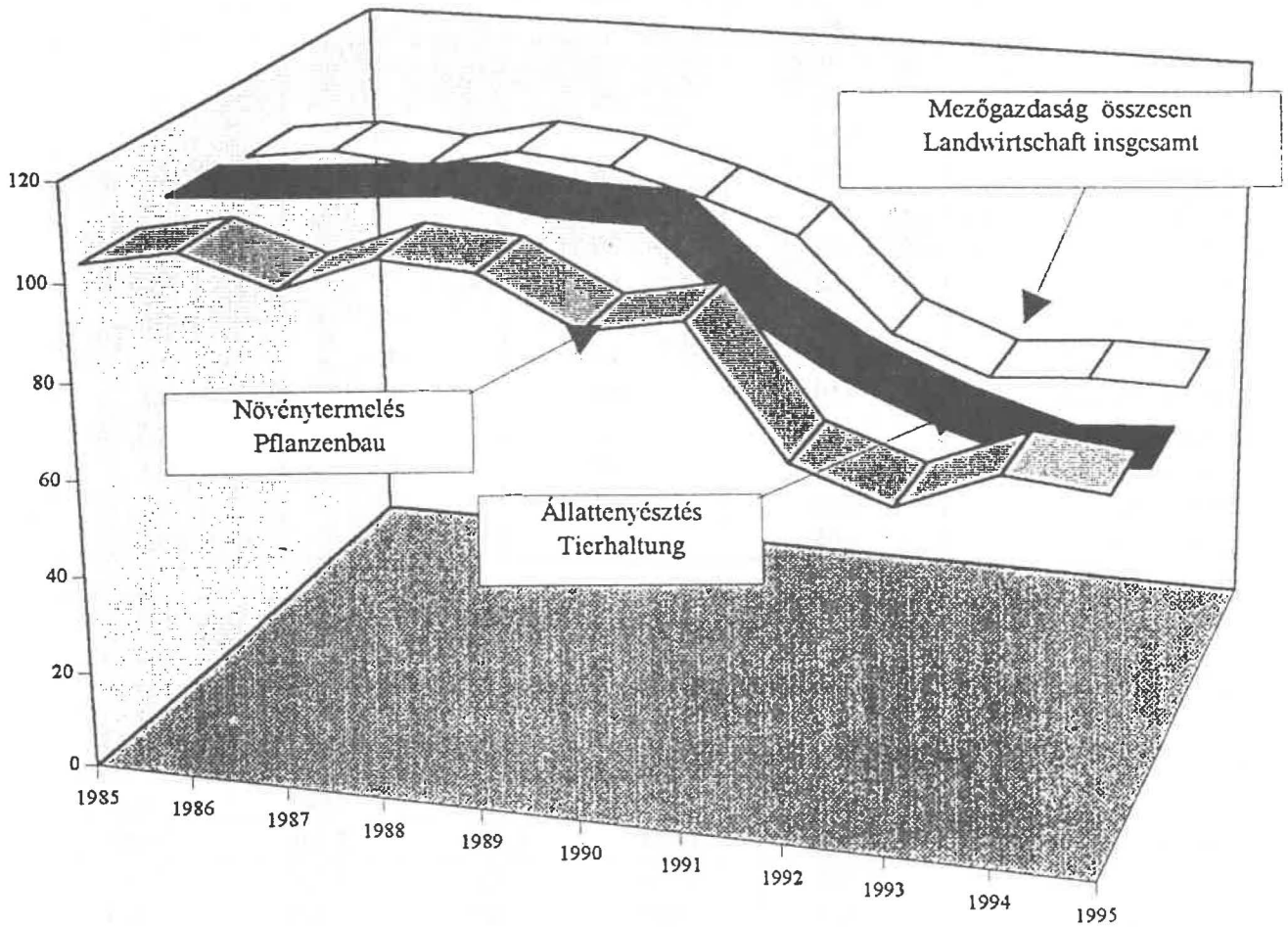
Tabelle 5

Der Agraraußenhandel Ungarns 1991 bis 1995 (in Millionen US-Dollar)*					
	1991	1992	1993	1994	1995
Exporte insgesamt	2.654	2.677	1.990	2.338	2.923
- davon in die EU	1.178	1.123	891	1.023	1.092
- nach Deutschland	560	537	446	526	549
- nach Osteuropa	689	954	646	791	1.156
- in die CEFTA	133	195	171	222	313
Importe insgesamt	666	702	808	1.078	1.001
- davon aus der EU	189	244	340	464	382
- aus Deutschland	59	91	122	157	102
- aus Osteuropa	71	84	81	128	98
- aus der CEFTA	36	32	43	50	41
Außenhandelssaldo	1.988	1.975	1.182	1.260	1.912
- davon mit der EU	989	879	551	559	710
- mit Deutschland	501	446	324	369	447
- mit Osteuropa	618	870	565	663	1.058
- mit der CEFTA	97	163	128	172	272

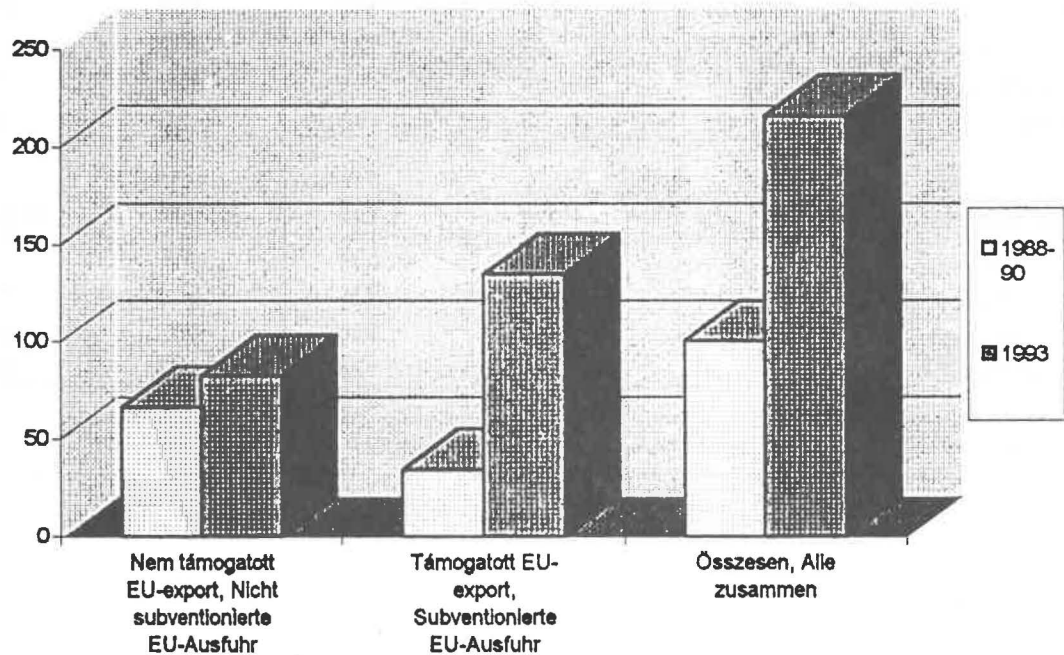
*) Die den hier dargestellten Auswahlregionen des ungarischen Außenhandels ergeben nicht die wiedergegebenen Summen, da sie in den ausgewählten Dimensionen mehrfach enthalten sind.

Agrarentwicklung Ungarns 1980 bis 1995

Index der Bruttoproduktionswerte, 1980 = 100

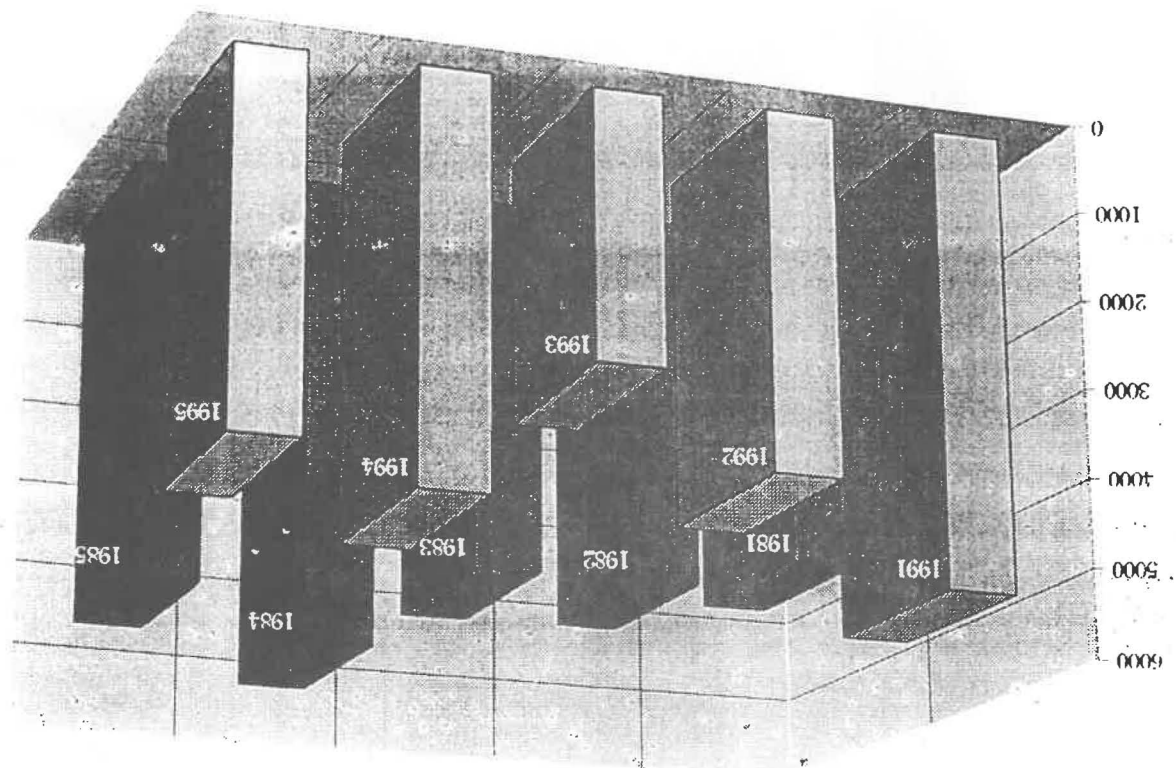


Entwicklung der ungarischen Agrarexporte in die EU - 1988/90 und 1993

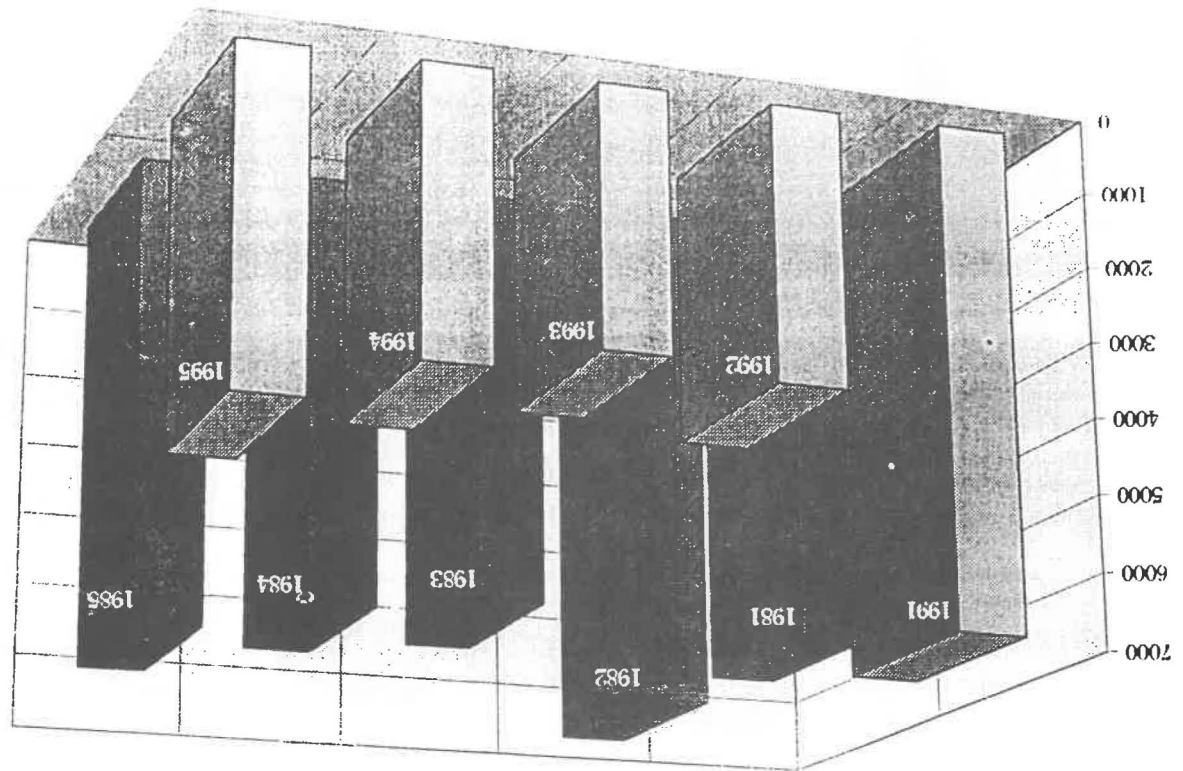


Hektarerträge vor und nach der „Wende“

Weizen, in Kilogramm je ha

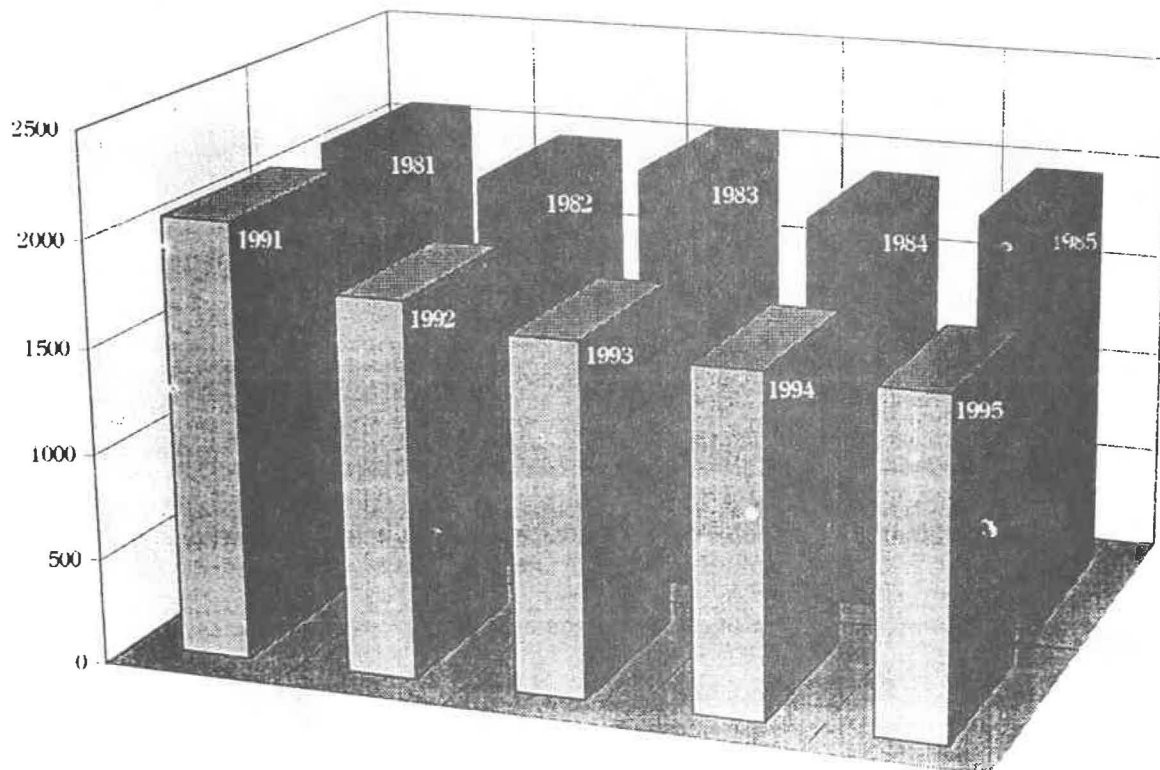


Mais, in Kilogramm je ha



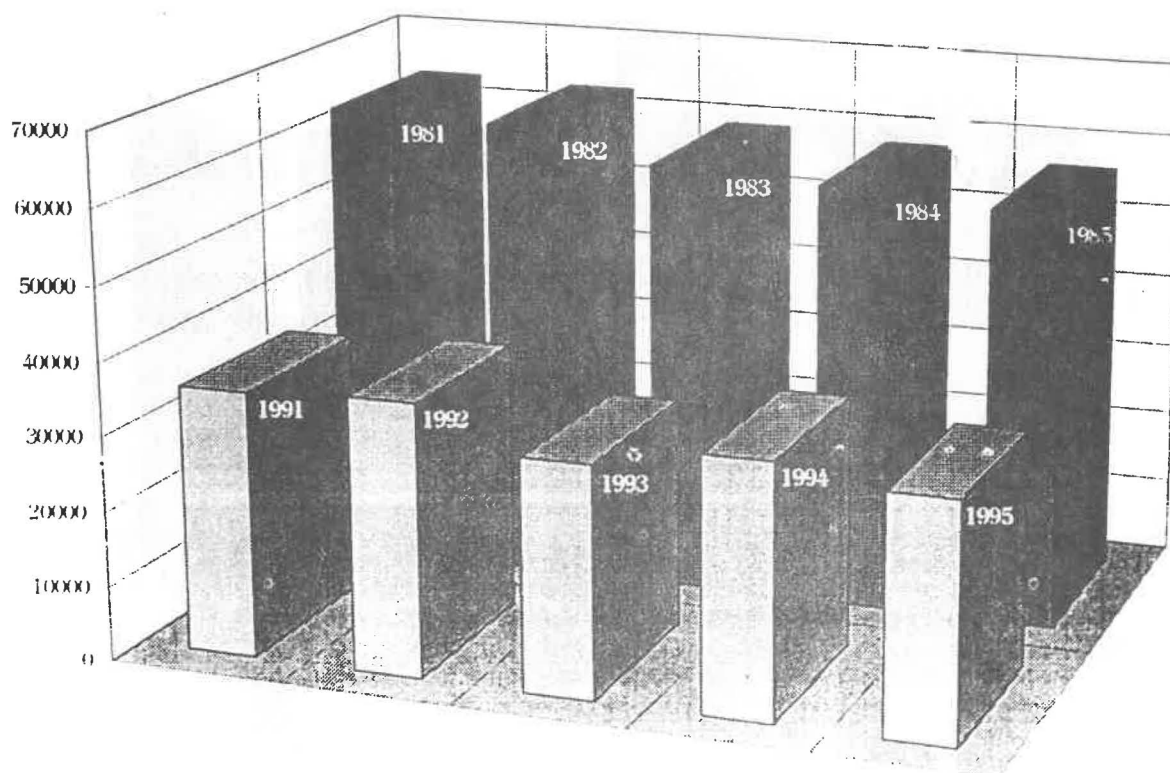
Hektarerträge vor und nach der „Wende“

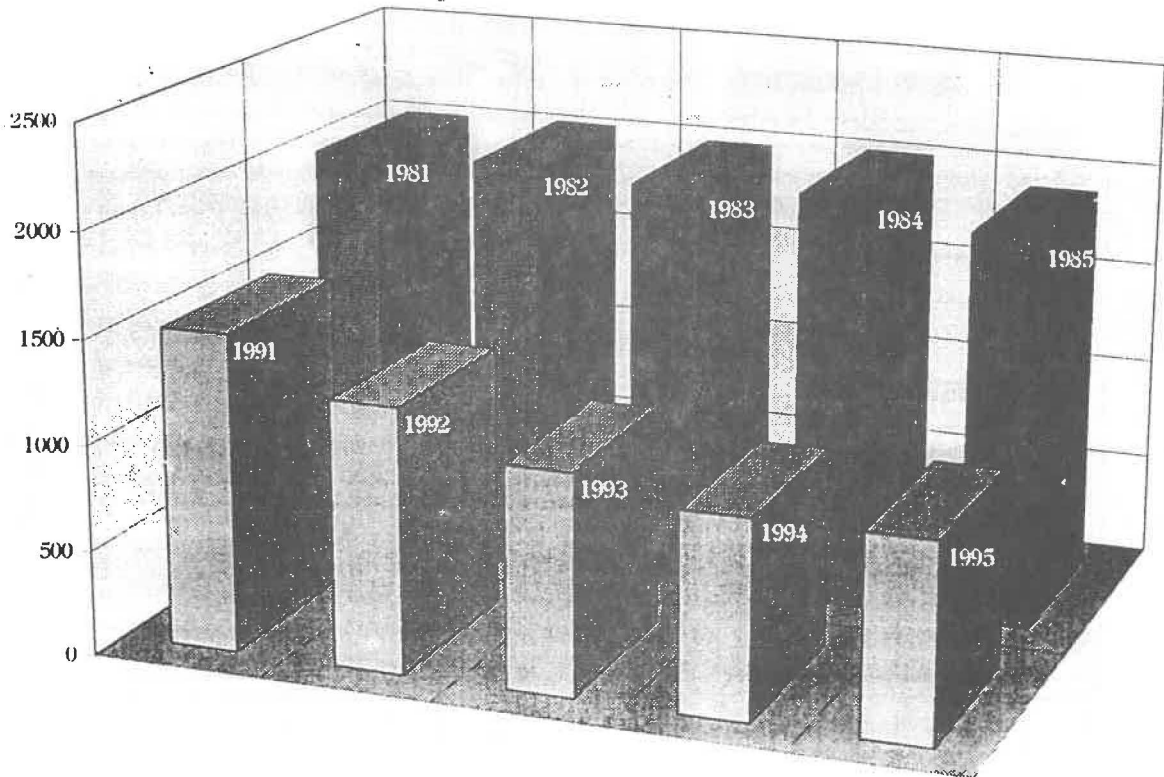
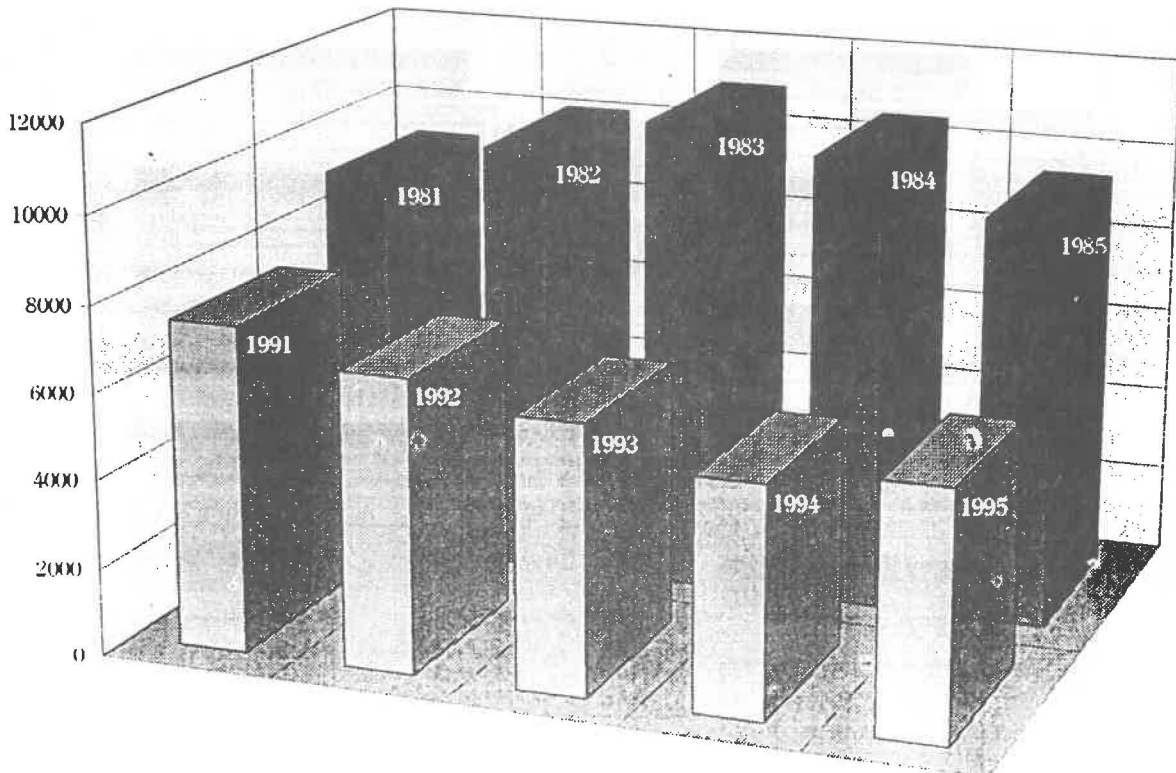
Sonnenblume, in Kilogramm je ha



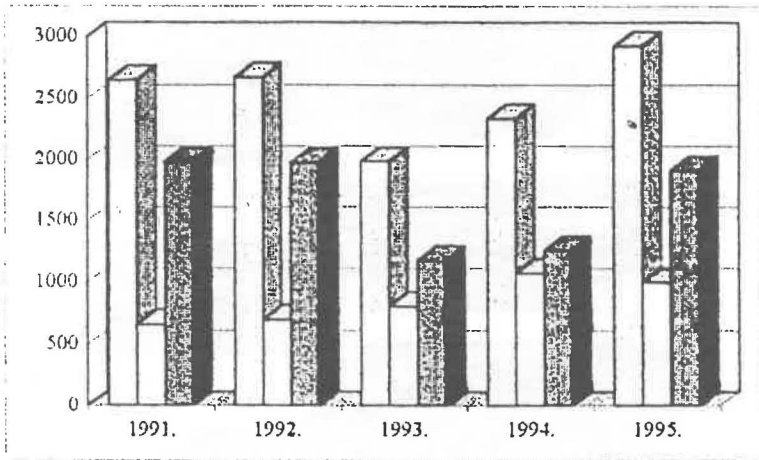
Viehbestände vor und nach der „Wende“

Hühner insgesamt, in 1000 Stück (jeweils am 30. Dezember)

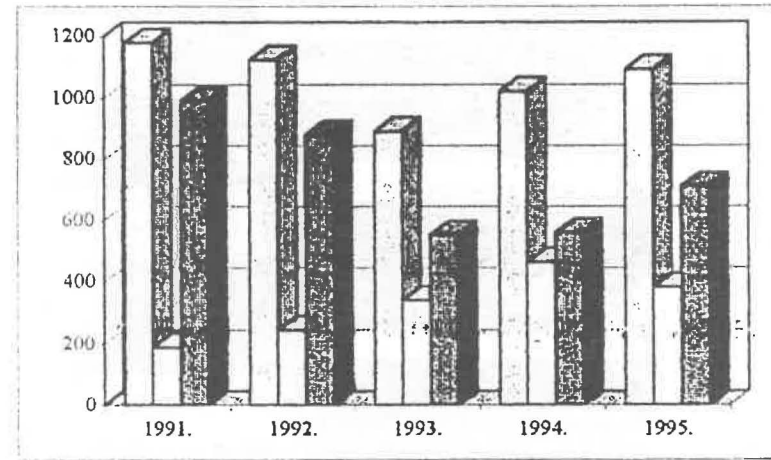


Viehbestände vor und nach der „Wende“**Rinder, in 1000 Stück (jeweils am 30. September)****Schweine, in 1000 Stück (jeweils am 30. September)**

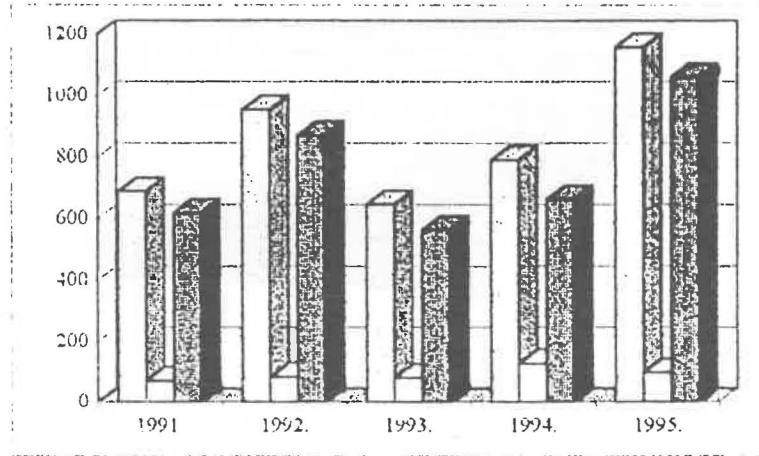
Az agrártermékek külkereskedelme Magyarországon
(Aussenhandelsentwicklung der Agrarprodukten Ungarns)
1991-1995



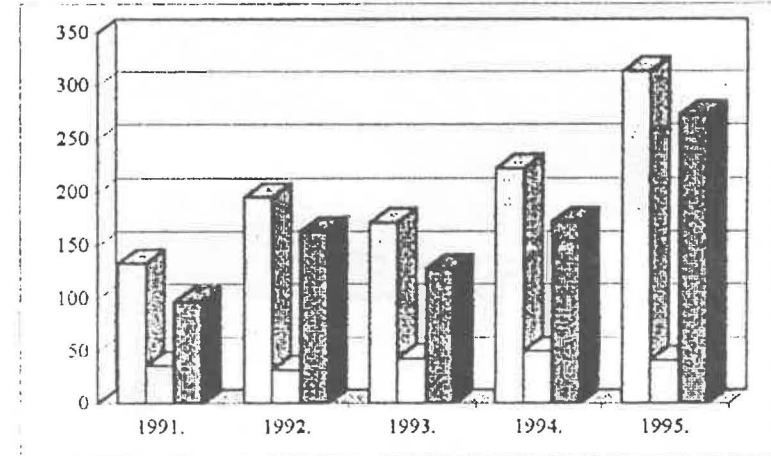
Az agrártermékek EU-val folytatott külkereskedelme
(Agraraussenhandel Ungarns mit EU)
1991-1995



Az agrártermékek külkereskedelme Kelet-Európával
(Agraraussenhandel Ungarns mit Ost-Europa)
1991-1995



Az agrártermékek külkereskedelme a CEFTA-országokkal
(Agraraussenhandel Ungarns mit den CEFTA-Laendern)
1991-1995



Export

Import

Saldo

AGRARWIRTSCHAFT UND AGRARPOLITIK IN SLOWENIEN HEUTE

Inhalt:

1. Die gegenwärtige Situation der slowenischen Agrarpolitik
2. Allgemeine Wirtschafts- und Naturverhältnisse
3. Die sozioökonomische Betriebsstruktur
4. Umfang der Produktion und Selbstversorgungsgrad
5. Die Marktpreis- und Interventionspolitik
6. Schlußfolgerungen

1 Die gegenwärtige Situation der slowenischen Agrarpolitik

Im Kreis der mittel- und osteuropäischen Staaten in der Übergangsphase kann Slowenien als ein Staat mit relativ entwickelter Wirtschaft beschrieben werden; der Wert unseres Brutto-Inlandsprodukts pro Kopf der Bevölkerung hat im Jahr 1995 immerhin die Summe von 9000 US-Dollar übertroffen. Tatsache ist aber auch, daß dieser Verhältniswert eine immer größer werdende Variationsbreite nicht exakt wiedergeben kann, aus der sich dieser Durchschnitt regional, sektoral oder in Krisenperioden zusammensetzt. Vor allem die Schwierigkeiten der großen Firmen, die früher 5.000 oder 10.000 und noch mehr Angestellte beschäftigten, sind enorm und ihr Schicksal ist für manche von ihnen bis jetzt unklar. Es steht aber gleichzeitig auch fest, daß Slowenien für seine Bevölkerung ein Staat mit relativ guter Kaufkraft geblieben ist. Insgesamt kann festgestellt werden, daß Slowenien eine beachtliche Wirtschaftskraft entfaltet hat: Das Bruttoinlandsprodukt gleicht in etwa jenem des viel größeren Staates Bulgarien (siehe Tabelle 1).

Slowenien verfolgte, verglichen mit den übrigen Republiken im ehemaligen Jugoslawien, schon vor dem Jahr 1991 eine spezifische Agrarpolitik, die sich durch ein intensiveres Genossenschaftswesen, einen hochentwickelten Beratungsdienst und durch eine abgeschwächte Dogmatik gegenüber dem die ganze Zeit vorherrschenden landwirtschaftlichen Privatsektor auszeichnete.

Mit der Erlangung der Unabhängigkeit und mit der neuen Verfassung wurden die Begrenzungen beim Grundeigentum (Abschaffung des „Agrarmaximums“) aufgehoben. Im Jahr 1992 wurde sodann eine Strategie der landwirtschaftlichen Entwicklung erarbeitet, die auch vom Parlament angenommen wurde. Dieses Konzept der landwirtschaftlichen Entwicklung, das von definierten Zielen ausgeht, bedeutet eine Kombination aus einem ökosozialen und einem marktwirtschaftlichen Konzept. Sein Hauptcharakteristikum besteht darin, daß neben der Berücksichtigung gegebener ökologischer und räumlicher Grenzen (bzw. der dazu formulierten Ziele) auch das Funktionieren der Marktgesetze durchgesetzt werden soll.

Diese Strategie geht von folgenden Zielen unserer Agrarpolitik aus:

- stabile Lebensmittelproduktion und Garantie der Ernährungssicherheit
- Erhaltung der Besiedlung und der Kulturlandschaft
- Steigerung der Konkurrenzfähigkeit
- Sicherung eines Paritätseinkommens für überdurchschnittlich produktive Erzeuger (was wegen der vielfach schlechten Besitzstruktur wohl nur stufenweise erreichbar sein dürfte).

Die Landwirtschaft hat bis jetzt die Übergangsschwierigkeiten verhältnismäßig gut verkräftet. Die Produktion ist in der Zeit von 1991 bis 1993 zwar gefallen, in den Jahren 1994 und 1995 ist ihre Tendenz aber wieder steigend gewesen. Dementsprechend liegt der Selbstversorgungsgrad mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen (Endproduktion zu Endverbrauch) so wie vor der politischen Wende zwischen 82 und 85 Prozent.

Tabelle 1

Wirtschaftspolitische Übersicht über Ostmitteleuropa									
	Ein- wohner	Gesamt- fläche	Landwirtschaft- liche Nutzfläche		Ackerfläche		BIP	BIP pro Kopf in ECU	
	Mill.	Mill. ha	Mill. ha	%	Mill. ha	pro Kopf	Mrd. ECU	nominell	nach KKP*
Polen	38,5	31,3	18,6	59	14,3	0,37	73,4	1.907	4.838
Ungarn	10,3	9,3	6,1	66	4,7	0,46	32,5	3.150	5.967
Tschechien	10,3	7,9	4,3	54	3,2	0,31	26,7	2.586	7.507
Slowakei	5,3	4,9	2,4	49	1,5	0,28	8,7	1.643	6.367
Slowenien	1,9	2,0	0,9	43	0,2	0,13	9,8	5.018	7.697
CEFTA**	66,4	55,4	32,3	58	24,0	0,36	151,1	2.277	5.635
Rumänien	22,7	23,8	14,7	62	9,3	0,41	21,8	961	2.941
Bulgarien	8,5	11,1	6,2	55	4,0	0,48	9,4	1.110	3.754
Balkanländer	31,2	34,8	20,9	60	13,3	0,43	31,2	1.001	3.163
Litauen	3,8	6,5	3,5	54	2,3	0,62	2,3	627	k. A.***
Lettland	2,6	6,5	2,5	39	1,7	0,65	2,2	850	k. A.***
Estland	1,6	4,5	1,4	31	1,0	0,63	1,5	938	k. A.***
Baltikum	7,9	17,5	7,4	43	5,0	0,63	6,0	757	k. A.***
MOEL - 10	105,5	107,7	60,6	56	42,3	0,40	188,3	1.786	3.500+)
EU - 15	369,7	123,4	138,1	43	77,1	0,21	5905,1	15.972	15.879
MOEL in v.H. der EU	29	33	44	--	55	--	3	11	22

* Kaufkraftparitäten. ** Central European Free Trade Association. *** Keine Angabe. +) Grobe Schätzung mit Hilfe obiger Angaben. Quelle: Generaldirektion VI (Landwirtschaft) der EU-Kommission.

Die einstigen gesellschaftlichen Nutzflächen gingen an den Staatsfonds der landwirtschaftlichen Nutzflächen und Wälder über und wurde von den neuen landwirtschaftlichen Unternehmen gepachtet. Erstaunlicherweise haben die Agrokombinate die politischen und wirtschaftlichen Veränderungen nach dem Jahr 1991 überraschend gut vertragen. Sie waren aber teilweise schon vorher in gewisser Weise Marktverhältnissen ausgesetzt, und in den

letzten Jahren haben sie sich der überflüssigen Arbeitskräfte entledigt und in bisher ungenutzten Gebäuden neue Tätigkeiten als Nebenerwerbsmöglichkeiten eingeführt.

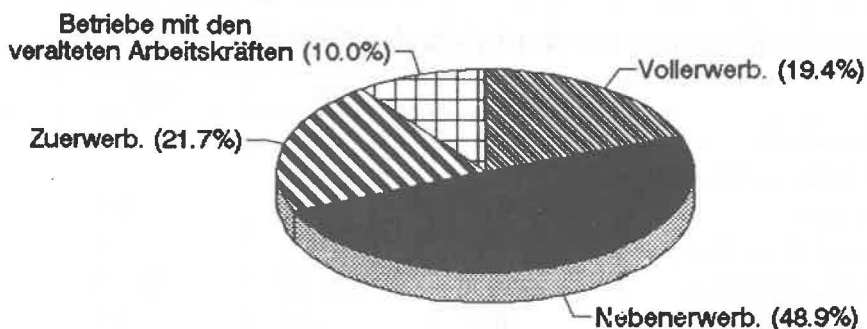
Zu den gegenwärtigen Übergangsschwierigkeiten auf dem Gebiet der Agrarpolitik zählen die folgenden:

- Der langsame „Enationalisierungsprozeß“ des landwirtschaftlichen Bodenbesitzes; das slowenische Parlament hat im Dezember 1995 die Bestimmung des § 17 des Enationalisierungsgesetzes für eine Frist von drei Jahren beibehalten und zwar in allen jenen Fällen, bei denen es um mehr als 20 ha landwirtschaftlich oder forstwirtschaftlich genutzte Grundstücke geht oder wo Unklarheiten bei den Entschädigungsfragen aufgetaucht sind.
- Die Krise im Genossenschaftswesen; die Bauern beschäftigten sich in der Vergangenheit nur mit der Erzeugung, der Verkauf war gesichert, die Genossenschaften waren ihrem Status und den Eigentumsverhältnissen nach den Unternehmern gleichgestellt.
- Ein noch unvollständiges System des Außenhandelschutzes für die Landwirtschaft.
- Ein noch nicht voll ausgearbeitetes System öffentlicher Dienstleistungen in der Landwirtschaft.

Unsere klar ausgedrückte Bereitschaft zur Assoziierung und auch zur Vollmitgliedschaft in der EU erregt freilich Zweifel an der Sinnhaftigkeit einer vollkommen selbständigen Agrarpolitik für eine (erwartungsgemäß) verhältnismäßig kurze Zeit. Es überwiegt derzeit die Überzeugung, daß alle Maßnahmen der Agrarpolitik so zu treffen sind, daß sie später so wenig wie möglich geändert werden müssen - beziehungsweise, daß sie Slowenien eine verhältnismäßig günstige Ausgangsposition sichern. Die Tatsache, daß in der sozioökonomischen Struktur unserer Betriebe die ausgesprochenen Nebenerwerbsbetriebe überwiegen, verringert wenigstens teilweise die Härten und Schwierigkeiten der bestehenden agrarpolitischen Lage. Manche der schwierigen Zukunftsprobleme, wie z.B. in den Karstgebieten, wo die Nebenerwerbsbetriebe derzeit beschleunigt die Rinderhaltung aufgeben und die Nutzung des absoluten Graslandes in Gefahr gerät, nicht weiterzubestehen, bleiben davon allerdings unberührt.

Abbildung 1

Sozioökonomische Struktur der Bauernbetriebe Sloweniens im Jahre 1991



Die Besonderheiten der slowenischen Landwirtschaft gehen mit einer besonderen Vielfalt an Boden- und Klimaverhältnissen sowie mit den Differenzierungen aus der geschichtlichen Entwicklung konform. Eigentümer eines Grundstückes zu sein bedeutet in Slowenien noch immer ein Statussymbol, das zugleich auch große wirtschaftliche Bedeutung für die ländlichen Familien hat. Ein typisches Ergebnis ist daher die starke Zersplitterung der landwirtschaftlichen Grundstücke, was effektiv nur einen kleinen „Manövrierraum“ offenläßt, um mit dem derzeitigen schnellen Wachstum der Arbeitsproduktivität und der Marktorientierung der Produktion in Europa und in der Welt mithalten zu können. Die statistischen Angaben und einige Vorausberechnungen weisen aber darauf hin, daß der ausgeprägte Trend der Parzellen- und Grundstückzersplitterung nach 1991 schließlich doch beendet wurde und daß ein Konsolidierungsprozeß begonnen hat.

2 Allgemeine Wirtschafts- und Naturverhältnisse

Die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung verlief in Slowenien nach der Erlangung der Unabhängigkeit ähnlich wie in anderen Reformstaaten. Für den ersten Zeitabschnitt ist der Rückgang des Produktions- und Beschäftigungsniveaus sowie des Lebensstandards charakteristisch, aber bereits nach dem Jahr 1992 werden die positiven Effekte des Übergangs zur Marktwirtschaft deutlich. Als eines der größten Probleme wird noch immer die hohe Arbeitslosigkeit betrachtet, die weitgehend auch die Entwicklung der Landwirtschaft beeinflusst.

Tabelle 2

Einige Indikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung Sloweniens						
	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung (US-Dollar)	8.643	6.334	6.186	6.368	7.200	9.352
Reale Wachstumsraten des BIP (%)	-4,7	-8,1	-5,4	1,9	4,9	3,5
Steigerung der Einzelhandelspreise von Jahresbeginn bis Jahresende (%)	204,6	104,6	92,9	22,9	18,3	8,6
Registrierte Arbeitslosigkeit (%)	4,6	8,0	11,2	14,4	14,5	
Arbeitslosigkeit nach ILO-Definition (%)				9,1	9,1	7,4

Quelle: Statistisches Amt der Republik Slowenien, Fachbereich für makroökonomische Analysen und Entwicklung

Tabelle 3

Grundindikatoren der landwirtschaftlichen Entwicklung				
Erhebungsjahre	1960	1969	1981	1991
Anteil der Agrarbevölkerung (%)	36,6	24,2	9,2	7,6
Anteil der Aktiven in der Landwirtschaft in % aller Aktiven	37,0*	26,3*	12,8	11,5
Anteil der Landwirtschaft am BIP (%)	16,5	9,9	6,9	4,9
Zahl der Landwirtschaftsbetriebe	194.900	180.200	192.100	156.500
Durchschnittliche Gesamtfläche (ha)	6,7	6,4	5,5	5,9

* Laut Volkszählung in den Jahren 1961 und 1971. Quelle: Statistisches Amt der Republik Slowenien

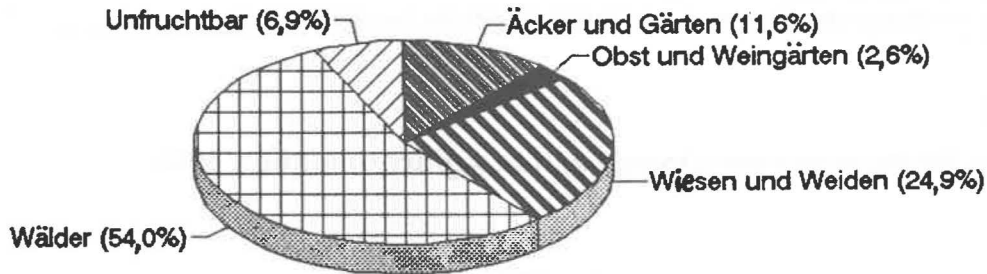
3 Die sozioökonomische Betriebsstruktur

Wenn wir den Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung betrachten und den Beitrag der Landwirtschaft zum BIP heranziehen, dann können wir sagen, daß die Entwicklung der Landwirtschaft in Slowenien ähnlich verlief, wie in anderen europäischen Ländern. Der prozentuelle Beitrag zum BIP nähert sich dem Anteil in einigen westeuropäischen Ländern, wogegen der verhältnismäßig große Anteil der in der Landwirtschaft aktiven Bewohner doch auf ein Zurückbleiben der Produktivität hinweist.

Die Grundursache für die niedrige Produktivität ist auf der einen Seite die Kleinheit der slowenischen Bauernbetriebe, auf der anderen Seite spielen aber die schwierigen Produktionsverhältnisse eine große Rolle. Slowenien gehört zu den walddreichsten Ländern Europas (mehr als 50 % der Gesamtfläche sind von Wäldern bedeckt), zwei Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche stellt die Kategorie Grünland. Ein großer Teil der landwirtschaftlichen Böden befindet sich in steilem Gelände; rund 70 % der slowenischen Agrarbetriebe liegen in benachteiligten Gebieten.

Abbildung 2

Nutzungsstruktur des Agrarlandes in Slowenien 1994



4 Umfang der Produktion und Selbstversorgungsgrad

In den letzten Jahren schwankte der Produktionsumfang ziemlich stark, was in der Hauptsache eine Folge ausgesprochen schlechter Ernten war. Nach den schlechten Ernteergebnissen der Dürrejahre 1992 und 1993 erreichte unser Produktionsumfang wiederum ungefähr das Niveau am Anfang der neunziger Jahre.

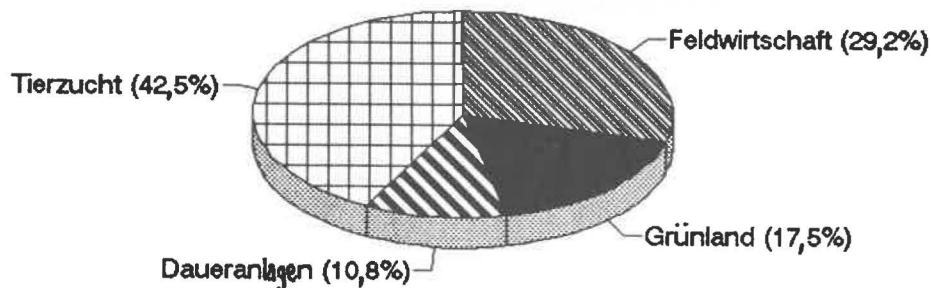
Tabelle 4

Prozentuelles Wachstum der slowenischen Agrarerzeugung							
	1986-90	1990	1991	1992	1993	1994	1995*
Landwirtschaft (netto)	1,7	4,2	-0,2	-5,5	-3,5	6,4	4
Ackerbau	1,8	6,6	1,8	-21,0	0,3	51,4	10
- Getreide	3,4	11,0	-2,4	-20,9	2,4	23,1	--
- Industriepflanzen	0,1	5,2	5,2	-17,7	6,8	21,6	--
- Gemüse	0,0	12,1	2,8	-16,6	2,7	23,3	--
- Futterpflanzen	1,8	3,5	3,5	-24,7	6,1	67,4	--
Grünland	2,5	-3,0	0,7	-23,7	-8,1	97,1	--
Obstbau	12,0	41,9	-19,2	22,7	5,0	33,5	--
Weinbau	12,3	22,0	-3,4	13,0	5,0	5,1	-21
Viehwirtschaft	0,7	-1,6	1,5	-7,2	-6,4	-0,8	5
- Rinder	0,3	-3,4	1,6	-2,0	-8,0	3,5	--
- Schweine	0,5	3,6	-1,5	-2,9	7,6	-1,4	--
- Geflügel	1,4	-2,1	2,8	-19,3	-17,2	-11,9	--

* Schätzung des Kmetijski Institut Slovenije. Quelle: Statistisches Amt der Republik Slowenien.

Abbildung 3

Struktur der Bruttowerte der slowenischen Agrarproduktion 1995



Bei der Betrachtung von Bruttowerten der landwirtschaftlichen Produktion ist die Viehwirtschaft mit mehr als 40 % am bedeutendsten. Im Hinblick auf den hohen Grünlandanteil ist die Entwicklung der Rinderzucht für die slowenische Landwirtschaft von besonderer Bedeutung.

Tabelle 5

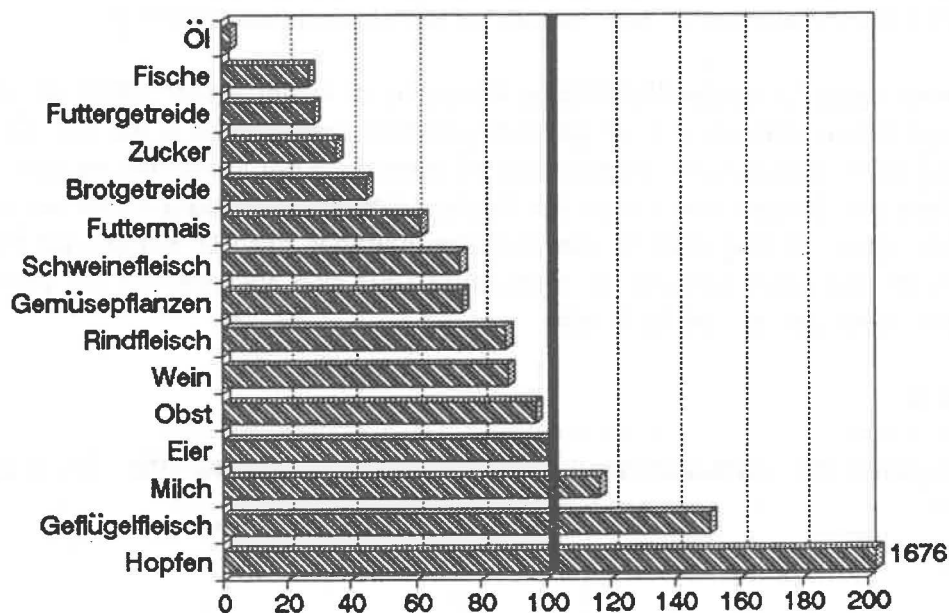
Flächenerträge wichtiger landwirtschaftlicher Produkte (Tonnen je ha)						
Produkt	1986-90	1991	1992	1993	1994	1995
Weizen	3,9	4,3	4,2	3,8	4,3	4,2
Zuckerrübe	41,4	45,1	30,6	37,9	45,2	43,2
Hopfen	1,5	1,5	1,4	1,4	1,5	1,6
Kartoffel	12,4	13,9	12,1	12,6	17,3	19,0
Mais	4,8	5,2	3,4	4,0	6,3	6,3
Silomais	33,9	35,6	25,1	27,2	40,1	40,4
Ertrag aus den Wiesen (Heu)	4,0	4,1	3,2	2,9	5,9	5,4
Milch (Liter je Kuh)	2.365	2.704	2.560	2.531	2.616	2.742

Quelle: Statistisches Amt der Republik Slowenien

Die Flächenerträge sind in Slowenien noch immer relativ niedrig, vor allem bei Kartoffeln, aber auch auf Grünlandflächen, und auch die durchschnittliche Milchleistung der Kühe ist ziemlich niedrig. Der geringe Ackeranteil (bezogen auf die Bevölkerung gehört Slowenien mit 0,13 ha je Einwohner zu den Staaten Europas mit der geringsten Ackerfläche) und die schwache Flächenproduktivität sind zwei Hauptursachen für unseren relativ niedrigen Selbstversorgungsgrad mit Nahrungsmitteln.

Abbildung 4

Selbstversorgung mit landwirtschaftlichen Produkten 1995



Im ganzen gesehen erreicht Slowenien einen Selbstversorgungsgrad mit Nahrungsmitteln von ungefähr 82 % - wir sind also ein Nettoimporteur bei Nahrungsmitteln. Wir haben große Versorgungsmängel bei Öl, Zucker und Getreide (vor allem bei Futtergetreide), wir erzeugen jedoch mehr Hopfen, Geflügelfleisch und Milch, als wir selber verbrauchen. Im Hinblick auf die relativ günstigen natürlichen Produktionsverhältnisse haben wir auch einen zu niedrigen Selbstversorgungsgrad bei Rindfleisch.

Bei einigen Produkten werden wir im Außenhandel mit einer sogenannten Strukturunvereinbarkeit konfrontiert: So haben wir bei Fisch trotz des generell großen Mangels gleichzeitig den Überschuß an Blaufisch. Ähnlich ist es bei Wein, wo wir Überschüsse an Qualitätsweinen erzeugen, aber Mangel an Tafelwein haben.

5 Die Marktpreis- und Interventionspolitik

Die slowenische Agrarpolitik unterscheidet sich - nach der politischen Annahme der „Strategie der landwirtschaftlichen Entwicklung Sloweniens“ - im Grunde nicht wesentlich von der Agrarpolitik der EU. Ihre Ziele sind ähnlich, die Mechanismen bei der Umsetzung der agrar- und marktpolitischen Ziele sind aber in vielen Belangen noch ziemlich unterschiedlich.

So liegen die Hauptmaßnahmen zum Schutz der Landwirtschaft in Slowenien (wie auch in der EU) im Außenhandelsregime (Grenzgebühren, Quoten), während die Ordnung der Inlandsmärkte recht unterschiedlich zu den Verhältnissen in der Union ist. In Slowenien gibt es noch keine sogenannte Marktordnung (ansatzweise vielleicht für Weizen und Zucker), keine administrative Produktionsbegrenzung (wie etwa Milch- oder Zuckerquoten), desgleichen hat sich auch das Konzept der Kompensationszahlungen (z.B. bei Getreide und Ölpflanzen in Beträgen pro ha) noch nicht durchgesetzt. Einige Preise werden administrativ bestimmt (z.B. bei Milch), im übrigen sollten sie marktwirtschaftlich zustande kommen.

Das Preisniveau für landwirtschaftliche Produkte ist in der Regel höher als in den meisten osteuropäischen Staaten und, im ganzen gesehen, niedriger als in der EU. Die Preisverhältnisse auf dem Inlandsmarkt werden sich allmählich mit der Marktöffnung normalisieren. Das kann etwa am Beispiel der Preise für Rinder und Schweine beobachtet werden, wo früher (und zwar ganz im Gegenteil zu den Gegebenheiten in der EU) ständig ein Preisniveau zugunsten der Schweine bestand; ab dem Jahre 1994 sind auch bei uns die Verkaufspreise für Schweine niedriger, als die für Rinder.

Tabelle 6

Vergleich der Verkaufspreise einiger Agrarprodukte 1994 (ECU pro Tonne)			
	Slowenien	EU 12	Ungarn
Weizen	163	138	75
Mais	121	130	72
Milch	237	287	220
Rinder (Lebendgewicht)	1.382	1.750	900
Schweine (Lebendgewicht)	1.212	1.110	940
Eier (Tausend Stück)	72	63	--
Hähnchen (Lebendgewicht)	835	909	890

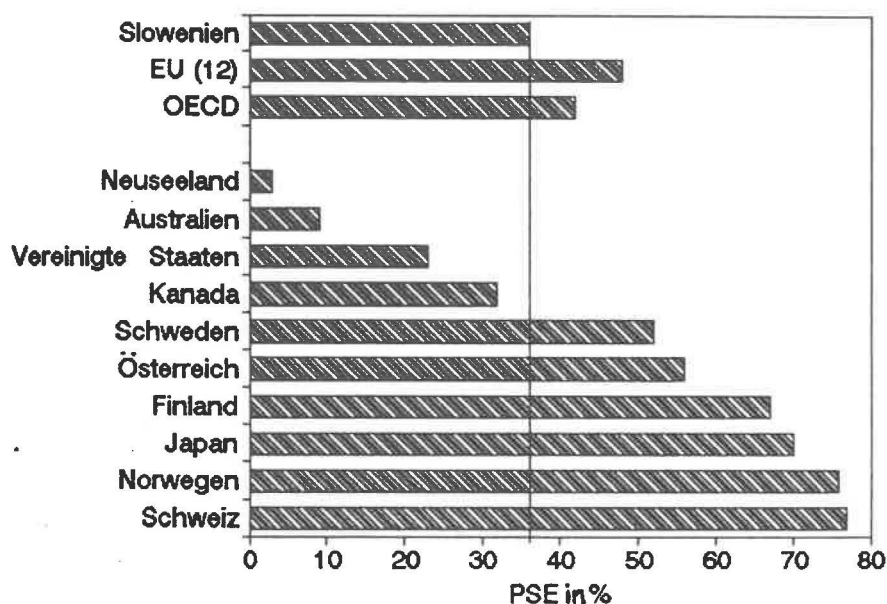
Quelle: EU-Kommission DG VI, OECD, Statistisches Amt der Republik Slowenien

Die Budgetunterstützungen für die slowenische Landwirtschaft wurden nach dem Jahr 1993 erhöht, sie sind aber erheblich niedriger geblieben, als in den westeuropäischen Ländern. Es wurde ein Konzept der Budgetunterstützungen für die Produktion unter erschwerten naturräumlichen Verhältnissen durchgesetzt, doch der bedeutendste Teil des Agrarbudgets ist für die Verbilligung von Inputgütern (des Saatgutes und der Zuchttiere, Zinsverbilligung) und für die Finanzierung der sogenannten allgemeinen Leistungen für die Landwirtschaft, wie z.B. den Beratungsdienst, bestimmt. Für die sogenannten Direktzahlungen aber wurden wesentlich weniger Mittel gewidmet, als etwa in Europäischen Union.

Das niedrigere Preisniveau und das (im Vergleich mit Westeuropa) relativ niedrige Budget spiegelt sich auch in einem niedrigeren „Interventionsgrad“ wider:

Abbildung 5

Vergleich des PSE in der Landwirtschaft europäischer Länder 1994



6 Schlussfolgerungen

Im großen und ganzen kann behauptet werden, daß die Landwirtschaft in Slowenien die erste Übergangszeit nach der politischen Wende weniger schmerzhaft empfunden hat, als die restliche Wirtschaft. Die Veränderungen in diesem Sektor waren bei uns auch viel weniger dramatisch, als in den übrigen osteuropäischen Ländern. Die Entwicklungsziele wurden klar definiert, die Grundinstrumente der Agrarpolitik wurden geschaffen, und in den letzten Jahren hat sich auch die wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft leicht verbessert. Trotzdem aber können wir mit dem Zustand der slowenischen Landwirtschaft nicht zufrieden sein. Unser Primärsektor bleibt zersplittert und teilweise ziemlich wenig produktiv, vor allem aber ist die immer größer werdende Stilllegung der Bodenbestellung und damit das Verwachsen der landwirtschaftlichen Nutzflächen einigermaßen besorgniserregend.

Auch das Weideland Sloweniens wurde in den letzten zehn Jahren um 20 % kleiner, während sich der ohnehin schon große Waldanteil noch vergrößert hat. Dieser Prozeß gefährdet an manchen Stellen ernsthaft den ländlichen Raum in seinem Gesamtzustand als Lebensraum. Daher müssen mit neuen Instrumenten der Agrarpolitik positive Strukturveränderungen angeregt werden, vor allem aber werden wir unsere Aufmerksamkeit mehr der Aufrechterhaltung der ordnungsgemäßen Bewirtschaftung unseres landwirtschaftlich nutzbaren Bodens widmen müssen.

Gerhard POSCHACHER (Wien)

PERSPEKTIVEN DER ÖSTERREICHISCHEN AGRARPOLITIK

Inhalt:

1. Entwicklung der Landwirtschaft
2. Folgen des Produktivitätsfortschritts
3. Österreichs Landwirtschaft in der Europäischen Union

Es ist mir eine Freude, Sie in Wien herzlich zu begrüßen und ich danke Ihnen, daß Sie der Einladung zu diesem Seminar Folge geleistet haben. Ich halte diesen Dialog mit Ihren Ländern für äußerst wichtig und gerade hier an der Bundesanstalt für Agrarwirtschaft und in Zusammenarbeit mit weiteren namhaften Institutionen haben wir, auch auf der Grundlage des Strategiepapiers der Europäischen Gemeinschaften, für die mittelost- und osteuropäisch orientierten Erweiterungsbestrebungen einen Forschungsschwerpunkt aufgebaut.

Ich bin der Überzeugung, daß die Aussprache mit Ihnen, die Erkenntnisse und die Unterlagen, die Sie uns bereitstellen, einen fruchtbaren Dialog ermöglichen werden. Ich danke auch der Bundesanstalt für Agrarwirtschaft, insbesondere dem Kollegen Dr. Greif und Hofrat Dr. Pfingstner für die Organisation dieses Seminars, entbiete Ihnen allen die Grüße des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Mag. Willi Molterer, der auf dem Weg nach Luxemburg ist, um das „BSE-Thema“ auf der Ebene der Europäischen Union zu erörtern und die damit verbundenen Entschädigungsfragen möglichst zu lösen.

1 Entwicklung der Landwirtschaft

Ich werde mich, was die österreichische Landwirtschaft betrifft, nicht lange auf die Darstellung der Vergangenheit konzentrieren, sondern vielmehr ein paar Gegenwartsprobleme und Zukunftsaspekte anschneiden. Die heimische Landwirtschaft hat - ebenso wie alle anderen nationalen Agrarsektoren - und das kam ja in Ihren Vorträgen ebenfalls zum Ausdruck - große strukturelle Veränderungen hinter sich, mehr, als in anderen westeuropäischen Industriestaaten.

Der Agrarsektor hat in den letzten drei Jahrzehnten mehr als eine Million Arbeitskräfte in andere Berufsgruppen abgegeben, im europäischen Vergleich hat Österreich den höchsten Anteil an Nebenerwerbsbetrieben, mindestens zwei Drittel leben und wirtschaften in Erwerbskombination. Österreich ist zudem kleinbetrieblich strukturiert und man kann sagen, daß etwa drei Viertel der Betriebe weniger als 20 ha an landwirtschaftlicher Nutzfläche bewirtschaften.

Unsere Agrarregionen zeigen gebietsweise sehr unterschiedliche Ausprägungen: Es gibt einerseits Zonen mit sehr intensiver Agrarproduktion, gerade hier im Raum nördlich und östlich von Wien, und es gibt andererseits Zonen mit ausgesprochen extensiven Produktionsverhältnissen, vor allem in den Bergbauernregionen der westlichen Bundesländer.

Zu den großen Entwicklungsphänomenen, die unser Land erlebte - und unsere historische Entwicklung war nicht immer ganz leicht, sondern oftmals sehr dramatisch - zählt sicherlich die Tatsache, daß das heutige Österreich schon relativ rasch nach dem Zweiten Weltkrieg zur Selbstversorgung gelangte. Denn als die Monarchie 1918 zerfallen war, lautete die Sorge der Politiker aller damaligen Lager: Kann sich dieses kleine Österreich überhaupt in Zukunft, oder in den nächsten Jahrzehnten, selbst ernähren? Diese Diskussion hat während der gesamte Zeit der Ersten Republik bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges fortgedauert.

Bereits in den fünfziger Jahren wurde bei Milch - und in rascher Folge auch bei allen anderen Produkten - die Selbstversorgung erreicht, sodaß Österreich - wie andere westeuropäische Industriestaaten auch - schon Mitte der siebziger Jahre ein agrarisches Überschußproblem hatte. Es wurde viel Geld zur Überschußverwertung benötigt. In den siebziger Jahren mußten rund ein Drittel der Milchproduktion und ein Viertel der Rindererzeugung exportiert werden. Einige Hunderttausend Hektoliter Wein gingen außer Landes und unser Land war der fünftgrößte Nadelschnittholzexporteur der Welt. Österreich war also praktisch, mit Ausnahme pflanzlicher Öle und Fette, Selbstversorger.

Das also galt (und gilt freilich weiterhin) für ein Land, das zu den Kernländern des europäischen Bergbauernturns zählt. Welch ein unerhörter Produktivitätsfortschritt diesem Sachverhalt zugrundeliegt, ist oft schon dargestellt worden. Vor allem in der pflanzlichen Produktion haben sich von 1955 bis 1985 etwa die Erträge bei Futterrüben, Mais, Zuckerrüben und Weizen mehr als verdoppelt, was teilweise auch auf die Milchleistung der Kühe zutrifft. Und wenn Frau Direktor Izakova die Pinzgauer Rinderrasse im Zusammenhang mit slowakischen Innovationsvorhaben zitiert, eine fast schon aussterbende Rasse im großen Rahmen der europäischen Viehbestandspalette, dann darf ich Ihnen empfehlen, trotzdem bei dieser Rasse zu bleiben, denn sie ist bescheiden, leistungsbereit und vor allem widerstandsfähig. Ihre Milchkühe, die vor 30 Jahren vielleicht 1500 l Milch gegeben haben, schaffen heute leicht 3000, 4000 und sogar 5000 Liter.

2 Folgen des Produktivitätsfortschritts

Es hat also das Phänomen des Produktivitätsfortschritts die westeuropäische Agrarpolitik zweifellos in Schwierigkeiten gestürzt - und Österreich mit -, denn wir waren bei unseren Exporten immer traditionell vom heutigen Raum der EU abhängig. Schon in der Zeit der Monarchie waren immer Italien und Deutschland die wichtigsten Abnehmerländer für unsere Produkte, und es war natürlich schon in den sechziger und siebziger Jahren in Diskussion, ob und in welcher Form Österreich mit der damaligen EWG, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, kooperieren bzw. vertragliche Bindungen eingehen sollte.

So wurde in den siebziger Jahren das Freihandelsabkommen der sieben EFTA-Länder geschaffen. Österreich war dabei, die Landwirtschaft war von den Freihandelsbestimmungen ausgeschlossen. Schon damals wurde auch ein Vollbeitritt zur EWG erwogen, er ist aber wegen der Neutralität und vielleicht auch aus anderen politischen Gründen nicht möglich gewesen. Vor rund einem Jahrzehnt jedoch, nach der Beschlußfassung über die Einheitliche Europäische Akte einschließlich der Schaffung des Binnenmarktmodells (der wesentlichen substantiellen Änderung der Europäischen Verträge) hat die Diskussion um den EG-Beitritt Österreichs wiederum voll eingesetzt.

Wenn wir den damaligen Agrarmarkt in Erinnerung rufen, so wurde es zunehmend schwieriger, die Exporthürden „nach Europa“ zu überspringen, und wir hatten große Schwierigkeiten

auf den Sektoren Getreide und Milch. Nach der 1989 erfolgten Hinterlegung des Beitrittsan-suchens zur EG wurden jahrelange Vorbereitungen gewälzt, und wir haben - wie der ungarische Kollege bei diesem Seminar ebenfalls klagte - viele Fragebögen beantworten und wichtige Papiere nach Brüssel schicken müssen. Die erste Antwort - der „Aquis communautaire“ - erfolgte dann 1992. Es darf als bekannt angenommen werden, daß die Volksabstimmung vom 12. Juni 1994 das in der Folge ausgehandelte Vertragswerk gebilligt hat, und zwar mit einer exakten Zweidrittelmehrheit, und nun haben wir auch schon einige interessante EU-Erfahrungen in allen Wirtschaftsbereichen gesammelt und hinter uns gebracht.

Die Politik war sich immer schon im klaren darüber, daß die Vorbereitung auf den EU-Beitritt für die Land- und Forstwirtschaft zwei bedeutende Sachbereiche umfassen müßte: Der eine ist die kleinbetriebliche Agrarstruktur Österreichs, der andere der empfindliche Bereich der ländlichen Kulturlandschaft in den Bergregionen. Denn es darf nicht vergessen werden, daß Österreich in bedeutendem Ausmaß vom Tourismus lebt: wir erwirtschaften aus dem Fremdenverkehr jährlich etwa 120 Milliarden Schilling an Wertschöpfung, davon entfallen 80 % auf unsere klassischen Bergregionen.

3 Österreichs Landwirtschaft in der Europäischen Union

Somit waren die Sicherung der bäuerlichen Struktur in den Berggebieten einerseits und entsprechende Produktionsquoten andererseits die großen Eckpfeiler für die Verhandlungen in Brüssel, und als verbindender Überbau bestand noch die Frage, wie unsere Landwirtschaft unter EU-Bedingungen weiterhin gefördert werden kann. Denn die österreichische Landwirtschaft war aus ihrer historischen Entwicklung heraus ein sehr geschützter Bereich. Dies zeigt sich in den nach 1945 entstandenen Marktordnungen, in der rechtlichen und organisatorischen Anlage des Außenhandelsschutzes oder auch in den Konzepten der „staatlichen Hilfen“, vergeben durch den Bund oder die Länder. Relativ intensive Förderungen, ein funktionierender Schutzmechanismus, Preise, die durch Jahrzehnte hindurch immer höher waren als auf dem Weltmarkt, ergaben insgesamt PSE-Raten etwa auf dem heutigen Niveau der EU, nämlich zwischen 48 und 50 %.

Österreich mußte am 1. Jänner 1995 unmittelbar nach dem EU-Beitritt seine Grenzen öffnen und die Marktsysteme, das Preisregime und alles, was mit Marktöffnung und freiem Wettbewerb in Zusammenhang steht, übergangslos akzeptieren. Dafür hat uns die EU relativ großzügig behandelt, sei es bei der Zuerkennung von Fördermitteln oder bei der Abgrenzung der sogenannten „Fördergebietskulissen“.

Österreich hat anerkanntermaßen einen hohen Anteil an ländlichen Räumen, die wiederum aus ausgedehnten Bergregionen und anderen benachteiligten Gebieten bestehen. Wir konnten auch - von einigen Ausnahmen abgesehen - großzügige Produktionsquoten aushandeln. Daß eine Ausnahme vom Binnenmarktmodell - etwa ein sukzessiver Eintritt - nicht verhandelbar oder erreichbar gewesen ist, führte im wesentlichen zu einem dreifachen Schockerlebnis, das noch nicht ganz ausgestanden ist:

- Einmal zu einer Art „Agrarschock“, weil die Preise einiger Haupterzeugnisse über Nacht verfielen, was freilich nicht nur, aber doch auch der EU zugeschrieben werden kann; Österreichs Bauern sahen enorme Einkommensverluste auf sich zukommen.
- Zweitens ein „Budgetschock“, denn der EU-Beitritt kostet Geld und Österreich ist Nettoszahler. Unsere Nettobeiträge werden 1996 etwa 10 Milliarden, im nächsten Jahr voraussichtlich rund 9 Milliarden Schilling ausmachen.

- Und drittens ein allgemeiner „Wirtschafts- und Wettbewerbsschock“ für die übrigen ökonomischen Bereiche, eben durch die Öffnung der Grenzen, durch ein sofort spürbar schärferes Wettbewerbsklima, auch durch den Abbau der Handelshemmnisse.

Für die Wirtschaft galt es, diese neue Sachlage zu verarbeiten. Im vergangenen Jahr fanden in Österreich auch die ersten „Europawahlen“ statt, und am 13. Oktober 1996 hat unser Land zum ersten Mal in seiner Geschichte aktiv auf dieser Ebene an der politischen Willensbildung in der EU teilgenommen. 21 Abgeordnete von 626 des Europäischen Parlaments in Straßburg und Brüssel vertreten nunmehr unser Land. Natürlich gibt es auch unterschiedliche Stimmungslagen in allen Sozial- und Wirtschaftsgruppen, weil nicht alle Erwartungen wie erhofft eingetroffen sind.

In der Landwirtschaft haben sich zweifellos der starke Rückgang des Preisniveaus, damit verbunden auch unvermeidliche Rohertagseinbußen, und nicht zuletzt die für 1995 und 1996 arg verspäteten Zahlungen mit fast einem Jahr Differenz zwischen Antrag und Auszahlung von EU-Beihilfenbeträgen negativ ausgewirkt. Wenn man jetzt, da die Ergebnisse der ersten Jahre vorliegen, eine Bilanz zieht, dann dürfte sich aber die Rechnung für die meisten Betriebe in unserem Land doch ausgehen. Ein Transfer von fast 28 Milliarden Schilling von Bund, Ländern und EU an die Bauern haben sicherlich ihre Wirksamkeit hinsichtlich des dringend gewordenen Einkommensausgleiches nicht verfehlt. Allerdings darf auch nicht vergessen werden, daß Österreich im Rahmen seiner Agrarpolitik natürlich nicht mehr all das tun kann, was der frühere protektionistische („agrarsoziale“) Weg vorsah, sondern nur noch, was im Konsens mit den EU-Agrarministern Europas gemeinsam gestaltet werden kann.

Mitglied der Europäischen Union zu sein bedeutet natürlich auch einen gewissen Verlust an nationaler Souveränität; daran müssen wir uns alle gewöhnen, natürlich und besonders in der Landwirtschaftspolitik, die eben stark nationalisiert war und wo österreichische Interessensgruppen ihre Auseinandersetzungen „unter sich“ betrieben haben, während jetzt neben einem inneren Diskussionsprozeß auch die Auseinandersetzung mit der EU - „mit Brüssel“ - erforderlich ist.

Österreich hat in einigen Bereichen sicherlich Marktanteile verloren, und wir haben ganz offensichtlich in so manchem Sektor Probleme aufgrund unzureichender Vermarktungsstrukturen, allerdings wieder strukturell anders, als aus der Slowakischen und der Tschechischen Republik berichtet wurde; auch Österreich hat eine in vielen Bereichen nicht sehr leistungsfähige, schlecht auf den EU-Beitritt vorbereitete Nahrungsmittelindustrie, und da sind die wirtschaftlichen Einbrüche am größten.

Die größten Sorgen im Agrarbereich betreffen also derzeit den Vermarktungs- und Verwertungssektor. Es ist aber zu erwarten, daß auch in den nächsten Jahren erhebliche öffentliche Gelder - sei es über die Ausgleichszulage, die Zielgebietsförderung oder über die Förderung umweltfreundlicher Bewirtschaftungsmaßnahmen - der Landwirtschaft zugute kommen werden, und andere Maßnahmen im Rahmen der Programmplanungsdokumente wiederum dem Verarbeitungs- und Verwertungssektor.

Wir können unseren Bauern heute immerhin sagen, daß die Rahmenbedingungen für ihre zukünftige Lage sogar besser kalkulierbar geworden sind, als unter Bedingungen einer ausschließlich national ausgerichteten Agrarpolitik, eben weil die „Brüsseler Agrarpolitik“ längerfristig angelegt ist. Die Finanzmittel für die großen Umweltprogramme und bedeutende

Geldmittel für die Strukturförderungen werden weiterhin bestehen bleiben, und daneben gibt es - wenn auch nur befristet bis 1998 - noch nationale Übergangsregelungen, deren Kosten von der EU mitfinanziert werden. Wie es danach aussieht und welche Vision wir in Europa für die Agrarpolitik haben, wieviele Bauern wofür notwendig sein und welchen Stellenwert sie im Wirtschaftssystem einnehmen werden - diese Fragen sind einstweilen noch nicht ausreichend beantwortet.

Die nunmehr diskutierte „osteuropäische Herausforderung“ für die EU-Gesamtpolitik wird positiv und offensiv angenommen. Sie bringt völlig neue Elemente auch in die Agrarpolitik ein und es ist schon längst klar - und das haben ja auch Ihre Vorträge eindeutig gezeigt - daß die jetzige EU-Agrarpolitik auf der Grundlage der Reform 1992 mit ihren Säulen, den Produktionsquoten, Direktzahlungen und der Abgeltung ökologischer Leistungen zumindest nicht „1:1“ auf ihre Länder übertragbar wäre. Sie werden den hier entstehenden Diskussionsprozeß jedenfalls mitgestalten, und Sie werden die Option haben, im nächsten Jahrzehnt in einem Stufenplan oder auch gemeinsam in das jetzt bestehende Europa, sprich: in die Europäische Union, hineinzuwachsen.

Die Agrarpolitik wird dabei stets wichtig bleiben, auch wenn heute ihre Neugestaltung, Umgestaltung oder auch die „Reform der Reform“ in intensiver Beratung stehen. Außerdem gibt es dazu aus der Sicht der jetzigen Mitgliedstaaten noch einige Punkte der Kritik, die starke Bürokratisierung der EU-Agrarpolitik etwa und der damit verbundene hoher Kontrollaufwand, oder die nach wie vor starke Fokussierung öffentlicher Gelder auf die großen Betriebe, denn nach wie vor werden von 20 % der Betriebe 80 % der Fördermittel in Anspruch genommen.

Es bereiten also nicht alle europäischen Strukturen nur helle Freude, auch die Ziele der Ökologisierung sind in den 128 europäischen Regionen noch unausgewogen, und die Frage, ob das agrarsoziale Leitbild des Familienbetriebes nach unserem bisherigen Verständnis aufrechterhalten bleiben kann, oder ob es sich zu einem „Leidbild“ wandeln wird, gehört jetzt schon zu den heiß diskutierten Sachverhalten und wird besonders dann interessant werden, wenn Ihre Länder ganz andere Unternehmensformen, als die bewährten „westlichen“, in die Auseinandersetzung um die agrarische Zukunft in Europa einbringen werden.

Österreich wünscht Ihren Ländern, daß sie diese großen Zukunftsaufgaben gut bewältigen, und wir versprechen, den Dialog im Rahmen unserer Möglichkeiten aufrechtzuerhalten und auch verfügbar zu sein, wenn es notwendig ist.

Franz GREIF (Wien)

SCHLUSSBETRACHTUNG

Inhalt:

1. Zusammenfassung der derzeitigen „Agrardiskussion“
2. Agrarische Ziele der Nachbarn - kurzgefaßt
3. Einige Hinweise aus der „Agenda 2000“
4. Was bisher noch wenig zur Sprache kam
5. Österreich und die Nachbarn im statistischen Vergleich

1 Zusammenfassung der derzeitigen „Agrardiskussion“

Tomaš Doucha erläuterte in Perslak (Südböhmen) anlässlich der Tagung des Prager Agrarökonomischen Instituts im November 1996 die Diskussion, welche um künftige Optionen der Agrarpolitik in der Tschechischen Republik geführt wurde, die sich zwischen einer (geschlossenen) nationalen Variante und der Öffnung im Rahmen eines EU-Beitritts bewegen. In generalisierter oder modifizierter Form können diese Diskussionspunkte jedoch für alle Nachbarländer gelten. Man erkennt darin durchaus auch staatliche Zielsetzungen, die möglicherweise noch nicht von allen früheren „Monopolhaltungen“ entfernt sind:

- Lösung der Strukturprobleme der transformierten Landwirtschaft, aus dem Entstehen sowohl neuer Unternehmergruppen, als auch von zahlreichen neuen Kleinbetrieben, Verminderung der Ungleichgewichte der Bodennutzung, so etwa, daß 75% der landwirtschaftlichen Nutzflächen in der CZ zu den Ackerflächen gehören (was objektiv als viel zu viel angesehen wird), in anderen Ländern (z.B. SLO) wiederum zu wenig.
- Abbau von „immateriellen“ Hindernissen für eine optimale Allokation der Produktionsmittel, wie z.B. das Mißtrauen gegen die staatliche Agrarpolitik, das die Annahme von Programmen erschwert bis verhindert (wie etwa von „Vergrünlandungsprogrammen“), und ganz allgemein eine manchmal sehr negative Erwartungshaltung gegenüber Neuerungen und damit auch eine verbreitete Unwilligkeit gegenüber Strukturänderungen aller Art.
- Überwindung von Problemen bei der Lösung der Grundbesitzfrage, wobei ein Großteil der Ländereien derzeit Pachtland ist und man sich auf Entwicklungen einstellen wird müssen, die wahrscheinlich in einem Klima von Auseinandersetzungen zwischen Eigentümern und Pächtern oder Bodenbewirtschaftern ablaufen werden, wie es z.B. in Ungarn vor ein bis zwei Jahren schon der Fall war.
- Die Bewältigung der überaus großen Verschuldung der Landwirtschaft, die sich einerseits aus „Transformationsschulden“, andererseits aus „Strukturverbesserungsschulden“ zusammensetzt. Ihr Abbau muß bei Zinssätzen, die auch heute noch zwischen 15 und 30% liegen, fraglich bleiben.

- Beendigung der derzeitigen Phase der „Deintellektualisierung“ der Landwirtschaft, wodurch die Bereiche Forschung und Bildung immer weniger Raum bekommen und neue Aufgaben, z.B. Marketing und das ganze dazugehörige Umfeld, nicht zufriedenstellend geleistet werden können.

2 Agrarische Ziele der Nachbarn - kurzgefaßt

Die aktuellen agrarwirtschaftlichen Verhältnisse und die agrarpolitischen Zielsetzungen für die nächste Zeit, wie sie in unseren Nachbarländern bestehen, können aus verschiedenen Gründen nicht einheitlich sein. Auch wenn der Produktionsrückgang der letzten acht Jahre, der Zusammenbruch der Außenhandelsregime und die eigentums- und besitzrechtliche Transformation in den Agrarsektoren aller vier Länder Tatsache geworden sind, so gibt es in jedem Land jeweils andere Vorbedingungen, charakteristische Gegebenheiten und auch markante Unterschiede in den Zielsetzungen, die insgesamt ein eher breites Spektrum agrarpolitischer Richtungen zeigen, welche in unseren Anrainerstaaten bestehen:

In der **Tschechische Republik** liegt eine starke Betonung auf der Selbstversorgung mit Agrarerzeugnissen. Der „Produktionsschwerpunkt Gunsträume“ soll vorrangig genutzt werden, um die Arbeitsproduktivität zu verbessern, und ein weiterer massiver Rückgang der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte wird ebenfalls erwartet. Ansätze zur Produktionsbeschränkung bei Überschüssen wurden und werden verfolgt, so gab es z.B. 1995 und 1996 intensive Überlegungen zur Einführung von Quotensystemen. Im Agrarexport wird ein starker Anstieg bei traditionellen Produkten erwartet, wenn auch „WTO-gebremst“. Agrarmarktstützungen im notwendigen Umfang werden durch sachlich konkretisierte Förderungen ergänzt, wobei Investitionshilfen und produktionsunabhängige Beiträge zur Kulturlandschaftserhaltung Schwerpunkte bilden. Die „Erneuerung und Entwicklung der Dörfer“ ist ein Eckpunkt der Landentwicklungspolitik geworden. Eine systematische Gebietstypologie für Zwecke der Regionalpolitik (auch für den ländlichen Raum) wurde erstellt.

In der **Slowakischen Republik** haben sich im Agrarsystem ganz offenkundig „traditionelle“ (sprich: sozialistische) Strukturen unverhältnismäßig stark halten können. Offiziell wurde einer gewissen Konsolidierung von Großstrukturen der Vorrang eingeräumt, einschließlich der Beibehaltung der direkten Produzenten- und Agrareinkommensstützung. Sozialpolitisch gesehen wird damit auch das Ziel verfolgt, möglichst eine Begrenzung der im Zuge der Transformation entstehenden Arbeitslosigkeit auf dem Lande zu erreichen. Die Kompensation der Einkommensverluste muß „so lange, wie nötig“ aufrechterhalten werden. Zur Kostensenkung wird z.B. auch die Einführung einer Mineralölsteuerrückvergütung vorbereitet. Die Marktanteilsverluste sollen wettgemacht werden, wozu eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unerlässlich ist. Produkte mit echten Marktchancen, billigere Erzeugung, verbesserte Vermarktung und schlagkräftige Großhandelsorganisationen stehen auf der agrarpolitischen Wunschliste obenan.

Ungarn sieht in der derzeitigen Agrarproduktion seine wichtigsten komparativen Vorteile, wie sie in den Gunstlagen des pannonischen Beckens in großem Umfang gegeben sind, ungenutzt und will daher vor allem mehr produzieren. Es soll der einheimische Markt besser geschützt werden und es sollen auch Exporte das „finanzielle Gleichgewicht“ des Staates garantieren. Die Kapitalbeschaffung für die Organisation der Produktionsentwicklung, die sicher zu erwarten ist, ist ein noch nicht ganz gelöstes Kapitel. Jedenfalls haben sich Erwartungen auf einen starken Innovationsschub auf dem Agrarsektor durch Privatisierung und Restitution ehemaliger Eigentümer nicht im erhofften Ausmaß eingestellt. Die extreme Klein-

betriebsstruktur der „vorsozialistischen“ Zeit kann sich zwar sicherlich nicht mehr etablieren, doch ist das Vorhandensein einer großen Zahl von „Absentisten“ unter den Grundeigentümern nicht gerade entwicklungsfördernd, sondern bremst viele Neuerungen und führt zu Konflikten. Ungarn forciert jedenfalls eine Politik der Effizienz- und Produktionssteigerung, nicht zuletzt als Grundlage für eine Exportoffensive im Agrarhandel mit dem erklärten Ziel der Leaderfunktion im Verband der Visegradländer.

Slowenien wurde von der Wende am wenigsten schmerzhaft getroffen und sein Agrarsektor steht derzeit besser da, als die nichtlandwirtschaftlichen Sektoren. Die Anpassung der agrarstrukturellen und agrarpolitischen Verhältnisse an Gegebenheiten analog zur Europäischen Union ist zwar relativ weit fortgeschritten, doch bereitet die Zersplitterung in der Landwirtschaft einige Sorgen. Die Notwendigkeit der Rücksichtnahme auf benachteiligte Gebiete und zugleich auf den landwirtschaftlichen Nebenerwerb im agrarpolitischen Zielkatalog steht im Vordergrund und zeigt deutlich auch Ähnlichkeiten von Bedingungen und politischen Zielen mit jenen Österreichs. Im Hinblick auf zahlreiche Versorgungsdefizite betont Slowenien sein Ziel der Anhebung des Selbstversorgungsgrades - ein deutlicher Unterschied zu den anderen Nachbarländern. Der Verlust von Produktionsressourcen wird als besorgniserregend empfunden.

Aus der soeben verabschiedeten „Agenda 2000“ geht folgendes hervor:

Die Europäische Kommission hat empfohlen, mit der Tschechischen Republik, Ungarn und Slowenien (ehebaldigst) Beitrittsverhandlungen aufzunehmen, mit der Slowakischen Republik, sobald dort „ausreichende Fortschritte gemacht worden sind, die den vom Europäischen Rat in Kopenhagen festgelegten Kriterien für eine Mitgliedschaft in der EU entsprechen“.

Was die Fähigkeit zur Übernahme der Verpflichtungen von Mitgliedsländern der EU angeht, werden hinsichtlich des Kapitels Landwirtschaft - standardisiert verkürzt und sehr formal - folgende Erfordernisse festgestellt:

- Verbesserung der Verwaltungsstrukturen, die für die Anwendung des Instrumentariums der GAP erforderlich sind (CZ, SK, H, SLO);
- Implementierung veterinärmedizinischer und phytosanitärer Einrichtungen und Kontrollen (CZ, SK, H, SLO);
- Restrukturierung (bzw. Entmonopolisierung) des Nahrungsmittelsektors (SK, H);
- Verbesserung der Entwicklungspolitik für den ländlichen Raum (eigentümlicherweise nur SLO).

Die Herausgabe der Agenda 2000 läßt jedenfalls eine europaweite und intensive Diskussion erwarten.

4 Was bisher noch wenig zur Sprache kam

Die Bundesanstalt für Agrarwirtschaft ist bereits wiederholt und mit Nachdruck für die Notwendigkeit einer sachlich umfassenden Entwicklungspolitik in Ländlichen Räumen Osteuropas eingetreten. Freilich ist angesichts der mehr als knappen öffentlichen Haushalte und fehlender privater Investitionsmittel eine Entwicklungsinitiative „von unten“ einstweilen nicht mehr als eine Illusion, andererseits aber ist auch eine rein oder überwiegend sektoral ausge-

richtete Agrarpolitik im ländlichen Osteuropa, dessen Agrarstruktur an allen Ecken und Enden mit schweren Mängeln und Mißständen zu kämpfen hat, viel zu wenig. Vor allem werden ohne Mittelbereitstellung für die Aufgaben der „neuen“ und allzu oft ja noch gar nicht funktionsfähigen Gemeinden, die in Mittelost- und Osteuropa als erste zu schlagkräftigen Investoren entwickelt werden müssen, die geradezu ungeheuren ländlichen Lebensprobleme in diesem Teil der Welt nicht zu lösen sein.

Was weiters den Weg unserer vier Nachbarstaaten in Richtung einer planungs- und rechtspolitisch ausgereiften Regionalpolitik für den ländlichen Raum anbelangt, so kann konstatiert werden, daß sie im Vergleich mit den anderen mittel- und osteuropäischen Ländern in den vordersten Reihen dieser Entwicklung stehen. Hierzu wurden Recherchen angestellt, um darzustellen, auf welchem Weg - und hier: in welchem Stadium der politischen Konsensbildung - sich die Reformstaaten befinden, bzw. ob sie sich interessensmäßig überhaupt in Richtung einer zielorientierten Regionalpolitik weiterbewegen. Der Status quo nationaler Orientierung an räumlichen Problemen in den ländlichen Räumen der Reformstaaten kann jedenfalls kaum unausgewogener sein, wie das nachstehende Schema belegt:

Entwicklungsplanung für den Ländlichen Raum im Politischen System der Reformstaaten				
<i>Institutionen und Instrumente:</i>				
<i>Bottom-up-Ansatz, basierend auf einer Hierarchie „institutionalisierter Verantwortung“</i>				H(?)
<i>Kooperation zentraler Stellen mit regionalen Körperschaften</i>	SK	(PL) AL	CZ	SLO
<i>Modifizierte („teilweise dezentralisierte“) Systeme</i>	(R)	EE (CRO) (BH)	LV (LT)	
<i>Bürokratischer Top-down-Ansatz, basierend auf zentralisierten Institutionen (oder: „Keine Priorität für ländliche Entwicklungspolitik“)</i>	BG BLR UKR (RO)	(AZR) (ARM)		
	<i>Zentralistisch und bürokratisch</i>	<i>Regionale Konzentration von Teilen anderer politischer Materien</i>	<i>Entwicklung des Ländlichen Raumes als Querschnittsmaterie</i>	<i>Entwicklung des Ländlichen Raumes als integrierte Politik mit dezentralisiertem Ansatz</i>
Quelle: Franz Greif, Rural Development Policies. An introductory lecture at the FAO conference in Warsaw, March 1997	Sachpolitisches Spektrum			

Eine Tatsache ist es, und die Diskussion darüber befindet sich auf dem Weg zu einem Konsens der Experten, daß „Ländliche Entwicklung“ in einem weiteren Kontext aufzufassen ist, als die Entwicklung der Landwirtschaft allein vorzusehen vermag. Ländliche Entwicklung muß neben dem Agrarsektor noch ein weites Spektrum von Aktivitäten umfassen, vor allem außerlandwirtschaftliche Tätigkeiten, ländlichen Tourismus, die Erhaltung von Naturressourcen, Energiewirtschaft und Versorgungstechnologien, kommunale Dienste, zivile Dienste und Katastrophenschutz. Tatsache ist aber auch, daß praktisch in allen Reformstaaten - von legislativen Neuformulierungen abgesehen - wirklich umfassende und zeitgemäße Instrumente einer Regionalpolitik für ländliche Problemgebiete oder Programme dazu noch ausständig sind.

Die ländlichen Räume Ostmitteleuropas - und dazu gehören viele in unseren Nachbarländern - kämpfen im Unterschied zu hochindustrialisierten Ländern mit einer allgemeinen Infrastrukturschwäche, mit riesiger, weitverbreiteter Arbeitslosigkeit, in manchen Gebieten auch mit Entvölkerung. Trotz Restrukturierungserfolgen überwiegen oft sehr schwerfällige Wirtschaftseinheiten, „kooperative Kleinteiligkeit“ der ländlichen Wirtschaft bleibt ein unerreichbares Wunschziel der Regionalpolitik, und viele überaus attraktive Kulturlandschaften sind von Umweltschäden gezeichnet.

Ländliche Entwicklungspolitik sollte unsere Nachbarschaft vor allem davor bewahren, unsere bzw. die regionalpolitischen Fehler der westeuropäischen Industriestaaten zu wiederholen; es sollte zu keiner „passiven Sanierung“ kommen, die den Entwicklungsabstand zwischen den gegebenen regionalwirtschaftlichen Niveaus nicht ernsthaft abbauen, sondern bestenfalls nur „äquidistant“ halten kann.

Denn die urbanen und industriellen Entwicklungsregionen Mittel- und Osteuropas befinden sich selbst in einer enormen Strukturkrise, müssen Überkapazitäten an Arbeitsbevölkerung loswerden und sind daher weithin nur beschränkt aufnahmefähig, etwa als Arbeitsmarkt für viele Millionen von ungelerten Landarbeitern. Und wie lange die unbestreitbar bestehenden sozialen Spannungen in riesigen Landgebieten der Reformländer politisch noch beherrscht werden können, weiß eigentlich niemand.

Es gibt auch kein Allheilmittel etwa in Form einer „Einheitsentwicklungspolitik“ für Osteuropas Agrarräume, denn diese Regionen sind bei näherem Hinsehen außerordentlich vielgestaltig und verlangen eine individuelle Vorgangsweise, und die Ausarbeitung von räumlichen Entwicklungsvorschlägen und Programmen wird nicht zuletzt auch wegen zahlreicher Unwägbarkeiten statistischer, personeller und finanzieller Natur noch viel Zeit beanspruchen. Ob hier eine standardisierende regionalpolitische Vorgangsweise („ein Problemregionstypus - ein Regionalförderprogramm“), wie sie nach der Verabschiedung der Deklaration von Cork EU-weit in Diskussion gekommen ist, tatsächlich zielführend wäre, wird erst noch zu beweisen sein.

5 Österreich und die Nachbarn im statistischen Vergleich

Abschließend noch ein kurzgefaßter Kommentar zu derzeit herrschenden Unterschieden in der Agrar-, Wirtschafts- und Regionalstruktur Österreichs (A) und seiner östlichen Anrainerstaaten (CZ, SK, H, SLO):

Bevölkerung: Der Anteil der Einwohner des Ländlichen Raumes schwankt in einem relativ engen Bereich zwischen 35% (CZ) und 44% (A). Die zur Landwirtschaft gehörige Bevölkerung ist mit 2% in A am geringsten, in den Nachbarstaaten erreicht sie 6 bis 8%. Die Großstadtbevölkerung (in Zentren über etwa 100.000 Einwohner) erreicht in Ungarn einen Anteil

von 31%, in Österreich 29%, in der Slowakei mit 16% das Minimum. Die Agraranteile der Bevölkerung sind in allen Anrainerstaaten drei- bis viermal höher als in A.

Die Bevölkerungsdichte ist mit rund 100 Personen je km² fast überall gleich hoch und weicht nur in Tschechien mit 131 nach oben ab. Der Geburtensaldo ist in SK, SLO und A mit 1 bis 2 Promille pro Jahr positiv, in CZ dagegen mit 2 und in Ungarn mit fast 4 Promille negativ.

Regionalverwaltung: Großregionen mit administrativen Funktionen - wenn auch nicht vergleichbar mit Österreichs Länderföderalismus - existieren in allen Nachbarstaaten. Die in allen fünf Staaten noch in der Zeit des Ausgleichs zwischen Österreich und Ungarn eingerichtete Administrativgliederung in Politische Bezirke wurde in Slowenien und Ungarn (hier sogar erst 1986!) aufgelassen. Die Zahl der Gemeinden beträgt in Tschechien über 6.232, in Slowenien 147, in den übrigen Ländern zwischen etwa 2.300 und 3.100. Die „ländliche“ Gemeindegröße nach Einwohnern (ohne Großstädte) beträgt in Tschechien 1.200, in Slowenien dagegen fast 11.000; in den übrigen Staaten liegt sie zwischen etwa 1.500 und 2.500.

Erwerbstätigkeit: Mit über 12% sind die Agrarsektoren Ungarns und Sloweniens relativ am größten, in SK mit über 10 und in CZ sowie A mit je 7,7% weitaus kleiner. Die „Landwirtschaft“ selbst verzeichnet Werte, die um 3 bis 4% darunter liegen, in A um 1%. Die Agrarindustrie beschäftigt in SLO 19.000 Menschen, in A knapp 30.000, in SK, CZ und H mit Beschäftigten zwischen 50.000 und 140.000 jedoch ein mehrfaches davon. Der Forstsektor beschäftigt in A, SLO und H nur noch 0,2 bis 0,4%, in SK und CZ aber über 1% (vermutlich inkl. Holzindustrie oder eines Teils davon).

Landwirtschaftliche Nutzflächen: Da auch SLO einen ähnlich starken Gebirgscharakter besitzt wie A, bleiben hier auch die Flächenanteile des Agrarlandes insgesamt mit 35 bis 40 Prozent hinter etwa 55 bis 65 in CZ, SK und H zurück. Das Ackerland der SK ist gleich groß wie das Österreichs, jenes der CZ doppelt und das von H dreimal so groß. Andererseits liegen vom Grünland aller fünf Staaten 40% in Österreich, von der „Gesamtwaldfläche“ aller Staaten immerhin rund ein Drittel.

Die Anbauflächen für Getreide insgesamt sind in H dreieinhalb mal und in CZ doppelt so groß, wie bei uns; Ungarns Weizenanbaufläche übertrifft unsere fünfeinhalb mal, die der CZ viereinhalb mal. Die Maisanbaufläche ist in H etwa dreimal so groß, wie in allen anderen (doch liegt A immerhin an zweiter Stelle). Auch die Produktionsflächen für Öl- und Eiweißpflanzen sind in H viermal größer als in A und sogar größer als in CZ, SK, SLO und A zusammen. Dabei „setzt“ Ungarn auf rund 500.000 ha Sonnenblume (d.s. 75%), während in den anderen Ländern die Rapsanbauflächen unter den Öl- und Eiweißsaaten überwiegen (CZ 80%, SK 55%, SLO 65%, A 55%).

Der Futterbau ist in den Nachbarländern zum Teil noch „altartig“ strukturiert: Die Luzerneflächen umfassen in CZ gegen 140.000 ha, in SK 90.000 ha und in H 250.000 ha, während sie in A (im Verlauf der letzten 20 Jahre) auf etwa noch 10.000 ha zurückgegangen sind.

Der **Düngemiteleinsatz** auf der Fläche ist nach einem eklatanten Rückgang nunmehr in den meisten der Nachbarstaaten unserem Wert angenähert, mit Ausnahme von SLO, das viermal soviel N,P,K einsetzt, wie A.⁵

Bei den **Flächenerträgen** aber liegt Österreich bei den meisten Feldfrüchten an der Spitze, teilweise mit über 50% Vorsprung (Zuckerrübe, Kartoffel), teilweise sogar mit nahezu 100%

⁵ Für die Erstellung dieser Übersichtstabelle konnte einstweilen die sachlich-methodische Vergleichbarkeit dieser und mancher anderer Relationen, wie sie von der Definition her möglich sein sollte, nicht überprüft werden

(Körnermais). Öl- und Eiweißpflanzenerträge halten sich etwa die Waage, bei der Milchleistung pro Kuh liegt H mit 4.800 Litern an der Spitze, vor A mit 4.200.

Viehbestände: Hier vermag A zunächst bei den Großtieren mit dem Maximum an Rindern mitzuhalten, die Zahl unserer Kühe wird nur von CZ etwas übertroffen. Die Zahl der Schweine liegt in H um 35% höher, in CZ nur um 8%. Österreichs Sauenbestände sind nach SLO die zweitniedrigsten, d.h. aber, daß das Verhältnis Schweine insgesamt zu Sauen in CZ und SK 1:13, in H 1:12, in SLO 1:10 beträgt, in A jedoch 1:27 - ein deutlicher Hinweis auf noch bestehende Effizienzunterschiede in der Tierhaltung. Vermutlich kann Österreich mit seinen höheren „Umtriebswerten“ bei weitaus geringeren Bestandeszahlen auch in der Geflügelwirtschaft einigermaßen mithalten, vielleicht nicht gerade bei Puten, wo H mit 4,4 Millionen Tieren die Bestände aller anderen vier Länder um mehr als das Doppelte übertrifft.

Pflanzliche Erzeugung: Die österreichische Getreideerzeugung erreichte 1991 etwa ein Siebentel jener der vier Nachbarn, 1995 jedoch „bereits“ ein Fünftel. Das Niveau „vor der Wende“ wieder zu erreichen, ist aber in allen Staaten ein agrarisches Ziel. Tatsächlich wird auch unsere Weizenproduktion von der ungarischen um 300%, von tschechischen um 200% und von der slowakischen um ein Drittel übertroffen. Bei Körnermais liegt A nur hinter H, erreicht allerdings kaum ein Drittel der Produktionsmenge. Zuckerrüben werden mengenmäßig nur in H und CZ in etwas größerem Umfang erzeugt; das Verhältnis Zucker zu Rübe beträgt in CZ und A 15%, in SK 13% und in H 11%.

Die Weinerzeugung ist in H mit 4,4 Mill. Hektolitern am größten, in A etwa halb so groß. SLO keltert nur etwa 30% der österreichischen Weinerzeugung, CZ und SK liegen noch weiter zurück. Andererseits erreichen die Mengen an Obst und Gemüse in den Nachbarländern teilweise ebenfalls ein Mehrfaches unserer heimischen Ernten.

Dagegen ist die Milcherzeugung in Österreich am größten, unsere Rind- und Kalbfleischproduktion liegt an zweiter Stelle, die von Schweinefleisch an dritter. An Geflügelfleisch produziert H viermal soviel, CZ doppelt soviel wie A, und diese beide Länder auch an Eiern wesentlich mehr.

Dafür ist Österreichs Holzeinschlag der größte aller fünf Staaten.

Selbstversorgung und Pro-Kopf-Verbrauch: Alle vier Nachbarstaaten - mit Ausnahme Sloweniens - erreichen bei wichtigen Nahrungsmitteln relativ hohe Selbstversorgungsgrade, H mit Ausnahme von Milch sogar weithin 100% und mehr. Defizite in der Eigenversorgung bestehen allenfalls bei denselben Produkten, wie in A (z.B. Gemüse, Wein).

Die Ausgaben für Ernährung (ohne Genußmittel) liegen derzeit in A mit 17% der Masseneinkommen am niedrigsten, in SLO mit 29% weit höher und in den drei übrigen Ländern sogar zwischen 32 und 37%. Trotzdem sind in diesem Zusammenhang deutliche Verbesserungen festzustellen, wenn man etwa die Ernährungsausgaben der ungarischen Bevölkerung von über 50% im Jahr 1992 bedenkt.

Die **Agrarerzeugerpreise** sind (wahrscheinlich) durchwegs in A am höchsten, in SLO unseren Preisen teilweise schon deutlich angenähert. Der Weizenpreis ist in H mit einem Index⁶ von 61 am niedrigsten, der Körnermaispreis liegt dort bei nur 49. Der Erzeugermilchpreis erreicht in der SK nur einen Index von 64, Rinder in H 64, Schweine in H einen Vergleichswert von 57 und Masthühner in CZ von 39. Der Index der Eierpreise liegt in SK bei 37.

⁶ Jeweils bezogen auf die österreichischen Preise (alle=100)

Somit erreichen die **Werte der Finalproduktion** in der Landwirtschaft der österreichischen Nachbarländer, ausgedrückt in US-Dollar, in SLO 20% unseres Endproduktionswertes von 4,1 Milliarden US-Dollar (1995), in SK etwa 35% und in H und CZ rund 65%. Trotzdem liegen die Beiträge des Agrarsektors zum BIP (gegenüber A mit 1,6%) in den Nachbarländern weit höher, nämlich zwischen 4,3% in SLO und 8,1% in H.

Die Werte der Agrarinvestitionen sind - wenn man (was in der Tabelle nicht berücksichtigt wurde) die Kaufkraftparität in Rechnung stellt und die Geldmittel auf Einheiten (Agrarbeschäftigte, Hektar) bezieht - wohl einigermaßen mit österreichischen Werten vergleichbar, desgleichen auch die Geldmittel der Agrarbudgets. Vergleichsweise gering scheinen Investitionen und Budgetmittel in CZ zu sein.

Tabellen
Karten
Literatur
Die Autoren

ANHANG

TABELLEN

Erläuterungen zu den Daten:

Nachdem die Datengrundlagen (siehe dazu auch Fußnoten mit Anmerkungen und Quellenangaben) von Land zu Land sehr unterschiedlich sind, auch die Definitionen (z.B. für makroökonomische Indikatoren) variieren, und je nach statistischen Datengruppen auch unterschiedliche Erhebungszeitpunkte gegeben sind, ist diese **Tabelle als Versuch** einer aktuellen Zusammenstellung mit dem „Bearbeitungsstand Dezember 1996“ zu verstehen. Soweit wie möglich wurden die jeweils neuesten Zahlenangaben verwendet. Weiters wurde auch getrachtet, relative Daten zur Produktionsstatistik, wie z.B. Flächenerträge, als mehrjährige Durchschnitte anzugeben; diese Informationen können freilich trotzdem fehlerhaft sein.

Es mußte letztlich darauf verzichtet werden, überall Jahreshinweise zum Erhebungsstand der Daten anzubringen, weil dies im Rahmen dieses Vergleichs eine weitere Tabelle erfordert hätte. Es sind die meisten der Zahlenangaben für das Jahr 1995 oder 1996 gültig, entweder als endgültige offizielle Angaben (z.B. Produktionsergebnisse) oder als vorläufige Werte (z.B. volkswirtschaftliche Kalkulationen). Abweichungen wurden tunlichst vermerkt. Aus Gründen größtmöglicher Aktualität wurde manchmal Vorausschätzungen für 1997 der Vorrang vor Jahresdaten gegeben, die für alle Länder einheitlich gewesen wären.

Grunddaten für die östlichen Nachbarländer und Österreich							
Stand der Angaben: 1995 und 1996							
<i>Statistisches Datum</i>	<i>Einheit</i>	<i>Jahr</i>	<i>Tschechien</i>	<i>Slowakei</i>	<i>Ungarn</i>	<i>Slowenien</i>	<i>Österreich</i>
Staatsfläche	ha	a)	7.886.400	4.904.000	9.303.000	2.025.600	8.385.700
Großstädte	n)	1996	10	3	9	2	6
- mit ... Einwohnern	Anzahl		2.713.000	782.000	3.222.000	375.000	2.333.000
- Großstädter	%		26	15	31	19	29
Großregionen	p)	1996	7 b)	8	20	4	9
Politische Bezirke		1996	76 b)	79	-	-	99
Gemeinden		1996	6.232 4)	2.858 7)	3.127	147	2.353
Gemeindegröße u)	Einwohner		1.220	1.600	2.250	10.770	2.440
Bevölkerungsstatistische Angaben							
Einwohner (Σ)	Anzahl		10.321.000	5.368.000	10.246.000	1.937.000	8.055.000
Dichte	je qkm		131	109	110	96	96
Geburtenrate	%	1996	9,3	11,4	10,5 5)	10,5	11,1
Sterberate	%	1996	11,4 5)	9,8	14,2 5)	9,5	10,1
in Städten	%		65	58	64	62	56
im ländlichen Raum	%		35	42	36	38	44
Agrarbevölkerung	Anzahl		618.000	372.000	717.000	145.400	402.300
Einwohner unter 15	%		18,4	22,3 7)	17,6	20,6	17,0
Einwohner über 65	%		13,3 c)	17,5 7)	14,2	11,0	14,7
Landwirtschaft	%		6	7	7	8	2
Industrie	%		39	40	33	38	34
Dienstleistungen	%		55	53	60	54	64
Ausländer	Anzahl		v)	v)	74.400	40.330	713.500
Minderheiten	%		5,6	14,3	3,4	12,2	6,6

Statistisches Datum	Einheit	Jahr	Tschechien	Slowakei	Ungarn	Slowenien	Österreich
Erwerbstätige							
Erwerbstätige (Σ)	Anzahl		4,939.700	2,138.000	3,636.000	882.000	3,724.000
Agrarsektor	Anzahl	1995	w) 382.000	w) 220.230	462.000	111.300	e) 286.600
Landwirtschaft	Anzahl	1995	222.000	145.550	309.000	90.000	249.000
Agrarindustrie	Anzahl	1995	89.000	49.700	138.000	19.000	29.600
Forstwirtschaft	Anzahl	1995	w) 71.000	w) 24.980	15.000	2.300	8.000
Agrarsektor	%		7,7	10,3	12,7	12,6	7,7
Landwirtschaft	%		4,5	6,8	8,5	10,2	6,7
Agrarindustrie	%		1,8	2,3	3,8	2,1	0,8
Forstwirtschaft	%		w) 1,4	w) 1,2	0,4	0,3	0,2
Industrie	%		45	37	37	42	31
Dienstleistungen	%		47	53	50	45	62
Nutzflächen							
Agrarland (Σ)	ha	1995	4,280.000	2,446.000	6,179.000	900.400	3,732.000
- Ackerland	ha	1995	3,143.000	1,479.000	4,716.000	234.400	1,405.000
- Grünland	ha	1995	902.000	841.000	1,148.000	494.900	1,930.000
- Weingärten	ha	1995	16.000	23.000	131.000	23.000	55.600
- Obst-, Gartenland	ha	1995	219.000	97.000	184.000	31.500	30.100
Waldfläche	ha	1995	2,642.000	1,990.000	1,763.000	1,098.000	3,877.000
Ackerlandanteil	%	1995	41	30	51	12	17
Grünlandanteil	%	1995	14	17	12	24	23
Waldanteil	%	1995	33	41	19	54	46
Eigentumsstruktur							
Betriebe (Σ)	Anzahl		26.904	8.881	1,206.441	156.700	263.522
Privatwirtschaften	Anzahl		24.183	6) 7.581	1,201.015	156.500	254.635
Staatsbetriebe	Anzahl		80	6) 211	36	-	-
Kooperativen	Anzahl		1.151	6) 961	2.048	-	-
Gesellschaften	Anzahl		1.490	128	3.342	200	8.887
Betriebsflächen (Σ)	%		100	100	100	100	100
Privatwirtschaften	%		23,3	5,3	43,4	94,4	63,4
Staatsbetriebe	%		1,5	19,6	5,0	-	-
Kooperativen	%		47,0	70,4	23,7	-	-
Gesellschaften	%		28,2	4,7	27,9	5,6	36,6
Anbauflächen							
Getreide	ha	1995	1,576.000	857.000	2,716.000	111.000	807.700
- Weizen	ha		851.000	438.000	1,108.000	42.000	255.900
- Gerste	ha		680.000	235.000	393.000	12.700	229.100
- Körnermais	ha		35.000	127.000	1,033.000	49.000	173.300
Öl/Eiweißfrüchte	ha	1995	314.000	125.400	610.000	3.000	153.900
- Sonnenblume	ha		19.500	47.500	491.000	100	26.900
- Raps	ha		6) 253.000	66.700	45.000	2.220	87.300
Kartoffeln	ha	1995	78.000	41.200	57.000	23.400	27.000
Zuckerrüben	ha	1995	93.000	34.900	124.000	6.100	51.600
Hülsenfrüchte	ha		71.000	50.800	63.000	3.000	26.500
Luzerne	ha		137.700	87.600	253.000	5.190	10.400

Statistisches Datum	Einheit	Jahr	Tschechien	Slowakei	Ungarn	Slowenien	Österreich
Düngemittelverbrauch							
Nährstoffe N, P, K	kg/ha	1995	96 6)	45 4)	49 4)?)	263	68
Veränderung	Index	m)	27	37	22	129	45
Flächenerträge und Milchleistung (Dreijahresdurchschnitte fett, etwa 1994-1996)							
Weizen	dt/ha		46	45	39	41	51
Gerste	dt/ha		41	34	33	32	44
Mais	dt/ha		42	49	39	52	83
Kartoffel	dt/ha		188	133	141	152	253
Zuckerrübe	dt/ha		386	365	275	449	547
Raps	dt/ha		24	21	20	23	25
Sonnenblume	dt/ha		21	19	16	16	23
Wein	hl/ha		52	34	43	42	47
Milcherträge	kg/Kuh		3.980	3.200	4.800	2.630	4.210
Luzerne	dt/ha		86	75	44	78	83
Wiesenheu	dt/ha		75	47		48 g)	63
Viehbestand							
Rinder	Stück	1995	2,030.000	929.000	928.000	477.000	2,318.000
- Kühe	Stück	g)	830.000	355.000	421.000	237.000	725.000
Schweine	Stück	1995	4,016.000	2,076.000	5,032.000	571.000	3,700.000
- Sauen	Stück		318.000	160.000	436.000	55.900	135.500
Schafe	Stück		134.000	428.000	977.000	18.500	205.700
Legehennen	1000	i)	27.875	14,246 j)	27,060	916	5.840
Masthühner	1000		12.030			9.278	5.260
Puten	Stück		692.000		4,400.000	250.000	680.000
Pflanzliche Erzeugung							
Getreide	t	1991	7,845.000	4,004.000	15,797.000	557.000	4,100.000
Getreide	t	1995	6,602.000	3,490.000	11,133.000	580.000	4,436.000
- Weizen	t	1995	3,823.000	1,938.000	4,614.000	233.000	1,216.000
- Körnermais	t	1995	113.000 5)	597.000	4,597.000	309.000	1,335.000
Öl-, Eiweißfrüchte	t	1995	735.900 5)	236.000	756.000	50.500	436.800
Zuckerrüben	t	1995	3,240.000 5)	1,175.000	4,192.000	273.500	2,885.800
- Zucker	t	1995	476.700 5)	157.000	456.000	23.000	442.500
Kartoffel	t	1995	1,342.000 5)	441.000	934.000	402.000	724.400
Wein	hl	1995	426.000	350.000 z)	4,380.000	635.900	2,111.000
Obst	t	1995	616.000	231.000	1,589.000	38.000	656.700
Gemüse	t	1995	548.000	571.000	1,993.000	225.000	319.200
Luzerne, Rotklee	t	1995	1,123.500	760.000	1,145.000 s)	40.400	28.600
Holzschlag	1000 m³	1995	12,365	3,965	6,049	5,995	13,806
Tierische Erzeugung							
Milch insgesamt	t	1995	3,092.000	1,151.000	1,920.000	590.000	3,148.000
- Trockenmilch	t	1995	75.000 6)	13.000	579.000	2.800	30.000
- Butter	t	1995	73.000 6)	14.500	15.000	1.000	37.000
- Käse	t	1995	65.000 6)	37.500	52.000	15.200	76.000
Rind-, Kalbfleisch	t	1995	323.000 6)	114.000	137.000	94.000	183.000
Schweinefleisch	t	1995	682.000 6)	287.000	713.000	89.000	425.000
Geflügelfleisch	t	1995	180.000 6)	86.000	488.000	50.000	99.000
Eier	Mio.St.	1995	3,047 6)	1,618	3,877	328	1,746
Wolle	t				3,875	30	2,000

Errata

Leider erst nach Drucklegung wurde bemerkt, daß in der Zeile „Trockenmilch“ der tierischen Erzeugung Ungarns auf S. 69 irrtümlicherweise die „Trinkmilcherzeugung“ eingefügt wurde.

Die „Auslandsschulden Österreichs“ (S. 71) werden in den Budgettabellen als „Finanzschulden des Bundes in fremder Währung“ angegeben. Abb. 5 auf S. 49 bezieht sich auf OECD-Länder.

Statistisches Datum	Einheit	Jahr	Tschechien	Slowakei	Ungarn	Slowenien	Österreich
Grad der Selbstversorgung							
Milch	%		165		(80)	115 3)	101
Fleisch	%		99	101	127	80	107
Getreide/Mehl/Brot	%		95	105	102	63	142
Zucker	%		111	85	112	37	123
Frischobst			104		128	97 3)	99
Gemüse	%		71	96	104	76	73
Wein	%				101	93	75
Pro-Kopf-Verbrauch (gerundet)							
Mehl t)	kg	1995	111	82	87	92	61
Kartoffeln	kg	1995	77	74	60	49	61
Zucker	kg	1995	40	33	35 ?)	11	34
Gemüse	kg	1995	75	70	87	63	80
Fleisch	kg	1995	84	64	70	52	89
Butter	kg	1995	4	3	1	1	5
Trinkmilch	l	1995	77	78 r)	141	107	103
Bier	l	1995	157	88	85	81	115
Agrarpreissituation +++)							
Weizen	ECU/t	1995	87	86 4)	75 4)	163	122
Mais	ECU/t	1995	103	98 4)	72 4)	121	148
Milch	ECU/t	1995	219	185 4)	220 4)	237	290
Rinder lebend	ECU/t	1995 x)	1.119	1.029 4)	900 4)	1.382	1.450
Schweine lebend	ECU/t	1995	1.169	1.003 4)	940 4)	1.212	1.649
Masthühner lebend	ECU/t	1995	741	4)	890 4)	835	1.883
Eier (1000 Stk.)	ECU	1995	46	43	4)	72	115
Agrarpreise	Index	86/95	173	169 4)	265	-	k. V.
Inputpreise	Index	86/95	265	263 4)	390	-	k. V.
Wert der Endproduktion							
der Landwirtschaft	Mio. \$	1995	2.670	1.450 ?)	2.680	(830)	4.100
- aus Pflanzenbau	%	1995	45	40	55	57	34
- aus Tierhaltung	%	1995	55	60	45	43	66
Endproduktion	Index*)	1995	76	68	65	98	78
Pflanzenproduktion	Index*)	1995	79	90	70 ?)	133	83
Tierproduktion	Index*)	1995	68	63	60	97	76
der Forstwirtschaft					160		1.075
Holzvorrat	Mill. m ³		580			229	972
Bruttoinlandsprodukt und andere volkswirtschaftliche Größen							
Insgesamt	Mio. \$	1994	36.024	17.441	41.374	14.037	190.824
je Einwohner	\$	1994	3.210	3.252	4.046 5)	9.350	23.690
im EU-Vergleich	%	1996	55	41	37	59	
realer Zuwachs	%	90-94	-4,7	-5,4	-2,0	+5,3	+1,6
realer Zuwachs	%	1995	+5,2	+7,5	+1,5	+3,5	+3,0
realer Zuwachs ü)	%	1996	4,0	6,9	1,0	3,1	
Agraranteil am BIP	%	1995	5,2	6,1	8,1	4,3	1,6
Industrie	%	1995	41,5		4) 33	36 4)	34
Dienstleistungen	%	1995	53,4		4) 60	58 4)	64
Privatsektor	%	1995	70	58	60 ?)	37	86
Agrarinvestitionen	Mio. \$	1995	470	140	358 4)	22	1.809
Agrarbudget	Mio. \$	1995	255 7)	295 ö)	640	124	2.512

Statistisches Datum	Einheit	Jahr	Tschechien	Slowakei	Ungarn	Slowenien	Österreich
Stützungen, PSE und WTO-Vereinbarungen							
Stützungen (Σ)	Mio. \$	1995	617	279	584	225	6) 2.026
Stützungsanteil	am BIP	1995	1,7	1,6	1,4	1,6	1,6
PSE	%	1995	14	(19)	16	4) 38	y)
PSE	Mio. \$	1995	415		576	4) 216	y)
AMS initial (Milliarden)			CZK 17,0	SKK 12,3	HUF 40,8	ECU 0,159	y)
AMS final (Milliarden)			CZK 13,6	SKK 10,1	HUF 3,8	ECU 0,131	y)
Exportstützung initial (Milliarden)			CZK 6,4	SKK 2,4	HUF 21,0	keine	y)
Exportstützung final (Milliarden)			CZK 4,3	SKK 1,6	HUF 14,3	keine	y)
Weitere soziale und ökonomische Indikatoren							
Kaufkraftparität	\$ k)	1994	8.900	(6.100)	6.080	6.230	19.540
Inflationsrate	%**)	1993	20,8	23,2	22,5	32,3	3,6
Inflationsrate	%**)	1996	ü) 8,8	ü) 5,4	ü) 19,8	ü) 9,1	1,9
Arbeitslose	%**)	1995	2,9	13,1	10,0	13,9	6,6
Kreditzinssatz	%	1995	13,1	16,1	ä) 27,0	14,5	d) 7,0
Monatsbruttolöhne	***)	1996	6.900	7.080	33.290	94.620	28.860
Nahrungsausgaben	%	1996	32	37	5) 35	29	o) 17
Industrieproduktion	%**)	1994	2,1	4,9	9,5	6,4	5,7
Wechselkurse	zur DM	1991	109,1	103,1	88,2	91,4	100
Wechselkurse	zur DM	1995	80,8	80,6	84,8	43,6	100
Wechselkurse	zum \$	1997	30,5	33,1	180,2	154,6	11,9
Auslandsschulden	Mrd. \$	1994	11,3	4,3	28,7	4,0	22,8
Währungsreserven	Mrd. \$	1994	6,2	1,7	6,8	4,2	16,8
Außenhandel insgesamt							
Exporte (Σ)	Mio. \$	1995	17.086	8.546	12.905	8.286	h) 48.349
Agrarexporte	Mio. \$	1995	1.268	539	2.923	394	1.930
Agrarexportanteil	%	1995	7	6	23	5	4
Importe (Σ)	Mio. \$	1995	20.886	8.485	15.406	9.451	h) 59.330
Agrarimporte	Mio. \$	1995	1.741	747	1.001	872	3.560
Agrarimportanteil	%	1995	8	9	7	9	6
Agrarhandelsbilanz	Mio. \$	1995	-477	-231	1.922	-478	-1.630
Agrarexporte							
in die EU	Mio. \$	1995	483	83	1.102	4) 99	1.303
nach Österreich	Mio. \$	1995	31	7	133	8	--
Agrarimporte							
aus der EU	Mio. \$	1995	885	254	384	4) 332	2.719
aus Österreich	Mio. \$	1995	83	30	82	90	--
Bilanz mit Österreich	Mio. \$	1995	-52	-23	51	-82	--
Σ	Summenzeichen						
-	Ein Strich kennzeichnet ansonsten nicht ersichtliche Teilgesamtheiten („davon“ ...).						
()	In Klammern gesetzte Angaben sind unsicher oder nur grob schätzbar.						
*)	Diese Indexwerte beziehen sich auf die Basis 1989 = 100; Werte gerundet.						
**)	Veränderung der Entwicklung gegenüber dem Vorjahr; bei Angaben über Arbeitslose: „registrierte A.“						
***)	Angaben in Landeswährung.						
+))	Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten.						
++)	In Milliarden der Landeswährung.						
+++)	Eine korrekte Definition der hier angegebenen Preise ist nicht möglich, es kann sich lediglich um Näherungswerte handeln, die einen ungefähren Vergleich der Preisniveaus zulassen.						
?)	Die Genauigkeit dieser Angaben, die publiziert oder offiziell mitgeteilt sind oder aus verfügbaren Unterlagen errechnet wurden, war nicht überprüfbar.						

- 3) 1993
 4) 1994
 5) 1995
 6) 1996
 7) 1997
- a) In dieser Spalte eingefügte Jahreszahlen geben an, daß die Mehrzahl der statistischen Länderdaten aus diesen Erhebungsjahren oder Ermittlungszeitpunkten stammt. **Keine Jahreszahl** bedeutet, daß Werte aus 1995 oder 1996 vorliegen, oder aber, daß keine Angabe möglich ist, wie z.B. bei Ermittlung von Dreijahresdurchschnitten, oder daß Großzählungsdaten vorliegen, deren Ermittlung schon etwas zurückliegt.
- c) Weibliche Bevölkerung über 55, männliche über 60 Jahre.
 d) Annahme: Hypothekarkredit.
 e) Alle voll E. in landwirtschaftlichen Betrieben. Allè E. in allen Beschäftigungs- und Erwerbsarten belaufen sich auf 475.800.
 f) Einschließlich Nahrungsmittelindustrie.
 g) „Heu und Kleeheu“.
 h) Exporte und Importe in Österreich aus 1994.
 i) „Geflügel“.
 j) L.. Dorgai gibt in einem Manuskript eine Anteilsgliederung, aus der folgende Zahlen errechnet werden können: 19 Mill. „Hühner“, 4,7 Mill. Gänse und 3,1 Mill. Enten.
 k) Kaufkraftparität in US\$ pro Kopf der Bevölkerung.
 k.V. Keine Vergleichbarkeit der Daten, daher keine Angaben.
 m) 1985=100; in der Slowakei 1990=100.
 n) Mit 100.000 und mehr Einwohnern.
 o) Exkl. Ausgaben für Ernährung „außer Haus“.
 p) Autonome bzw. teilautonome Regionen (Land, Kreis, Komitat, Region).
 r) Milch und Milchprodukte.
 s) Nur Luzerne.
 t) Mehl und Produkte aus Mehl.
 u) Ohne Großstädte.
 v) Keine Angaben verfügbar (keine Erhebungen).
 w) Vermutlich inkl. (eines Teils der) Holzindustrie.
 x) Als Kälberpreis wurde mitgeteilt: 1.962 ECU/t.
 y) PSE berechnet für den Agrarsektor der EU: 48%(?); für Österreich theoretisch etwa 62%(?). Das AMS muß in der EU von 78,7 (1995) auf 67,2 Mrd. ECU (2000) zurückgehen, die Exportsubventionen im selben Zeitraum von 11,8 auf 7,5 Mrd. ECU.
 z) Berechneter Wert; offizielle Angabe für „Wein, einmal abgezogen“ (1995): 3,29 Mill. hl.
 ä) Mitte 1997 beim größten Kreditgeber Orszagos Takarek Penztar, und zwar „für Unternehmer“; Privatkredite bis 32%.
 ö) Schätzung der Budgetausgaben für den Agrar- und Ernährungssektor 1995 unter Berücksichtigung einer wahrscheinlichen Budgetüberschreitung von etwa 30% (wie in Vorjahren).
 ü) Laut EU-Kommissionsdokument „Agenda 2000 - Summary and conclusions“.

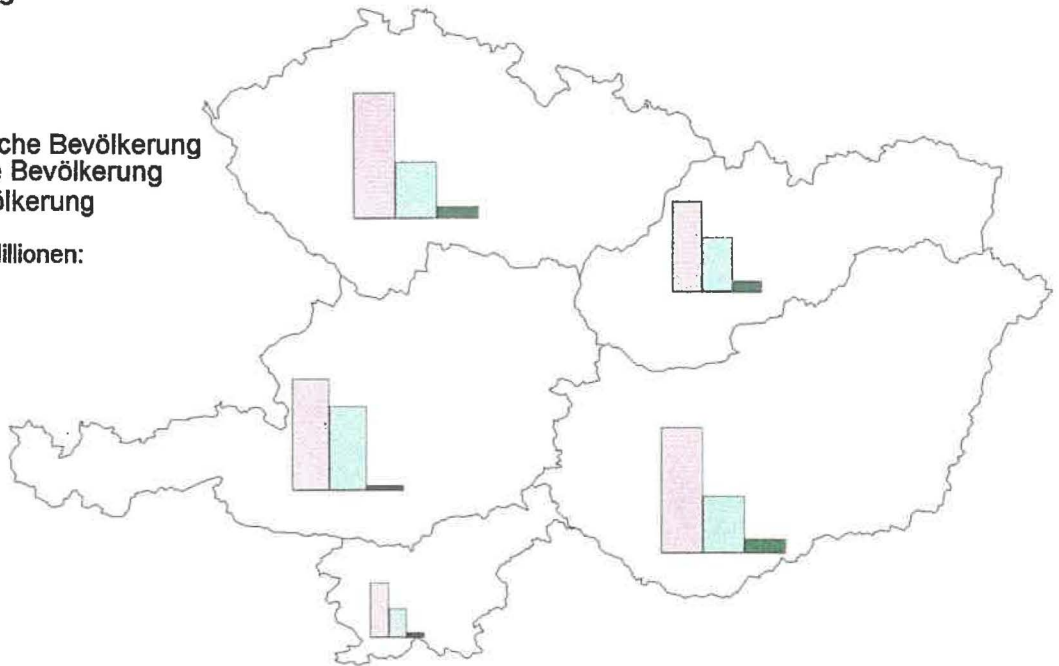
Als **Quellen** wurden außer den in diesem Heft enthaltenen Vorträgen noch hauptsächlich herangezogen: Wirtschaftsinformationen aus Mittel- und Osteuropa, Jahrgänge 1996 und 1997, Fischer Weltalmanach 1996 und 1997, Agrarische Rundschau Oktober 1995, die „CEEC's Database“ der OECD, Country Reports der OECD-Arbeitsgruppe East-West Relations in Agriculture vom Oktober 1996 und April 1997, Zpráva o stavu ceskeho zemedelstvi (Praha) 1996, Statisticka Rocenka CR, Praha 1996, Ceske, slovenske a madarske zemedelstvi vo srovnani staty EU, Publikation Nr. 19/1996 des VUZE (Praha), Report on Agriculture and the Food Industry in the Slovak Republic (Bratislava) September 1996, Statistical Yearbook of the Slovak Republic 1996, Agriculture and Food Industry 1995 (Budapest 1996), Mezögazdasagi es elelmiszeripari sztatistikai zsebkönyv 1996, Porocilo o stanju kmetijstva v letu 1995 (Ljubljana), Bericht über die Lage der österreichischen Landwirtschaft 1995, ALFIS, Statistische Übersichten der Jahrgänge 1996 und 1997 (mit Daten des ÖSTAT und des WIFO. **Aktualisierungen - soweit nur irgend möglich mit dem Stand 1996 - wurden durch die Projektmitarbeiter in den kooperierenden Instituten vorgenommen.**

Karte 1: Bevölkerung

- Landwirtschaftliche Bevölkerung
- Sonst. ländliche Bevölkerung
- Städtische Bevölkerung

Bevölkerung 1995 in Millionen:

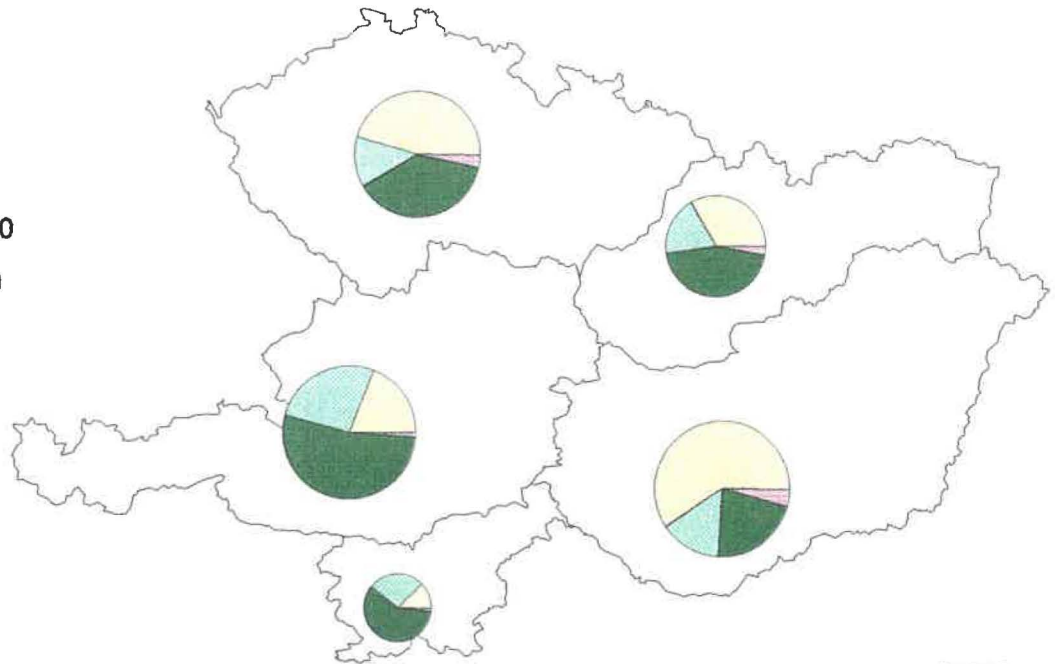
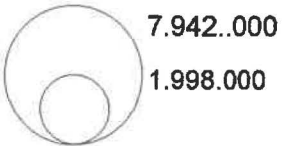
- Tschechien: 10,3
- Slowakei: 5,3
- Ungarn: 10,2
- Slowenien: 1,9
- Österreich: 8,1



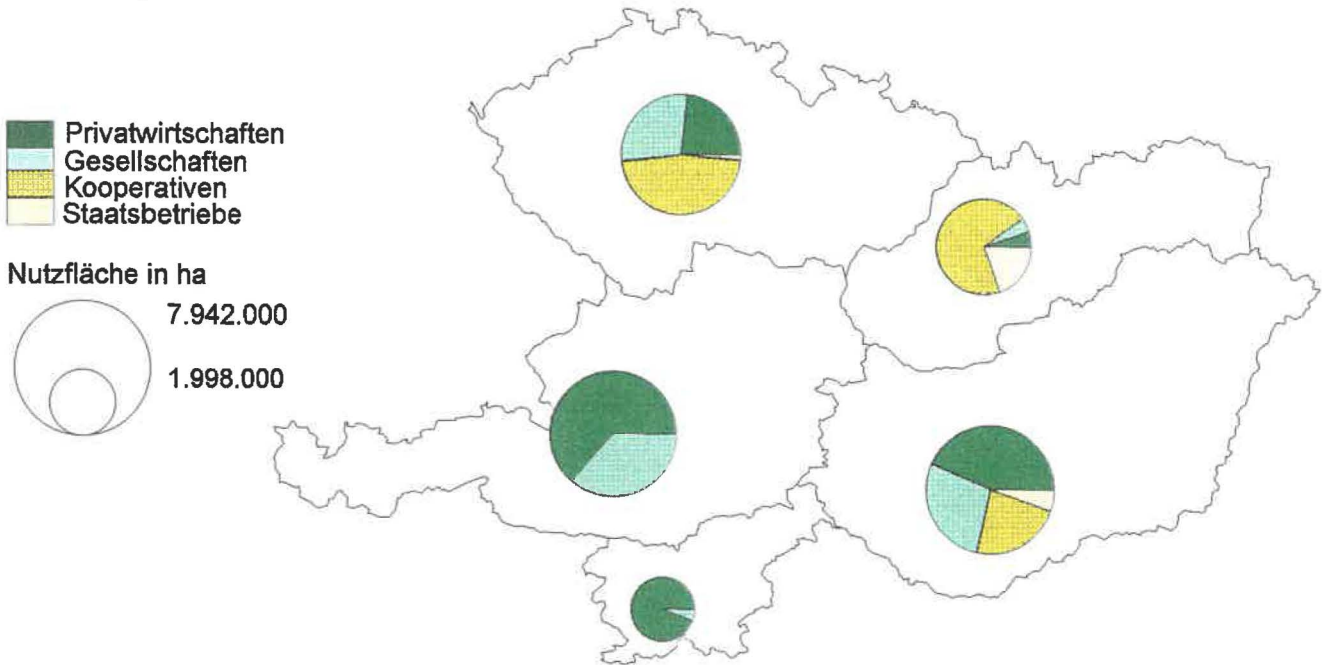
Karte 2: Flächenstruktur

- Ackerfläche
- Grünland
- Forstfläche
- Dauerkulturen

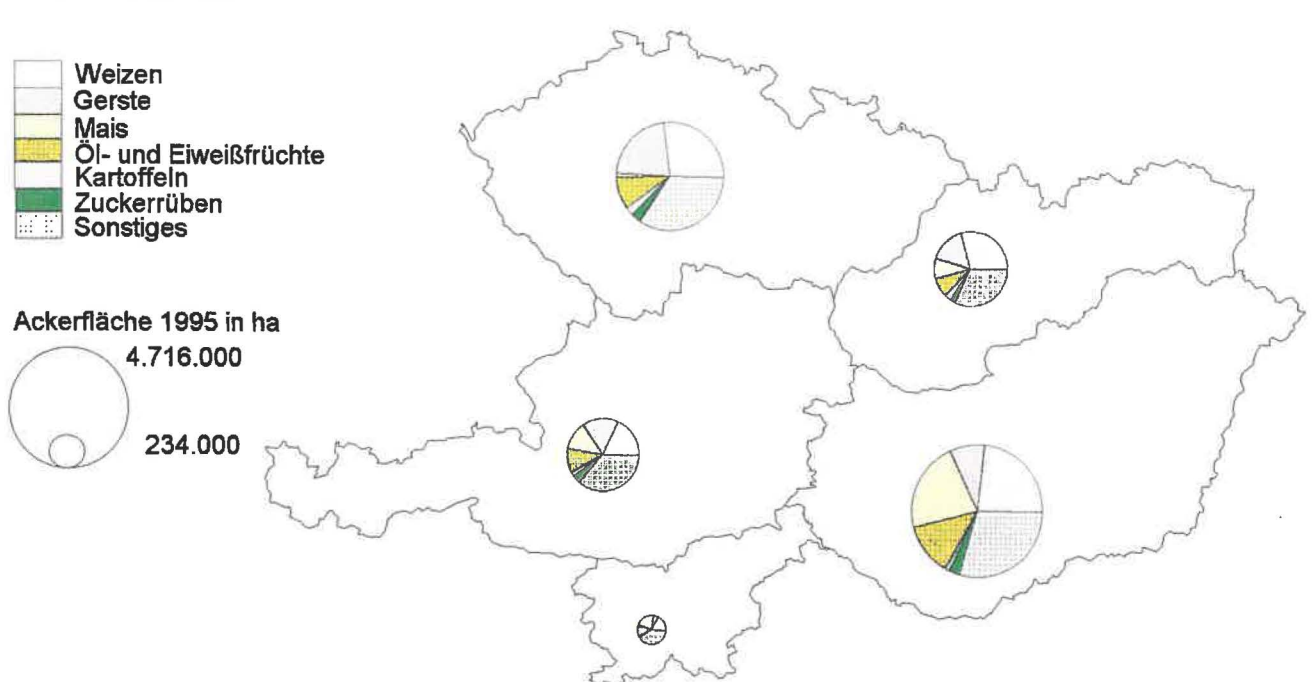
Nutzfläche in ha



Karte 3: Eigentumsstruktur nach Flächenanteilen



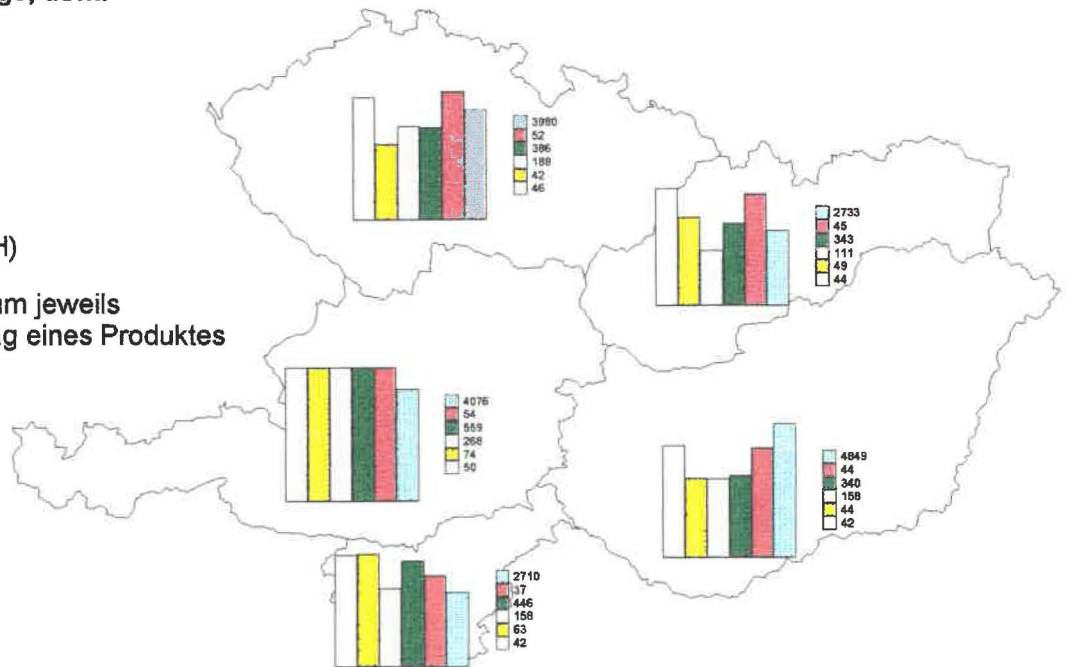
Karte 4: Anbauflächen



Karte 5: Hektarerträge, dt/ha

- Weizen (A)
- Mais (A)
- Kartoffel (A)
- Zuckerrübe (A)
- Wein (hl/ha) (A)
- Milch (kg/Kuh) (H)

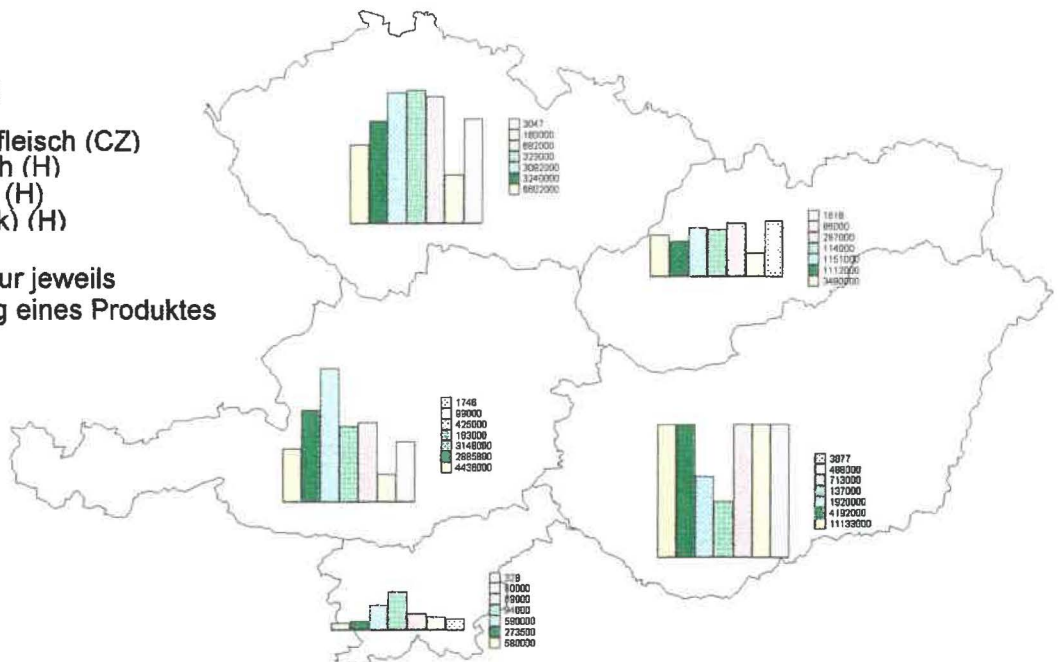
Darstellung relativ zum jeweils höchsten Hektarertrag eines Produktes



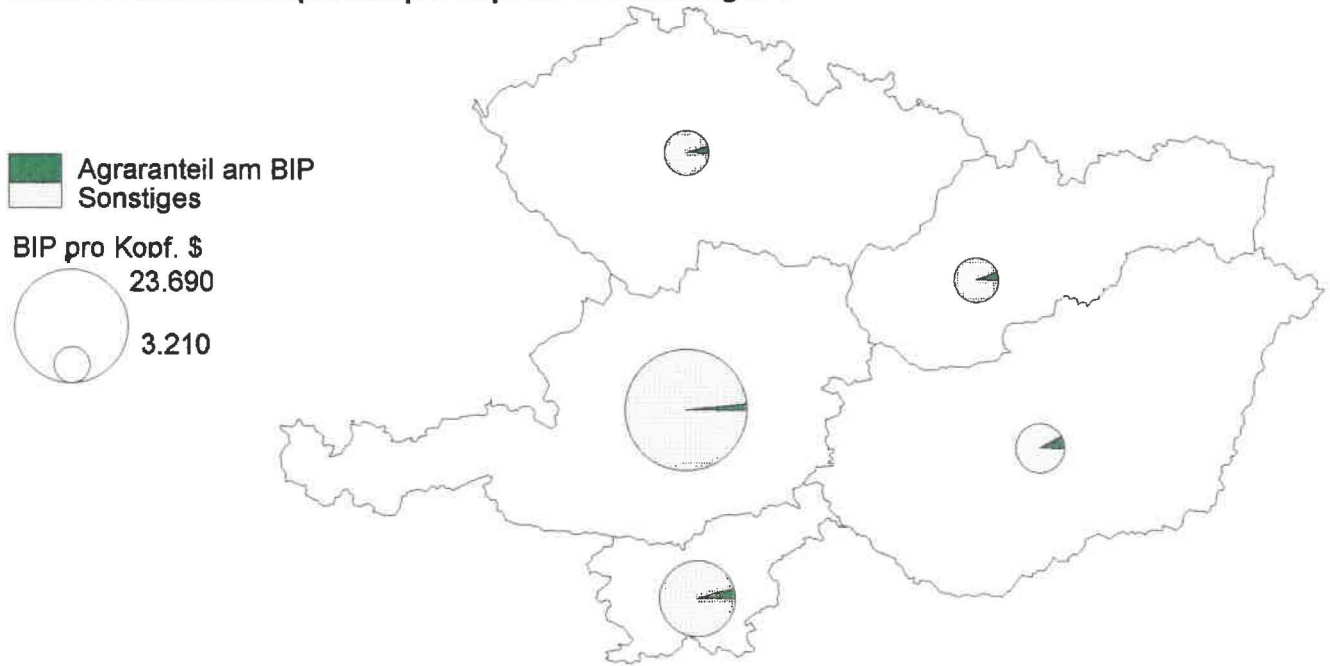
Karte 6: Erzeugung in Tonnen

- Getreide (H)
- Zuckerrübe (H)
- Milch (A)
- Rind- und Kalbfleisch (CZ)
- Schweinefleisch (H)
- Geflügelfleisch (H)
- Eier (Mio. Stück) (H)

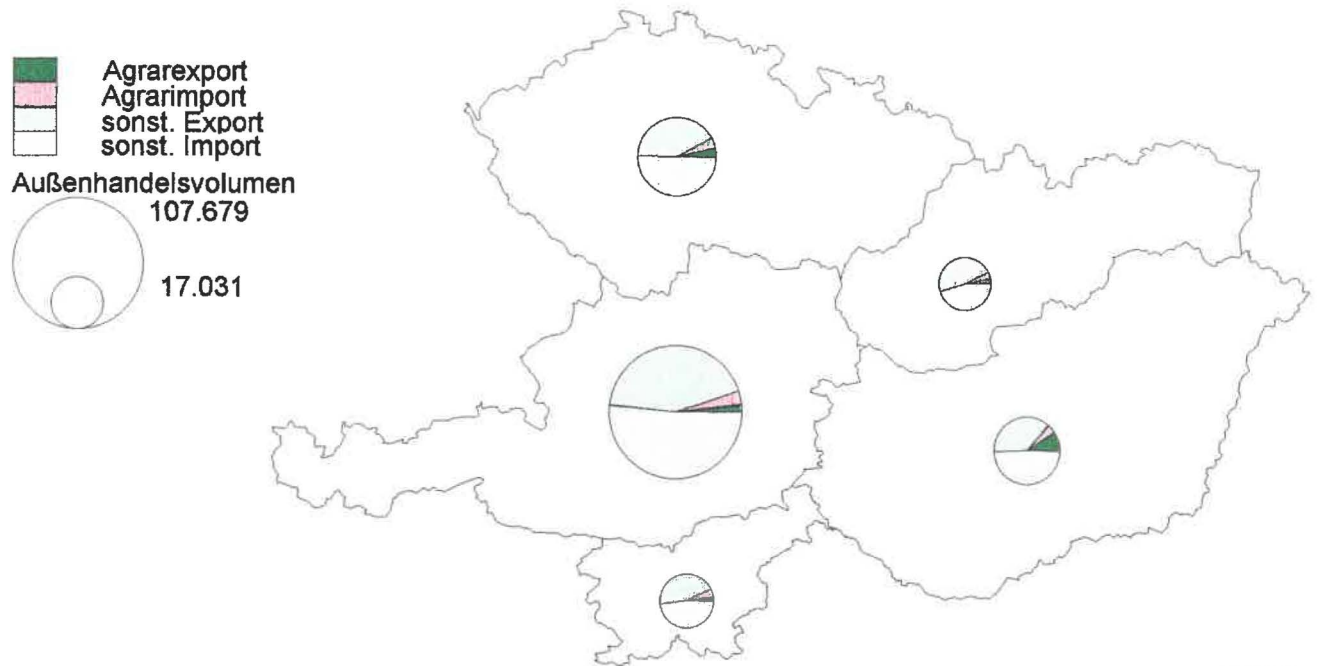
Darstellung relativ zur jeweils höchsten Erzeugung eines Produktes



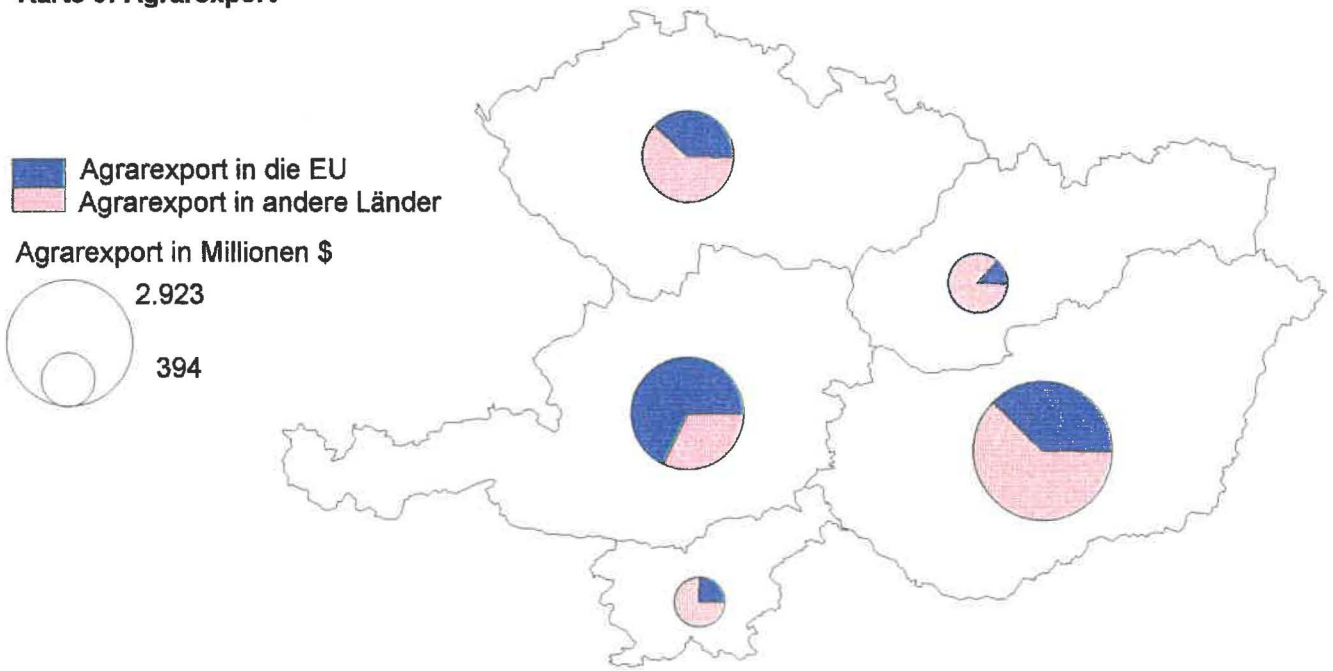
Karte 7: Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung in \$



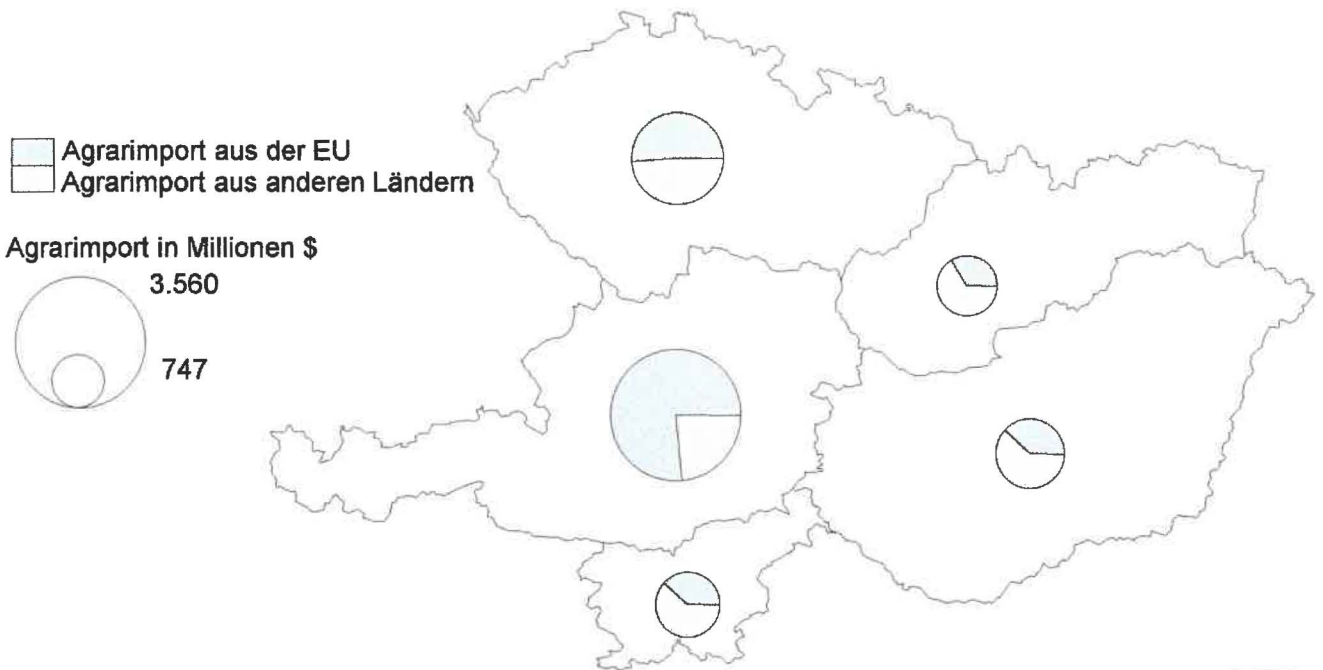
Karte 8: Außenhandel in Millionen \$



Karte 9: Agrarexport

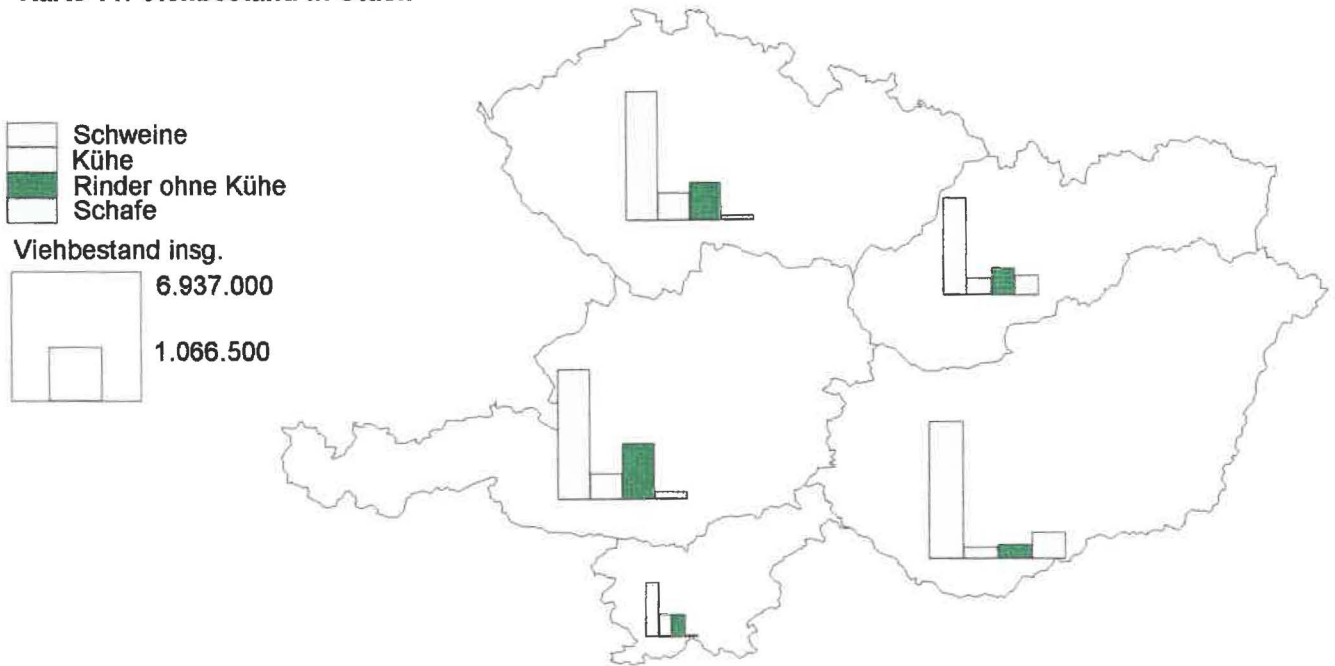


Karte 10: Agrarimport

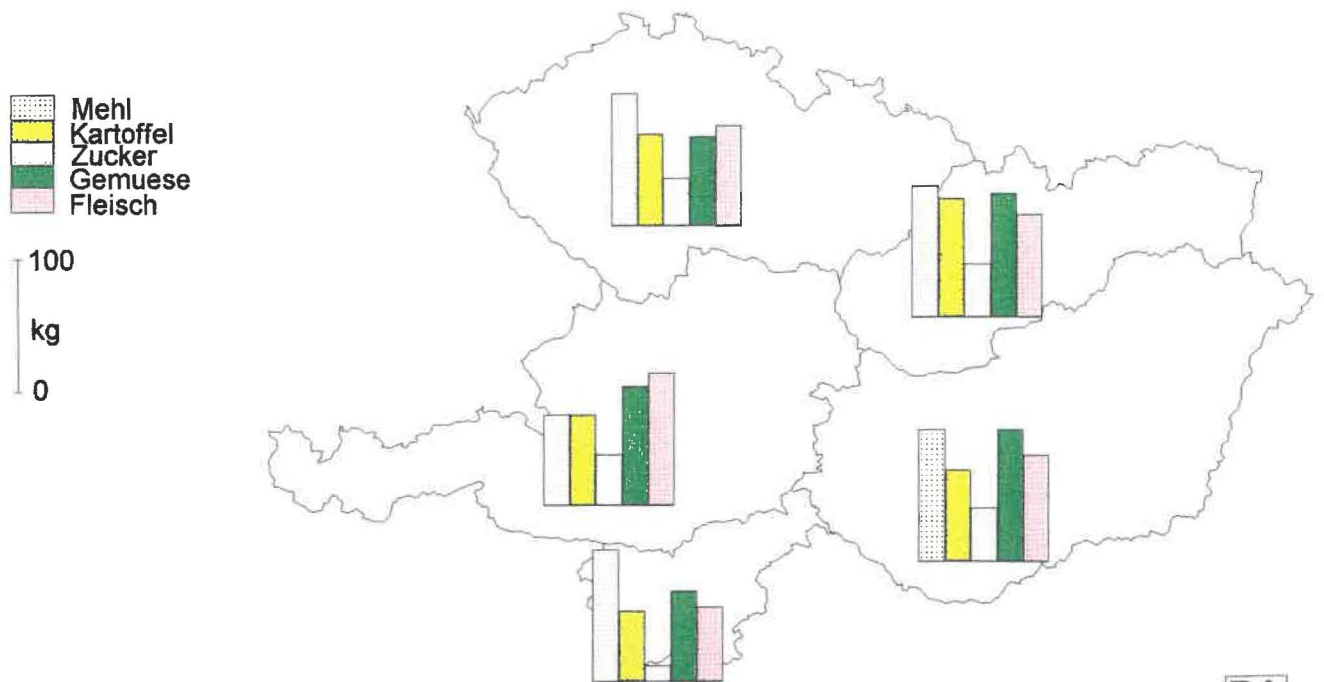


detaillierte Zahlen siehe Tabellenanhang

Karte 11: Viehbestand in Stück

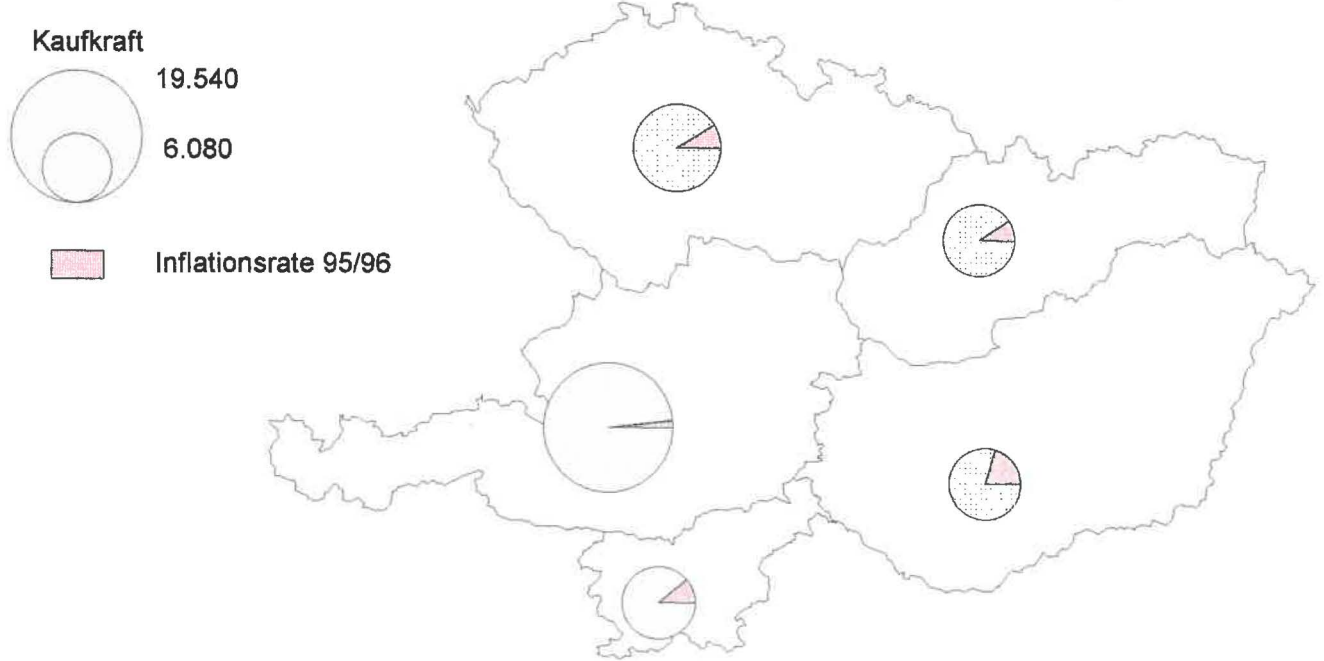


Karte 12: Pro-Kopf-Verbrauch in kg

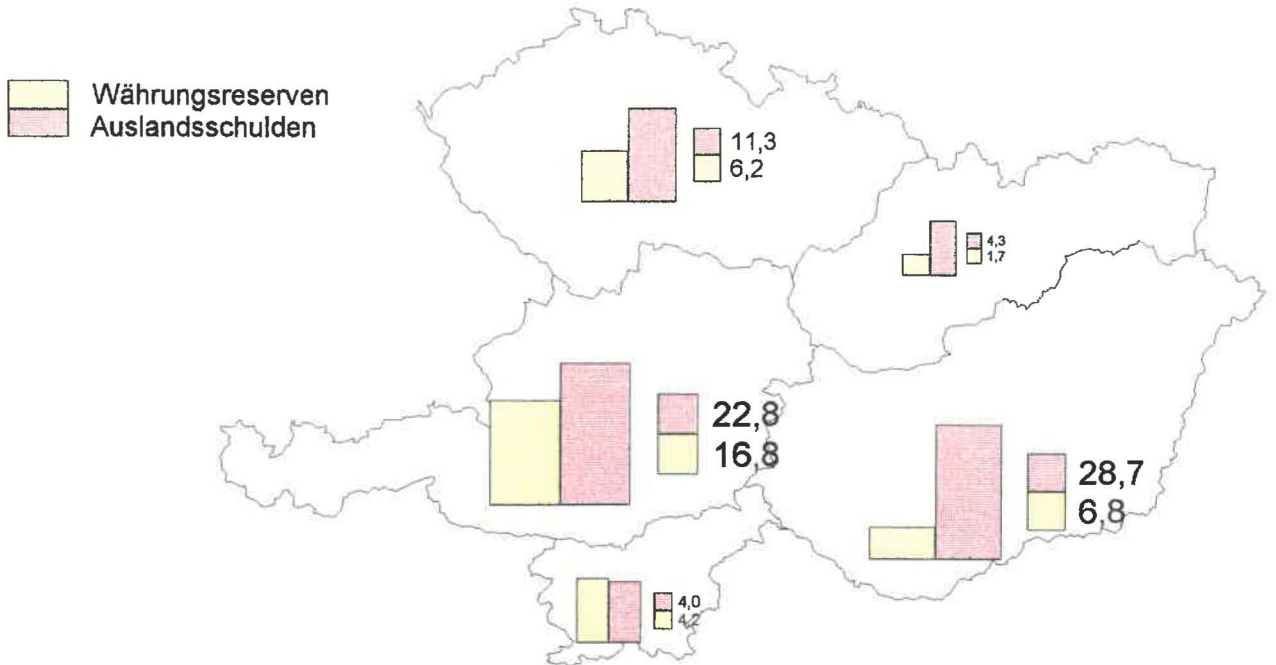


detaillierte Zahlen siehe Tabellenanhang

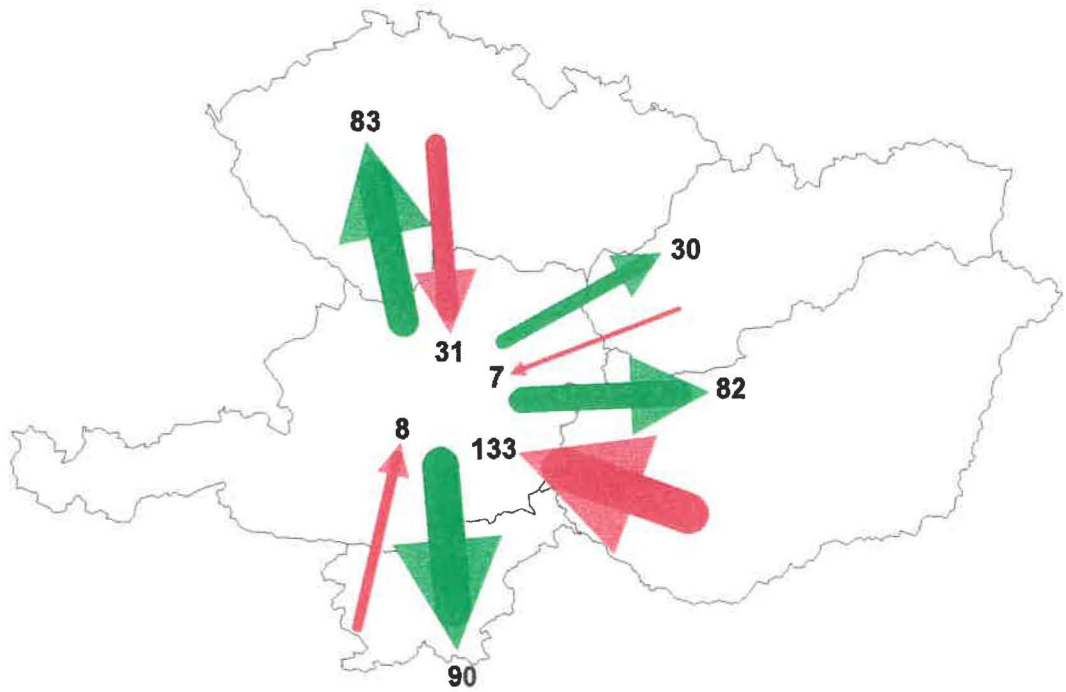
Karte 13: Kaufkraft in \$ pro Kopf der Bevölkerung und Wertverlust 1995/1996 durch Inflation



Karte 14: Währungsreserven, Auslandsschulden in Milliarden \$

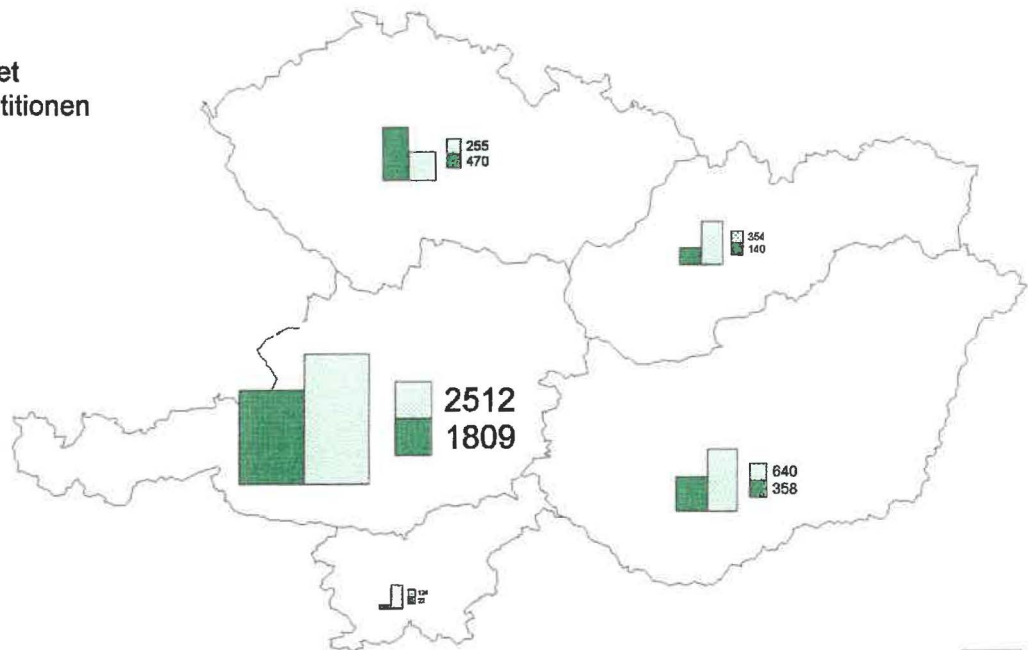


Karte 15: Agrarexport und -import in Millionen \$



Karte 16: Agrarinvestitionen und Agrarbudget in Millionen \$

Agrarbudget
 Agrarinvestitionen



detaillierte Zahlen siehe Tabellenanhang

LITERATUR

Agrarsoziale Gesellschaft: Sieben agrarpolitische Grundsatzthesen. Ländlicher Raum (Gießen), Heft Mai-Juni 1995.

Alexandratos, Nikos: World agriculture towards 2010. Overview of a FAO study. Medit (Bari), Nr. 4/1996.

Bocklet, Reinhold: Bayerisches Memorandum zur Neuausrichtung der Agrarpolitik der Europäischen Union - Subsidiarität durch Regionalität. Vortrag beim Symposium zur Ökosozialen Konvention und aktuellen Agrarpolitik in Radebeul bei Dresden, am 10. Juni 1996.

Breuss, Fritz: Cost and Benefits of EU's Eastern European Enlargement. Österr. Institut für Wirtschaftsforschung, Working Papers Nr. 78, Wien 1995.

Bundesanstalt für Agrarwirtschaft: Strategien für ein agrarpolitisches Konzept „Ökoland Österreich“. Wien 1995.

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Die Entwicklung der Landwirtschaft in Mitteleuropa und mögliche Folgen für die Agrarpolitik in der EU. Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim BMELF. Schriftenreihe des BMELF, Reihe A - Angewandte Wissenschaft, Heft 458, Köllen, Bonn 1997.

Deutscher Bauernverband: EU-Landwirtschaft und Osterweiterung. Kriterien - Probleme - Analysen. Schriftenreihe des DBV, Heft 2/1996.

European Commission: Agricultural Situation and Prospects in the Central and Eastern European Countries. 10 country reports + summary report, Brussels 1995.

European Commission: The European Union's Pre-Accession Strategy for the Associated Countries of Central Europe. Brussels (1996).

Europäische Kommission: AGENDA 2000 - Eine stärkere und erweiterte Union. Brüssel, Juli 1997.

Frohberg, Klaus und Monika Hartmann: Strategies for the CAP in the Pre-accession and Post-accession Period. Sixth Finnish-Baltic seminar of agricultural economists in Riga, 1996.

Greif, Franz (Hrsg.): Die Zukunft der ländlichen Infrastruktur Ostmitteleuropas. Schriftenreihe der Bundesanstalt für Agrarwirtschaft, Band 75, Wien 1994.

Greif, Franz: Rural development policies in the CEECs and NIS. General facts, political trends and perspectives. Vienna 1997 (in preparation).

The Group of Bertinoro: Memorandum on East-West Agro-food Systems toward the Third Millenium. Riga 1996.

Institut für Länderkunde Leipzig: Deutschland und seine Nachbarn. Spuren räumlicher Beziehungen. Leipzig 1995.

Kartali, Janos: Agro-trade between CEFTA Countries and Hungary. Zemedelska Ekonomika (Praha), Heft 4/1997.

Kniepert, Martin und Markus Hofreither: Osterweiterung und Gemeinsame Agrarpolitik - Politikoptionen und Konsequenzen. Erster Bericht, Wien Oktober 1996.

Kommission der EG: Die Strukturinterventionen der Gemeinschaft und die Beschäftigung. Mitteilung der Kommission (Dokument „KOM(96) 109 endg.“), Brüssel März 1996.

Kraus, Josef (Hrsg.): Pre-requisites of the Czech Agriculture from the Standpoint of Accession of the Czech Republic into the EU. An independent position of a team of the research workers from the Research Institute of Agricultural Economics (VUZE) in Praha 1997.

Kydd, Jonathan et al. (Ed.): The Role of Agriculture in the Transition Process towards a Market Economy. FAO/ECE, Economic Studies No. 9, New York and Geneva 1997.

Ländliche Entwicklung in Bayern. Fachtagung 1996 in Memmingen „Ländliche Entwicklung der Zukunft“. Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, München, Berichte Heft 72/1992.

Lukas, Zdenek: Agrarreformen und Agrarproduktion der Länder Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Slowenien und Ungarn und ihr Außenhandel mit Agrarprodukten. Erste Teilstudie, Wien 1996.

Markes, Marija: Aufbruch ins Ungewisse. Perspektiven für Berggebiete und sonstige benachteiligte Gebiete in Slowenien mit einer Abgrenzung nach EU-Kriterien. Bundesanstalt für Bergbauernfragen, Forschungsbericht Nr. 35, Wien 1996.

Molterer, Wilhelm: Überlegungen zur Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU. Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit des BMLF, Wien 1996.

Niederländisches Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Fischerei: Kernpunkte. Diskussionspapier zur künftigen GAP. Direktion für Öffentlichkeitsarbeit, Den Haag 1996.

OECD: Review of Agricultural Policies: Czech Republik 1995, Poland 1995, Estonia 1996, Latvia 1996, Lithuania 1996, Slovak Republic. Document (submitted for approval) CCET/AGR/TD(97)20/REV1 1997.

OECD: Summary Record of the Meeting of the Group of Experts on East/West Economic Relations in Agriculture Held in Paris 2-4 April, 1997.

Overberg, Bernhard: Die Auswirkungen der Europa-Abkommen mit den mitteleuropäischen Ländern auf den Agrarhandel. Schriftenreihe des BMELF, Reihe A, Heft 451. Bonn 1996.

- Pankow, Vladimir:* Die Transformation der russischen Ökonomie auf dem Wege zur Marktwirtschaft. In: *Wirtschaft und Gesellschaft* (Wien), Heft 1/1993.
- Rupprechter, Andr :* Die Erweiterung der EU und ihre Relevanz für die GAP. Arbeitspapier vom Mai 1997 für die Arbeitsgruppe „Osterweiterung“.
- Schneider, Matthias:* Förderung der EU-Ostgrenzgebiete als neuer Schwerpunkt der EU-Strukturpolitik. Manuskript zur Diskussion um die Reform der EU-Strukturfonds, März 1997.
- Sch nb ck, Wilfried:* Untersuchung über die Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die regionale Wirtschaftsstruktur in Österreich mittels regionaler Gleichgewichtsmodelle: Theoretische Grundlagen, Entwicklung eines Modells und empirische Anwendung. Anbot für einen Kooperationsvertrag an die ÖROK, Wien 1996.
- Somai, Miklos:* Agricultural Accession of the Central and Eastern European Countries to the European Union. Papers presented on the ACE conference „Adjustment of agricultural policies of CEEC on the way to the European Union. Institute of World Economics of the Hungarian Academy of Sciences, Budapest 1997.
- Springer, Reiner:* Ostkompetenz als Erfolgsfaktor des Marketing in Zentral- und Osteuropa. Referat vor dem Kongreß „Ostkompetenz auf dem Prüfstand“, veranstaltet vom Institut für den Donaauraum und Mitteleuropa (IDM), Wien 1996.
- Stankovsky, Jan:* Osteuropa auf dem Weg in die EU. WIFO-Monatsberichte (Wien), Heft 12/1996.
- Swinnen, Johan F.M. (Ed.):* Political Economy of Agrarian Reform in Central and Eastern Europe. Katholieke Universiteit Leuven, July 1997.
- Tausch, Walter:* „Sanfte Landung“ für die GAP. Arbeitspapier vom 27. Mai 1997 für die Arbeitsgruppe „Agrarstrukturpolitik nach 1999“.
- The Sixth Finnish-Baltic Seminar of Agricultural Economists in Riga-Jurmala 1996:* Options for National Agricultural Policies of the EU Associated Countries: Transfer of EU Member's Experience to the Baltic Countries. Agricultural Economics Research Institute Finland, Working Papers; No. 5/1997.
- Towards Sustainable Mountain Development in Europe.* Results of the European Inter-governmental Consultations in Aviemore and Trento (April and October, 1996).

DIE AUTOREN

Dipl.-Ing. agr.et oec. Slavko GLIHA, Direktor
Kmetijski Inštitut Slovenije (Ljubljana)
Hacquetova 2
SLO-1000 Ljubljana

Dr. Franz GREIF, Abteilungsleiter
Bundesanstalt für Agrarwirtschaft (Wien)
Schweizertalstraße 36
A-1133 Wien

Dozent Dipl.-Ing. Dr. Viera IZAKOVA, Direktor
Forschungsinstitut für Agrar- und Ernährungswirtschaft (Bratislava)
Trencianska 55
SK-824 80 Bratislava

Dr. Josef KRAUS, Direktor
Forschungsinstitut für Agrarökonomie (Praha)
Manesova 75
CZ-120 58 Praha

Prof. Dipl.-Ing. Dr. Gerhard POSCHACHER, Min.-Rat, Gruppenleiter
Gruppe II B des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft
Stubenring 1
A-1010 Wien

Dipl.-Oec. Miroslav REDNAK, Abteilungsleiter
Kmetijski Inštitut Slovenije (Ljubljana)
Hacquetova 2
SLO-1000 Ljubljana

Prof. Dr. Gyula VARGA, Stellvertretender Direktor
Forschungsinstitut für Agrarökonomie und Informatik (Budapest)
Zsil utca 3-5
H-1093 Budapest

